

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Das Haus, in dem wir heute tagen - und in dem ich den Vorzug habe, mein Büro zu haben;- , wurde im 18. Jahrhundert gebaut, gewann aber seine eigentliche Bedeutung durch die Begegnung zweier Studenten im 19. Jahrhundert, nämlich Siemens und Halske, die sich hier kennengelernt und anschließend ein Weltunternehmen gegründet haben. In dem Haus gegenüber hat Gottfried Keller seinen "grünen Heinrich" überarbeitet; dort drüben hat Hegel gewohnt; daran an schließt die Singakademie, wo Alexander von Humboldt seine öffentlichen Vorlesungen gehalten hat, und gegenüber auf der Museumsinsel ist der von uns geraubte Pergamonaltar untergebracht. Sie sehen also, daß Sie sich an einem wahrlich historischen Ort befinden.

Wie wichtig das Thema ist, das wir heute behandeln wollen, spüren wir alle im Kleinen wie im Großen. Jürgen Habermas hat gerade in der "Zeit" geschrieben, wir befanden uns an der Scheidegrenze zwischen Völkerrecht und Weltbürgertum; und so wie im globalen Maßstab haben wir es mit einer ähnlichen Wahrnehmung auch in bezug auf unsere eigene innere politische Ordnung zu tun.

Dieses Thema steht dem Bergedorfer Gesprächskreis auch insofern gut an, als wir in den letzten Jahren immer wieder an internationalen Schauplätzen debattiert haben - so im vergangenen Jahr in Baku in Aserbaidschan, als uns die Frage des großen Pipeline-Pokers beschäftigte. Und die Ost-West-Beziehungen gehörten seit den frühen siebziger Jahren zum festen Bestandteil des Gesprächskreises. Bei all diesen Ausflügen in die Sphären der internationalen Politik sollten wir uns indes immer wieder der Voraussetzungen und Bedingungen des politischen Lebens bei uns selbst vergewissern.

Daß Sie, Frau Limbach, die Sie Präsidentin einer der wichtigsten politischen Institutionen in unserem Land, des Bundesverfassungsgerichts, sind, uns durch die Diskussion führen wollen, erfüllt mich mit besonderer Freude und der Zuversicht, daß wir eine ertragreiche Debatte erleben werden.

Limbach

Beratungen beim Bundesverfassungsgericht, die ich zu leiten habe, haben zweifellos ihre eigene Dynamik. Während es bei uns darum geht, große Probleme klein zu buchstabieren und am Ende zu einem Ergebnis gelangen zu müssen, verfolgt der Bergedorfer Gesprächskreis, wie ich mir habe sagen lassen, gerade nicht das Ziel, vorzeigbare Resultate zu erreichen, sondern äußerst komplexe Sachverhalte in ihrer Vielschichtigkeit darzustellen und bewußtzumachen; also mehr Fragen zu stellen, als Antworten zu geben.

Dafür bitte ich zunächst Frau Antonia Grunenberg um ihr einführendes Statement.

Grunenberg

Lassen Sie mich mit einer Vorbemerkung beginnen: Scheinbar steht das Thema dieses Gesprächskreises "Neue Dimensionen des Politischen? Herausforderungen für die repräsentative Demokratie" im Widerspruch zu dem, was gegenwärtig im Kosovo passiert. Wozu über neue Dimensionen des Politischen debattieren, wenn dort die alten Dimensionen das Land der Zerstörung anheimfallen lassen? Vielen scheint es angebrachter, angesichts des Elends im Kosovo über humanitäre Fragen zu sprechen statt über politische. Moral scheint hier eher auf dem Tableau zu stehen als Politik. Meines Erachtens berührt jedoch der Krieg im Kosovo das Thema der Regenerationsfähigkeit unserer Demokratie unmittelbar. Nicht daß durch diesen Krieg die demokratische Kultur des Westens bedroht wird. Es geht dort auch nicht nur um Menschenrechte. Menschen müssen einen Ort haben. Sie müssen als Bürger zu einem Gemeinwesen gehören können. Gewiß stellt sich die Frage des "Ortes" im Kosovo anders als in Niedersachsen oder in der Bretagne, aber sie stellt sich. In jedem Fall geht es in diesem Krieg auch darum, daß ethnische Säuberungen und Massenmorde nicht mit dem zu vereinbaren sind, was Europa am Ende des 20. Jahrhunderts unter einem politischen Gemeinwesen versteht.

Ich komme zum Thema. Unter dem Eindruck der ersten amerikanischen Mondlandung schrieb die deutsch-jüdische Denkerin Hannah Arendt 1958: "Die radikalste Veränderung in der menschlichen Bedingtheit, die wir uns vorstellen können, wäre eine Abwanderung auf einen anderen Planeten. Dies würde heißen, daß die Menschen ihr Leben den irdisch gegebenen Bedingungen ganz und gar entziehen und es gänzlich unter Bedingungen stellen, die sie selbst geschaffen haben. Der Erfahrungshorizont eines solchen Lebens wäre vermutlich so radikal geändert, daß das, was wir unter Arbeiten, Herstellen, Handeln, Denken verstehen, in ihm kaum noch einen Sinn ergäbe. Und doch kann man kaum leugnen, daß selbst diese hypothetischen planetaren Auswanderer - die Astronauten - noch Menschen blieben, aber die einzige Aussage, die wir über ihre Menschennatur machen könnten, wäre, daß sie noch immer bedingte Wesen sind. Wie wohl unter solchen Verhältnissen die menschliche Bedingtheit nahezu ausschließlich das Produkt von Menschen selbst wäre." Hannah Arendt spricht hier an, daß sich die Bedingtheiten des menschlichen Lebens so verändern können, daß sie von natürlichen, zum Beispiel Gebürtlichkeit und Sterblichkeit, zu künstlichen, wenn auch von Menschen geschaffenen Bedingtheiten werden. Die Feststellung, daß natürliche Bedingtheiten durch künstliche ersetzt werden, trifft freilich, meine ich, nicht mehr nur auf das extraterrestrische Leben zu, sondern auch auf eine mehr und mehr zeitlich und geographisch entgrenzte Welt.

Gegenwärtig läßt sich feststellen, daß der alte Gesellschaftsbegriff obsolet zu werden beginnt. Gesellschaften können immer weniger noch als geschlossene Identitäten verstanden werden. Zumindest nicht mehr in wichtigen Bereichen wie der Volkswirtschaft und der Rechtsprechung. Staaten geben Souveränitätsrechte ab. Dies hat Auswirkungen nicht nur auf die nationalen Politiken, die neue Beschränkungen, aber auch neue Kooperationsmöglichkeiten erfahren, sondern auch für das Selbstgefühl der Bürger, für das "Prestige" des Gemeinwesens, wie Max Weber gesagt hätte.

Meine Ausgangsfrage heißt: Wie reagieren die demokratischen Gemeinwesen auf diese Tendenzen, die Benjamin Barber in seinem Buch "Coca-Cola und Heiliger Krieg" als die sich überlagernden Strömungen des "coming together" und des "falling apart" bezeichnet, des Zusammenrückens und des Auseinanderstrebens angesichts der Globalisierung und der Ethnisierung? Was geschieht eigentlich, wenn wir die Erwartung hegen, als entwickelten sich die demokratischen Gemeinwesen linear auf beliebige Größe und Abstraktheit fort?

Ich werde dieser Frage in drei Thesen nachgehen. Erstens: Demokratie braucht einen Ort; zweitens: Demokratie braucht eine Form; drittens: Demokratie braucht ein offeneres Verständnis des Bürgers.

Zur ersten These: Demokratie braucht einen Ort. Die antike Demokratie ist einst erdacht worden als ein Ort nach menschlichem Maß, auf den man sich beziehen kann, den man überschaut und erfährt. Braucht die moderne Demokratie nicht auch ein Innen und ein Außen, einen erfahrbaren Raum? In der Beantwortung dieser Frage teilt sich die Debatte. Die einen vertreten einen Globalisierungsoptimismus und verkünden, daß die demokratische Entwicklung sich selbst trägt und das beschleunigte Zeitalter der globalen Demokratie erst noch beginne. Andere geben sich eher kulturpessimistisch und beschwören den Untergang der abendländischen Demokratie.

Der amerikanische Sozialwissenschaftler Richard Sennet bemerkte unlängst, das Bedürfnis nach Verortung der Demokratie habe einen realen Grund; denn nicht nur die politischen Gehäuse, auch "die globale Wirtschaft schwebt keineswegs draußen im Weltall. Selbst auf den flexibelsten Arbeitsmärkten wird allmählich deutlich, daß lokale, soziale und kulturelle Geographien für Investitionsentscheidungen von großer Bedeutung sind. Der Ort besitzt Macht". Aus Sennets Blickwinkel ist das Bedürfnis nach Verortung nicht nur bei den Demokratieträumern, sondern auch bei den harten Realisten aus den Chefetagen der Wirtschaftskonzerne zu finden. Auch in der Wirtschaft besteht also der Wunsch nach Überschaubarkeit, Erfahrbarkeit, ja, Beherrschbarkeit.

Die Revolution der Information schafft Ortlosigkeit. Die Demokratie aber braucht einen Ort. Politische Freiheit braucht ein Innen und ein Außen. Nicht im Sinne von nationaler Abgrenzung, sondern von öffentlicher Selbstvergewisserung des Gemeinwesens, von Anerkennung der Differenz in der Beziehung zu anderen politischen Gemeinwesen. Europa zum Beispiel ist kein erfahrbare politischer Raum. Die europäischen Repräsentationsorgane repräsentieren etwas Abstraktes: die europäische Wählerschaft. Und sie werden selbst als abstrakt wahrgenommen, als abgehoben und entfernt. Es entsteht Mißtrauen gegen den Selbstlauf einer Bürokratie, die man nicht wirklich kontrollieren kann. Alte populistische Ängste werden wach. Mit Blick auf Europa wird Politik verstärkt in dem dichotomischen Schema wahrgenommen: wir hier unten gegen die da oben. Dies beruht man täusche sich nicht - auf realen Ängsten und einem Mißtrauen, das begründet erscheint. Ich erinnere nur an den jüngsten Mißwirtschaftsskandal in Brüssel, bei dem es ja nicht so sehr um persönliche Veruntreuung geht, sondern daß die ganze Organisation so wenig transparent ist.

Der Ort der Demokratie ist nicht unbedingt ein physischer Ort, etwa die Staatsnationen in festen Grenzen, obwohl um eine solche Staatsnation im Augenblick ein Krieg in Europa geführt wird. Er besteht auch nicht nur aus Identitätsgefühlen, etwa der Volksnation, obwohl dieser Krieg auch darum sich dreht. Auf der anderen Seite erscheint einsichtig, daß der Globus als Ganzes nicht der Ort sein kann, auf den sich Demokratie bezieht. Universale Werte brauchen Verortungen und politische Formen. Genau dies ist nach 1989 sehr deutlich geworden.

In dem wiedergeöffneten Europa trafen sich gegenläufige Tendenzen der Verortung: die des Westens nach Zusammenschluß und Erweiterung und die in der Mitte und im Osten nach Separation und nationaler Vereinzelung. Solange es noch keine gemeinsame Idee des neuen Europa gibt, die diese beiden Wege verbindet, ist der Rückzug auf das Nationale - Exklusion hin, Inklusion her - für die meisten Staaten die Ultima ratio. Seine bellizistische Variante finden wir in den ethnischen Kriegen in Tschetschenien, im Kaukasus und auf dem Balkan. Seine zivile Variante erleben wir in der Renaissance des Regionalen, die populistisch mobilisiert werden kann - in der Bretagne, in Katalonien, in der Lombardei, in Bayern oder in Korsika.

Solange nicht umsetzbar ist, wie die politische Macht der europäischen Souveräne gemeinsam repräsentiert werden kann, müssen die alten Hülsen erhalten, auch wenn man weiß, daß sie längst entleert sind. Die Frage ist, ob damit auch der Gedanke obsolet geworden ist, wo die politische Macht, die der Souverän an seine Repräsentanten delegiert, sich überhaupt noch zeigen kann. Nachzudenken wäre darüber, ob es überhaupt noch Sinn macht, in Kategorien wie denen der amerikanischen Verfassungsväter zu denken, die einst das repräsentative Gebäude als politischen Vertretungskörper bezeichneten, der mit Checks und Balances ausgestattet darangeht, das gemeinsame Wohl auszuloten.

Ja, es herrschen ungleiche Zeiten im Westen und im Osten Europas. Aber dabei geht es überall um etwas sehr Ähnliches: um die Verortung des politischen Gemeinwesens. In der Mitte und im Osten Europas erfolgte unmittelbar nach der Öffnung scheinbar eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert. Statt der Überwindung des Nationalstaats, wie es im Westen der Fall zu sein scheint, war im Osten seine Restituierung angesagt. Aus westlicher Sicht wurde die nationalistische Begleitmusik etwa in den baltischen Staaten, in der Ukraine, im Streit zwischen der ungarischen und der rumänischen Republik, im Krieg in den Teilrepubliken Jugoslawiens mit Erschrecken aufgenommen. Und dennoch mußte man anerkennen, daß hier ein Stück alte Realität Einzug hielt.

Selbstverständlich war es eines der Ziele der Oppositionsbewegungen in Mitteleuropa gewesen - denken Sie nur an die polnische Solidarnosc;-;, die nationale Souveränität wiederzugewinnen, um damit die politische Würde des Souveräns zu begründen. Dieses Stadium nach 45 Jahren der Unterdrückung zu überspringen, wäre allen Beteiligten als absurd erschienen. Überspringen wohin? hätte man gefragt. So erschien es folgerichtig, jene Formen wieder aufzunehmen, die vor dem Krieg existiert hatten.

Gleichwohl ist mit dieser Rückkehr des Nationalstaats auch sein Bruder, der ethnische Volksstaat wiedergekehrt und mit ihm jene ethnische Mythologie, die den modernen Staat auf Geschichtsmythen begründen will, um seinen Machtanspruch zu legitimieren wie das etwa in Serbien der Fall ist. Ethnische Kriege gehören seit 1989 zu Europa wie zu anderen Regionen der Welt. Der Krieg in Bosnien und auch im Kosovo macht deutlich, daß die Auseinandersetzung zwischen einem demokratischen und einem ethnischen Verständnis von Nationalstaat nach wie vor auf der historischen Agenda Europas steht. Diese Entwicklung hat Zufälligkeiten und Unwägbarkeiten mit sich gebracht, vor denen man sich vor 1989 sicher gefühlt hatte. Amerikanische Politologen debattieren daher seit Jahren Chaostheorien der Weltpolitik.

Auf der einen Seite haben wir also die Rückkehr zu den Orten der Vergangenheit, auf der anderen die Tendenz, Demokratie transnational zu entgrenzen. In diesem gegenläufigen Tableau muß die europäische Staatenlandschaft ihre Verortung erst noch finden.

Zweitens: Demokratie braucht eine Form. Die Rede von der Verortung der Demokratie zielt auf die politische Form, auf einen Raum der Verständigung, der die Gemeinwesen umgibt. Diese Form könnte in einem politischen Nationenbegriff liegen, der über das Staatliche und das Ethnische hinausgeht. Ein Nationenbegriff, der an den unterschiedlichen Geschichten, Sprachen, Kulturen festhält, aber eine gemeinsame Rechtsstaatlichkeit, ein gemeinsames Sicherheitssystem, ja, auch gemeinsame politische Ziele ermöglichen kann. Gegenwärtig jedenfalls agieren die europäischen Staaten auf doppeltem Boden. Sie praktizieren moderne Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungspolitik, bewegen sich aber in den Kernbereichen der Außenpolitik wie im 19. Jahrhundert.

Als Beispiel möchte ich nur auf die unterschiedlichen Interessenlagen der Europäer in bezug auf Serbien hinweisen, also beispielsweise die überkommenen Interessen der Franzosen oder der Briten an Serbien. Das ist jetzt durch den NATO-Einsatz überlagert worden. Bisher aber wurde ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Mächte -sehr wohl von den Traditionen des 19. Jahrhunderts verhindert: wer hält es mit Serbien, und wer hält es mit Kroatien?

Die politische Nation zielt darauf, daß es jenseits unterschiedlicher Sprachen, Kulturen und Geschichten gemeinsame Rahmenbestimmungen gibt - Ideen, Verfassungen und politische Institutionen;-;, die einen politischen Handlungsraum begründen. Die Idee der politischen Nation zielt auch darauf, daß es eine gemeinsame europäische Bürgerschaft geben könnte, deren Mitglieder unterschiedlichen Nationalitäten angehören. Im Grunde müßte in Serbien und anderen Ländern genau dies aufgebaut werden: demokratische Institutionen und eine politische Kultur, die diese Länder als Teil einer europäischen Bürgergesellschaft ausweisen. Aber wir wissen auch, daß Europa gegenwärtig zu schwach dazu ist. Statt dessen wird es wohl nur eine halbe Lösung geben: ein Protektorat im Kosovo und die Hoffnung auf die demokratische Selbsterneuerung in Serbien.

Und dennoch: Ohne diese Transformierung der vielen unterschiedlichen ethnisch-transnational oder nationalistisch orientierten europäischen Staaten ist eine Kommunikation über die politischen Konturen Europas auf Dauer nicht zu erreichen. Die wirtschaftliche Zweckunion der Europäer jedenfalls bietet diese Perspektive nicht. Denn sie verharrt im Entweder-Oder von nationalstaatlicher versus regionaler oder nationalstaatlicher versus transnationaler Lösung. Dabei existieren alle notwendigen Institutionen, die diesen politischen Körper Europas ausmachen könnten: Parlamente, Parteien, Gewaltenteilung, mehr oder weniger unabhängige Medien, aber nicht das, was eine europäische Bürgergesellschaft ausmachen würde: der freie Wille freier Bürger zur Gründung einer föderalen Staatenunion.

Auf der politischen Bühne Europas kann daher von einem republikanischen Staatenbund nicht die Rede sein. Europas Politiker wagen es nicht, das Unmögliche überhaupt zu denken, um es dann vielleicht möglich oder wirklich werden zu lassen. Die forciert postnationale Selbstdarstellung der Deutschen jedenfalls weist nicht den Weg in die Zukunft.

Hilfloser als die Deutschen in ihrem Reden über den Krieg im Kosovo kann wohl niemand sein. Wenn man Auschwitz heranziehen muß, um die Beteiligung am NATO-Einsatz im Kosovo zu begründen, so gibt das tiefen Einblick in die politische Sprachlosigkeit der beteiligten Politiker. Denn hier steht ja nicht

nur serbischer Genozid gegen kosovarische Menschenrechte, sondern in diesem Krieg geht es nicht zuletzt um die künftige Gestalt Europas, um Bürgerrechte, um politische Handlungsräume, ja, auch um die künftigen Formen europäischer Staaten.

Solange Europa als disparate Ansammlung von Nationalstaaten alten Typus, das heißt Staatsnationen und Volksnationen, gedacht wird, kann seine Zukunft nicht wirklich frei diskutiert werden. Und dies gilt nicht nur für den Osten Europas. Wer so ängstlich wie die Franzosen und die Deutschen an seiner Geschichte haftet, hat weder gedanklichen Spielraum für die geplagte Balkanregion noch für das Nachdenken über neue Formen der politischen Macht des Souveräns.

Nach innen hin verstellt die Dominanz staatszentrierten Denkens in den europäischen Demokratien eher den Blick auf mögliche Neformationen europäischer Repräsentation, als daß es ihn öffnet. Die Fokussierung auf den Dualismus zwischen Wohlfahrtsstaat und bedürftiger Gesellschaft blockiert das politische Denken. Alle europäischen Gesellschaften haben einen Punkt erreicht, an dem der soziale Konsens der Nachkriegszeit - der lautete: Demokratie gleich demokratische Institutionen plus Wohlfahrtsstaat - nicht mehr ausreicht. In der heutigen Situation bietet der Wohlfahrtsstaat zwar einen notwendigen Rahmen für das soziale Zusammenleben, aber den schleichenden Verlust an politischer Legitimation reproduziert er gleichwohl immer von neuem. Ein europäischer Liberalismus, der mehr oder weniger seine politische Erbschaft verleugnet und zu einem reinen Marktliberalismus wird, kann ebenfalls keine Antwort auf die Frage nach der politischen Gestaltgebung Europas geben, außer in der Form der Ausgleichung gegen die Unbilden des freien Marktes oder der Postulierung von Menschenrechten. Menschenrechte aber verlangen nach einer politischen Form, der Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen.

Ein politisches Europa wird nicht auf einer Tabula rasa entstehen, die die Besonderheiten und Differenzen der europäischen Gesellschaften zum Verschwinden bringt. Die Herausforderung besteht ja gerade darin, eine europäische Föderation in Ansehung und im Wissen um ihre historischen und politischen Spezifitäten zu schaffen. Die Chance für ein politisches Europa liegt nicht in der Verleugnung einzelstaatlicher Individualität, sondern darin, die gleichen Rechte aller anzuerkennen und die aus ihnen entstehenden Reibungen in neue Handlungsräume zu überführen. Dies setzt freilich voraus, daß man das Stadium der ethnischen Identitätspolitik zuvor verlassen kann. Genau dies ist das Problem in der Balkanregion, aber in ziviler Form auch etwa in Deutschland. Das Konzept der politischen Nation könnte hier vielleicht hilfreich sein. Voraussetzung dafür ist aber, daß die europäischen Nationalstaaten diesen Schritt im vollen Bewußtsein ihrer Fähigkeit zur Gestaltung ihrer eigenen Zukunft vollziehen können.

Die alte nationalstaatliche Form zu verlassen, bedeutet aber, diese Form verarbeitet zu haben und ihre Schwächen als solche zu erkennen. Diese Schwächen bestehen in der Aushöhlung der Vertretungskörperschaften, im Legitimationsverlust der Parteien und in der Zunahme populistischer Protestformen. Sie bestehen auch in den unverarbeiteten historischen Erbschaften, die als Identitätskonflikte oder ethnische Kriege auftreten. Des weiteren müßte überprüft werden, wieweit Überlegungen zur Substitution des traditionellen Nationalismus durch einen Nationalismus der Integration und Einbeziehung - also eine soziale Definition der Nation - tragen, wie das etwa Tony Blair und andere vorschlagen.

Drittens: Demokratie braucht ein offeneres Verständnis des Bürgers. Etwas ganz Wichtiges für das Überleben der westlichen Demokratien ist in diesem Jahrhundert verlorengegangen: das Selbstbewußtsein einer freien Bürgergesellschaft, die dem modernen Staat nicht nur als Empfängerin, sondern auch als Spenderin gegenübertritt. Spenden bezieht sich hier nicht auf Steuern zahlen, auch nicht auf höhere Wahlbeteiligung, sondern auf das, was Montesquieu als den Geist der Demokratie bezeichnet hat: das öffentliche Selbstbewußtsein des Gemeinwesens. Der Geist entsteht aus der Fähigkeit, sich öffentlich über Zwecke und Ziele des Gemeinwesens zu verständigen. Den Geist wachzurufen, beinhaltet die immer wieder erneute Stiftung von politischer Öffentlichkeit, aus der heraus erst politisches Handeln möglich wird.

Dieser Diskurs, dem zum Beispiel Hannah Arendt in ihrem Werk entscheidende Impulse verlieh, ist auf der politischen Ebene nur mehr sporadisch vertreten. In der Hauptsache wird er wirtschaftlich oder sozial geführt. Dies aber führt zu einer paradoxen Situation. Einerseits kommt in Zeiten wie der jetzigen das alte Erbe der Staatsfixiertheit der Bürger verstärkt zum Tragen. Es hat sich inzwischen - und dies nicht nur in Deutschland - in eine mentale Abhängigkeit vom Staat als den Versorger verwandelt. Andererseits wird im Zuge der Entgrenzung der Wirtschaft der Arbeitsmarkt derartig in Mitleidenschaft gezogen, daß die Fixierung auf den Versorgerstaat geradezu unausweichlich ist. Allmählich gerät dabei in Vergessenheit, daß Politik nicht mit staatlicher Verwaltung identisch ist und Bürgergesellschaft nicht mit Privatisierung.

Der Begriff des Bürgers zielte einst auf ein Handeln etwa nach dem Kantischen kategorischen Imperativ: Handle so, daß die Maxime deines Handelns zum Leitfaden des Handelns aller werden kann. Aus dem Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen, das weiter reichte als der eigene Interessenshorizont, entstand das Selbstbewußtsein der Bürger. Der Bürger war nicht nur Mitglied, sondern auch Repräsentant des Gemeinwesens. Diese Dimension des Bürgerbegriffs ist in diesem Jahrhundert verlorengegangen. Der Bürger ist geschrumpft auf den Wähler und den Privatmann.

Gleichzeitig beobachten wir aber, daß dieser Bürger, diese Bürgerin gehalten sind, jene Leerstellen zu kompensieren, die die tendenzielle Entgrenzung des Gemeinwesens hervorruft. Sie müssen ihr Orientierungsbedürfnis schärfen, die immer stärkere Abstraktheit der Verwaltung kompensieren, ihren Kindern Lebensleitlinien offerieren. Kurz: Die Bürger müssen zusammenfügen, was auseinanderfällt.

In Abwandlung einer Sentenz von Peter Sloterdijk könnte man das Profil des Bürgers von morgen ungefähr so skizzieren: Beruf: Bürger; Hauptwohnsitz: das Eigenheim und der Globus; Biographie: immer wieder von vorne anfangen; Moral: kleinarbeiten von diffusen Anforderungen und Ängsten; Leidenschaft: den Ariadnefaden des eigenen Lebens suchen und ihn mit dem der anderen verknüpfen. Das heißt, die Bürger der Zukunft müssen disparate Zumutungen kleinarbeiten, neue Orientierungen aufstellen, alte, bewährte bewahren und dabei jenes Gemeinwesen imaginieren, das immer wieder durch alle Fragmentierungen hindurch erscheint.

Limbach

Wir atmen einmal tief durch und lassen sogleich Frau Leutheusser-Schnarrenberger zu Worte kommen.

Leutheusser-Schnarrenberger

Man wäre des Realitätsverlustes, der Kältherzigkeit oder Ignoranz verdächtig, würde man in einer Veranstaltung wie dieser am Krieg in Jugoslawien vorbeireden. Deshalb habe ich das seit langem für den heutigen Gesprächskreis vorgesehene Vortragsthema, das ich anlässlich des anstehenden fünfzigsten Geburtstages des Grundgesetzes mit der schleichenden Umdeutung der Grundrechte als einer neuen Dimension des Politischen befassen wollte, zwar nicht verworfen, aber doch etwas erweitert, im gewissen Sinne internationalisiert.

Was ich zeigen möchte, ist, daß im nationalen Verfassungsrecht wie im internationalen europäischen Recht und im Völkerrecht durchaus strukturverwandte Prozesse der Umdeutung der Grundrechte in Gang kommen, die von manchen begrüßt, von anderen wiederum, wie von mir, unter liberalen und demokratischen Gesichtspunkten als bedenklich angesehen und als wahrlich neue Dimensionen des Politischen begriffen werden. Es wird sich zeigen, daß diese Prozesse hier wie dort, also sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext, ihre Legitimität jenseits des positiven Rechts in einem Überrecht oder einer Art naturrechtlichen Hypermoral zu finden trachten.

Beginnen möchte ich mit dem deutschen Verfassungsrecht. Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes, zu dem neben den bekannten formalen Prinzipien, etwa der Gewaltenteilung, vor allem die mit dem Grundgesetz eingeführte Neuerung gehört, daß der Gesetzgeber selbst an die Grundrechte als übergesetzliches Recht gebunden ist, zielt in den Worten Roman Herzogs nach Entstehung und Inhalt auf die Domestizierung des Staates zum Schütze des Bürgers ab. So gesehen fungieren die Grundrechte als gegen die staatliche Macht gerichtete Abwehrrechte der Bürger und Bürgerinnen, zu deren Durchsetzung diese sich der Unterstützung des Bundesverfassungsgerichts bedienen können.

Die in der Unterwerfung des Gesetzgebers unter das übergesetzliche Recht des Grundgesetzes zum Ausdruck gebrachte Abkehr von einem nur formalen Rechtsstaatsbegriff zugunsten eines die Abwehrfunktion der Grundrechte stärkenden materiellen Rechtsstaatsbegriffs hat nun durch die Rechtsentwicklung eine Dialektik in Gang gesetzt, die von den Eltern des Grundgesetzes vermutlich nicht bedacht wurde. Es dauerte nicht lange bis der quasi naturrechtliche Charakter der Grundrechte verfassungsgerichtlich bestätigt und in seiner rechtlichen Wirkung gewürdigt wurde. Deutlich geschah dies 1958 in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem es um die Frage ging, ob ein Bürger, der sich in seinen Grundrechten nicht durch den Staat, sondern durch andere Bürger verletzt sieht, einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch auf gesetzlichen Schutz vor solchen Grundrechtseingriffen besitzt. Das Gericht bejahte dies und erklärte damals, daß die Grundrechte ohne Zweifel in erster Linie Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat seien; ebenso richtig sei es aber, daß die Grundrechte eine objektive Wertordnung aufrichten, von der die Rechtsprechung

Richtlinien und Impulse empfangen. Kein Gesetz dürfe im Widerspruch zu dieser Wertordnung stehen oder gegen ihren Geist ausgelegt werden.

Damit war die naheliegende Frage provoziert, ob dem verfassungsrechtlichen Auftrag an die Rechtsprechung, die Gesetze im Lichte der Grundrechte auszulegen, nicht auch eine verfassungsrechtliche Pflicht des Gesetzgebers entspricht, Gesetze zum Schutz der Grundrechte der Bürger gegen Eingriffe anderer Bürger zu erlassen. Auch das wurde vom Bundesverfassungsgericht bejaht, am deutlichsten in der zum Schwangerschaftsabbruch 1975 gefällten Entscheidung, in der es hieß, daß die Schutzpflicht des Staates umfassend sei. Sie verbiete nicht nur staatliche Eingriffe in das Grundrecht, sondern gebiete dem Staat auch, sich schützend und fördernd vor dieses Grundrecht zu stellen, was vor allem bedeute, es vor Eingriffen anderer zu bewahren.

Damit war ein Doppelcharakter der Grundrechte entwickelt, der sich vollends entfaltet, wenn mitbedacht wird, daß als Kehrseite der staatlichen Schutzverpflichtung dem Bürger ein gerichtlich durchsetzbarer Anspruch auf derartigen staatlichen Schutz zukommt. Dem aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleiteten Abwehrrecht des Bürgers gegen staatliche Grundrechtseingriffe ist ein aus der objektiven Wertordnung des Grundgesetzes abgeleitetes Anspruchsrecht des Bürgers auf staatlichen Schutz vor Grundrechtseingriffen anderer Bürger beigeordnet.

Diesem zweifachen Charakter der Grundrechte entspricht eine ebenso zweifache Pflicht des Staates. Zum Schutz der Grundrechte muß er es einerseits unterlassen, durch Gesetze in die Grundrechte der Bürger einzugreifen, und andererseits muß er Gesetze erlassen, um die Grundrechte der Bürger vor Eingriffen anderer Bürger zu schützen.

Bevor ich auf die Konsequenzen dieses Doppelcharakters sowohl der Grundrechte als auch der staatlichen Schutzpflicht eingehe, möchte ich darlegen, daß ein ähnlicher Prozeß auch auf europäischer Ebene in Gang kommt. Als markantes Beispiel dient mir ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahre 1997, dessen sachlicher Hintergrund die Proteste französischer Bauern bildeten, die unter Anwendung von Gewalt auf Märkten und in Geschäften angebotene Nahrungsmittel vernichtet oder unbrauchbar gemacht hatten, soweit diese nicht französischer Produktion entstammten. Die Europäische Kommission, auf deren Antrag hin der Europäische Gerichtshof tätig wurde, sah in der Tatsache, daß die französischen Ordnungskräfte diesem Tun der französischen Bauern unzureichenden Widerstand entgegengesetzten, eine der Republik Frankreich anzulastende Verletzung der Verpflichtungen aus der europäischen Marktordnung und aus entsprechenden Artikeln des EG-Vertrages.

Die formal- und materiellrechtlichen Voraussetzungen dieses Vertragsverletzungsverfahrens sind hier ohne Belang; aber bemerkenswert ist zunächst, daß der Europäische Gerichtshof diesem Antrag der Kommission folgte. Er stellte fest, daß die Form der Bauernproteste Hemmnisse des innergemeinschaftlichen Agrarhandels seien und deshalb die Zurückhaltung der staatlichen Ordnungskräfte zu Recht als Verletzung des EG-Vertrages gerügt sei, und zwar des Artikels 30 des Vertrages, der den Mitgliedstaaten mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung verbietet. Das Gericht führt dazu aus, daß dort nicht nur Maßnahmen der Mitgliedstaaten verboten seien, die den ungehinderten Warenverkehr beeinträchtigen, sondern eine Verletzung der dort begründeten Pflichten der Mitgliedstaaten auch dann vorliege, wenn diese es unterlassen, geeignete Maßnahmen zur Beseitigung von Störungen des Warenverkehrs zu treffen, die von Dritten verursacht wurden. Insoweit begründe der EG-Vertrag eine Handlungspflicht der Mitgliedstaaten, alle geeigneten und erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um auf ihren Territorien, die als solche apostrophierte Grundfreiheit des Handels zu sichern.

Die von mir postulierte Parallelität der europäischen Rechtsentwicklungen zu unserer nationalen besteht vor allem darin, daß hier wie dort der positiv-rechtlichen Unterlassungspflicht des Staates eine aus übergesetzlichen Bezügen hergeleitete Handlungspflicht gegenübergestellt wurde.

Damit komme ich zur nächsten Ebene, dem Völkerrecht, wo sich eine ähnliche Entwicklung andeutet. Auch hier kann ich mich auf eine, wenn auch nur vorläufige Gerichtsentscheidung, nunmehr des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, beziehen. Ein Hinweis, den ich dem Dresdner Völkerrechtler Ulrich Fastenrath verdanke.

Gegenstand des nach wie vor anhängigen Verfahrens ist der von der Republik Bosnien-Herzegowina gegen die Republik Jugoslawien erhobene Vorwurf, ihren Verpflichtungen aus der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes nicht nachgekommen zu sein. Zur Erinnerung: In der sogenannten Völkermordkonvention, die unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Greueltaten im Dezember 1948 in Kraft trat, bestätigten die Unterzeichnerstaaten, daß Völkermord, ob im Krieg oder Frieden begangen, ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, zu dessen

Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten. Nach Maßgabe der entsprechenden Artikel der Konvention müssen die beigetretenen Staaten in den Grenzen ihrer jeweiligen Verfassungen die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen ergreifen, um die Anwendung der Konventionsbestimmungen sicherzustellen und insbesondere wirksame Strafen für Personen vorzusehen, die sich der im Artikel 3 der Konvention näher bestimmten Völkermorddelikte schuldig gemacht haben. Solche Personen, ob sie regierende, öffentlich beamtete oder private sind, müssen entweder vor ein dafür zuständiges Gericht des Staates, in dem die Handlungen begangen wurden, oder vor ein internationales Strafgericht gestellt werden, dessen Zuständigkeit von den Unterzeichnerstaaten anerkannt ist.

In den Vorverhandlungen des Gerichts, wo es zunächst um komplizierte rechtliche prozessuale Präliminarien ging, wurde unter anderem die Frage der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes erörtert. Nach Artikel 9 der Konvention ist dieser nämlich nur für Streitfälle zwischen den Unterzeichnerstaaten zuständig, die sich auf die Auslegung, Anwendung oder Durchführung der Konvention oder auf die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord beziehen. Die Frage der Zuständigkeit scheint in diesem Prozeß vor allem deshalb von besonderer Bedeutung gewesen zu sein, weil nach dem Wortlaut der Konvention die Zuständigkeit für die Verfolgung und Bestrafung der des Völkermordes beschuldigten Personen - wie gesagt - dem Staat beziehungsweise den Gerichten des Staates obliegt, in denen die Delikte begangen wurden.

Da nun aber die Republik Bosnien-Herzegowina die Republik Jugoslawien beschuldigte, diese Delikte auf ihrem, das heißt bosnisch-herzegowinischen Territorium erlaubt oder begangen zu haben, muß wohl im Laufe der Gerichtsverhandlung die Frage aufgetaucht sein, ob die Verletzung der Konventionsverpflichtung zur Verhütung und Bestrafung dieser Delikte hier nicht dem beklagten Staat, sondern Zynischerweise dem klagenden Unterzeichnerstaat Bosnien-Herzegowina vorzuhalten wäre. Wie das auch im einzelnen gewesen sein mag, jedenfalls sah sich das Gericht angesichts dieser Ausgangslage, die ins Absurde abzugleiten drohte, gezwungen, nicht nur die Frage seiner Zuständigkeit zu bejahen, sondern auch die grundsätzliche Frage zu entscheiden, ob die in dieser Konvention positiv-rechtlich enthaltene Pflicht zur Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Völkermorddelikten auf das Territorium des jeweiligen Unterzeichnerstaates beschränkt ist.

Unter Hinweis auf die Präambel und Entstehungsgeschichte der Konvention, auf ihren Geist und Zweck sowie auf ihre moralischen Grundlagen und unter Berücksichtigung des universalen Charakters der Ächtung des Völkermords und der zu seiner Bekämpfung notwendigen Kooperation kommt das Gericht zum Schluß, die aus der Konvention folgenden Rechte und Pflichten der Unterzeichnerstaaten seien Rechte und Pflichten erga omnes, woraus sich ergebe, daß die Pflicht eines jeden Unterzeichnerstaates, Völkermorddelikte zu verhüten und zu bestrafen, von territorialen Grenzen nicht beschränkt sei.

Es scheint nicht abwegig, in diesem Spruch des Internationalen Gerichtshofs einen ersten Mosaikstein in einer Entwicklung zu sehen, die der mit der Anerkennung des Völkermords als Verbrechen evidenterweise verbundenen Unterlassungspflicht des Staates eine Handlungspflicht beistellt, solche Delikte überall, also auch jenseits der staatlichen Grenzen und gegen das oberste positiv rechtliche Prinzip des Völkerrechts im Souveränitätsgrundsatz zu verfolgen und zu ahnden.

Ich werfe im folgenden die Frage auf, was den aufgezeigten Entwicklungen auf der nationalen, regionalen und globalen Ebene gemeinsam ist. Dabei springen unter den mannigfaltigen Parallelen drei besonders ins Auge.

Erstens: Die aufgezeigten Entwicklungen entstammen allesamt nicht dem originären demokratischen Rechtssetzungsprozeß, sondern sind Ergebnisse höchstrichterlicher Rechtsentwicklungen, was die Vermutung bestärkt, daß sie auch auf dem Hintergrund eines sich zumindest in der westlichen Welt ändernden allgemeinen Rechtsbewußtseins zu sehen sind.

Zweitens: Die aufgezeigten Entwicklungen konstituieren allesamt staatliche Handlungspflichten, deren Kehrseite immer und notwendigerweise eine zu Lasten der Abwehrrechte gehende Stärkung der staatlichen Befugnisse ist, in die Rechte der Machtunterworfenen, das heißt des Souveräns, einzugreifen.

Drittens: Die aufgezeigten Entwicklungen beziehen allesamt ihre Legitimation aus einer dem positiven Recht vorgelagerten Ebene, indem sie, wie es Andreas Zielke mit Blick auf den Krieg in Jugoslawien in einem Beitrag der Süddeutschen Zeitung ausdrückte, auf die tiefste Moral des Rechts durchgreifen.

Was macht unter liberalen und demokratischen Gesichtspunkten die Brisanz dieser Entwicklungen aus, beziehungsweise was ist angesichts dieser Entwicklungen die neue Dimension des Politischen?

Zur Beantwortung dieser Frage beschränke ich mich auf zwei allerdings miteinander verzahnte kritische Aspekte der genannten Entwicklungen.

Erstens: Mit dem Vollzug der durch die genannten Entwicklungen gestärkten staatlichen Schutzfunktionen sind regelmäßig staatliche Eingriffe in die als Abwehrrechte gefaßten Grundrechte der Machtunterworfenen verbunden. Das heißt, in dem Maße, wie sich der Grundrechtsschutz durch den Staat ausweitet, wird der Grundrechtsschutz vordem Staat eingeschränkt. Werden also die in den aufgezeigten Beispielen angelegten Tendenzen beibehalten, dann erzeugt sich langfristig schleichend eben jener autoritäre Staat, der mit der Entwicklung der Grundrechte gerade verhindert werden sollte.

Hierzu einige Erläuterungen. Die staatliche Pflicht zum Schutz der Bürger vor Grundrechtseingriffen anderer Bürger kollidiert regelmäßig mit dem Grundrecht des Bürgers, staatliche Eingriffe in seine Rechte abzuwehren. Das heißt, es steht Grundrecht gegen Grundrecht, oder - wie es einmal gesagt wurde - der Grundrechtsschutz durch Grundrechtseingriff wird zur Dauerfigur des öffentlichen Rechts.

Nun ist die Kollision zweier oder mehrerer Rechte nichts Ungewöhnliches im gerichtlichen Alltag, die Üblicherweise durch Abwägungsüberlegungen gelöst werden. Allerdings liegt im Falle der oben genannten Rechtsfigur zum einen die Besonderheit vor, daß es sich um das Gegeneinander von Grundrechten handelt, mit deren Bestandskraft die Qualität unserer Rechtsordnung steht und fällt und deren Beschränkung deshalb besonderer Hürden bedarf. Zum anderen haben grundrechtseinschränkende Gesetze ebenso wie verfassungsgerichtliche Urteilssprüche über sie in der Regel Verfassungsrang und damit absolute Bindewirkung für andere Gerichte und für den Gesetzgeber.

Daraus folgt, daß verfassungsgerichtliche Urteile über grundrechtseinschränkende Gesetze über die Würdigung des dem Gericht vorliegenden Einzelfalls hinaus widerspruchlos verallgemeinerungsfähig sein müssen. Und deshalb müssen die Kriterien, die zur Entscheidung der erforderlichen Abwägungsprozesse angelegt werden, allerhöchsten Ansprüchen hinsichtlich ihrer Meßgenauigkeit, ihrer empirischen Gültigkeit und Zuverlässigkeit unterworfen werden. Und man tritt dem Bundesverfassungsgericht sicher nicht zu nahe, wenn man es für fraglich hält, ob die bisher zur Abwägung von Grundrechtskollisionen entwickelten Kriterien der Erforderlichkeit, Geeignetheit und Angemessenheit den auf das Gericht zukommenden Anforderungen genügen können, ob man somit allein mit ihrer Hilfe in der Lage sein wird, schleichende Entwicklungen zum starken Staat an einer unter freiheitlichen Gesichtspunkten noch tragbaren Stelle aufzuhalten.

Skeptiker haben einige Gründe auf ihrer Seite, vor allem den, daß das Gericht zur Überprüfung des Kriteriums der Geeignetheit in der Regel gezwungen sein wird, ein Urteil über die prognostische Güte des zur Beurteilung anstehenden Eingriffsgesetzes zu fallen, ohne über mehr oder andere materiellrechtliche Informationen zu verfügen, als der auf seine erweiterte Eingriffsbefugnis reflektierende Staat. Der offensichtlich auf dem Hintergrund dieser Einsicht eingeschlagene Weg vom Gericht, die Verfassungskonformität eines Eingriffsgesetzes unter die Bedingung seiner zukünftig empirisch nachzuweisenden Geeignetheit zu stellen, also salopp gesagt, eine Verfassungskonformität auf Probe zu attestieren, ist aus rein rechtsstaatlichen Gründen nicht zufriedenstellend und fördert, wenn auch ungewollt, mit dem tatsächlich nicht mehr einholbaren Verzicht auf den Nachweis aktueller Geeignetheit die Tendenzen zur sukzessiven Ausweitung der staatlichen Befugnisse, in die Grundrechte seiner Bürger einzugreifen.

Im übrigen scheint der Europäische Gerichtshof sich zur Genugtuung sehr konservativer Rechtslehrer mit Abwägungsfragen dieser Art allenfalls am Rande zu beschäftigen. In diesem Zusammenhang ist die Rigorosität bemerkenswert, mit der das dargelegte Urteil des höchsten europäischen Gerichts die von Frankreich vorgebrachten Einwände zurückgewiesen hat. Frankreich hatte sich eingelassen, daß die Zurückhaltung der französischen Ordnungskräfte nicht nur im Interesse des Grundrechts auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit geübt wurde, sondern unter Anlegung des Opportunitätsprinzips auch der Deeskalation und somit dem Erhalt der öffentlichen Ordnung dienen sollte. Außerdem seien alle Schäden ausgeglichen worden. Letzteres, so die Gerichtsentscheidung, sei nicht geeignet, die Verletzung des Vertrages zu beseitigen. Im übrigen sei die von der französischen Regierung vorgebrachte Gefahr einer Eskalation ein internes französisches Problem, das eine ungenügende Anwendung des Gemeinschaftsrechts nicht rechtfertigen könne.

Da fragt es sich, wo die Handlungsperspektiven und Entscheidungsspielräume nationaler Staaten und Regierungen noch liegen. Mir kommt es so vor, als stünde für den Europäischen Gerichtshof die unbeschränkte Freiheit des Handels mit Gurken und Tomaten an der Spitze der europäischen Grundrechtsskala. Das mag vielleicht eine etwas zu süffisante Bemerkung sein.

Damit komme ich zum zweiten kritischen Aspekt der genannten Entwicklungen. Nicht zuletzt deshalb, weil die beispielhaft aufgezeigten Entwicklungen zur Ausweitung der staatlichen Grundrechtsschutzpflichten führen, deren Legitimität sie vorzugsweise aus vor- oder überrechtlichen Bezügen ableiten, haben sie gewissermaßen die Moral auf ihrer Seite. Dieser Umstand erleichtert es den Protagonisten des starken Schutzstaates, den zur Einführung staatlicher Eingriffsbefugnisse dringend notwendigen politischen Diskurs zu verkürzen und auf eine moralisierende und deshalb leicht emotionalisierbare und populistische Ebene abzusenken.

Hierzu einige Bemerkungen. Es liegt auf der Hand, daß die politische Durchsetzbarkeit eines ausgeweiteten staatlichen Schutzes der Grundrechte der Bürger vor Eingriffen anderer Bürger engstens mit der Grundrechtsgefährdung korreliert, die von den anderen Bürgern tatsächlich oder vermeintlich ausgehen. Deshalb ist die öffentliche Dramatisierung der von Dritten ausgehenden Gefahren für die Grundrechte das Mittel, um die politisch notwendige öffentliche Akzeptanz zur Erweiterung staatlicher Eingriffsbefugnisse zu erzielen. Der Verweis auf vor- oder überrechtliche Pflichten des Staates, die Bürger und Bürgerinnen in ihren Grundrechten in Schutz zu nehmen, erleichtert die Herstellung der politisch notwendigen Akzeptanz.

Limbach

Wir haben gesehen, wie unterschiedlich eine Politikwissenschaftlerin und eine Juristin an dieses Thema herangehen können. Obgleich beide Referate sehr verschiedene Gegenstände behandelt haben, weisen sie durchaus Verbindungen auf, so daß eine Trennung in der Diskussion nicht immer möglich sein wird.

Ich möchte nur eine Überlegung zunächst beisteuern: Nach diesen Vorträgen frage ich mich, ob es angesichts der aufgezeigten Probleme noch angemessen ist, Begriffe wie Nation, Patriotismus oder Vaterland zu gebrauchen - etwa im Begriff des Verfassungspatriotismus. Welcher Tatbestand liegt dem eigentlich noch zugrunde? Geht es bei dem, was wir mit Nation gern zum Ausdruck bringen, um die Zusammengehörigkeit in einem Gemeinwesen oder um die Integration der Bürger und Bürgerinnen innerhalb eines Staatswesens? Wir alle wissen, wenn wir die Globalisierung meistern wollen, wir so etwas wie eine gemeinsame europäische Rechtskultur oder politische Kultur ausbilden müssen. Auch dieser Begriff ist ja bereits gefallen.

von Weizsäcker

Als wir das Thema dieser Tagung überlegten, haben wir nicht an den Durchgriff der Probleme zwischen der nationalen, der europäischen und der globalen Ebene gedacht. Beide Referentinnen haben aber zu Recht den Zusammenhang mit dem Krieg im Kosovo erwähnt. Was ich mich frage, ist, ob durch diese Diskussion nicht gerade der Staat geschwächt und der Bürger gestärkt wird. Haben wir je zuvor in einer so fundamentalen, geradezu existentiellen Diskussion über das Politische gestanden, wie im Zusammenhang mit diesem Krieg?

von Thadden

Im Zentrum des Referats von Frau Grunenberg scheint mir die Frage zu stehen: Wie halten wir es mit der postnationalen Gesellschaft? Ihre These war, Europa sei kein erfahrbarer politischer Raum - die Unübersichtlichkeit der Brüsseler Bürokratie ist ein Beispiel dafür und die Deutschen, die dem postnationalen Denken mehr als andere Nationen anhängen, seien in dieser Hinsicht besonders hilflos.

Wir diskutieren dieses Phänomen ja nicht nur unter dem Eindruck der Kosovokrise wenngleich dies sicher verstärkend wirkt;- , sondern auch mit Blick auf Dinge, die in unserem Land passieren. Wie gehen wir etwa mit dem Rechtsradikalismus bei uns um beziehungsweise mit Erscheinungsformen des völkischen Denkens in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern?

In Frankreich läuft die Diskussion mit den Anhängern von Le Pen anders als bei uns die Diskussion mit den Rechtsradikalen. Dort vertreten Leute, die durchaus liberalem Denken nahestehen, die Meinung, daß man das nationale Denken nicht Le Pen und seinen Kohorten überlassen dürfe, die, wenn hier ein Vakuum entstünde, dieses sofort besetzen würden, was auf jeden Fall zu verhindern ist. Viele Liberale in Frankreich warnen also gerade vor dem postnationalen Denken, also vor dem, was bei uns Habermas und andere mit Leidenschaft propagieren. Letztere postulieren, daß sich die Gefahr des Rechtsradikalismus nur bannen läßt, wenn wir die nationalen Akzente nicht betonen, sondern statt dessen das europäische Denken fördern. Für viele bei uns ist Europa eine Art Ersatz für das, was die Nation nicht mehr leisten kann, während die Franzosen Europa in Ergänzung zur Nation, aber keinesfalls als Ersatz verstehen.

Wenn also Europa, wie Frau Grunenberg sagt, kein erfahrbarer politischer Raum ist wofür vieles spricht;- , dann hätte das insbesondere für das deutsche Verständnis erhebliche Konsequenzen. Ich würde da etwas hoffnungsvoller formulieren und meinen, daß Europa in Ansätzen bereits ein erfahrbarer politischer Raum ist - Frau Sauzay würde sogar von Europa als Lebenswelt und Lebensart sprechen. Das heißt, wenn es nicht gelingt, Europa im Bewußtsein der Bürger zu einem Lebensraum mit praktizierter Lebensart zu machen - und nicht nur zu einem politischen Raum;- , dann geraten wir unausweichlich in all die Gefahren, die hier bereits angesprochen wurden. Das Europaverständnis reicht dafür nicht aus - das ist zu abstrakt;- , sondern entscheidend ist die Europaerfahrung, die wir machen.

In meinem Verständnis muß Europa jedenfalls mehr sein als nur eine politische Konstruktion. Daß Europa mehr sein muß als ein Wirtschaftsraum, darin sind wir uns immer alle einig. Aber es muß auch mehr sein als ein politischer Raum.

Duve

In jedem Falle muß es ein befahrbarer Raum sein.

Meckel

Auch ich kann der These, daß Europa kein politischer Raum ist, in der Form nicht zustimmen. Wenn es etwa heißt, Europa sei unübersichtlich, so machen in Ostdeutschland viele Menschen schon die Erfahrung, daß die Demokratie unübersichtlich ist. Für jemanden, der in der DDR aufgewachsen ist, waren die Verhältnisse dort insofern einfach, als man wußte, wer das Sagen hatte und wer an allem schuld war.

Viele Menschen hier tun sich bis heute schwer, die differenzierten Strukturen in einer Demokratie und damit auch die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten zu identifizieren. Das ist aber eine Voraussetzung, wenn man sich dafür einsetzen will, daß sich etwas ändert. Das sind auf jeden Fall schwierige Lernerfahrungen, bevor man in die neuen Beziehungsfelder hineinwächst, und da haben wir in Deutschland noch eine ganze Menge zu tun.

Daß wir Deutsche uns generell mit Europa schwertun, zeigt sich beispielsweise bei der Besetzung von Positionen in Brüssel. Die Franzosen betreiben da eine sehr viel bewußtere Personalpolitik mit einem ständigen Wechsel zwischen Paris und Brüssel, was von deutscher Seite nicht üblich ist, zumal es für eine Beamtenkarriere bei uns eher schädlich ist, eine Zeitlang in Brüssel gewesen zu sein. Und wenn es um die Kommissare geht, denkt man bei uns nicht an erfahrene Europaparlamentarier, sondern da spielen ganz andere parteipolitische Erwägungen eine Rolle.

Mein Eindruck ist, daß wir uns auch vielfach nicht darüber im klaren sind, in welchem Maße Entscheidungen in Brüssel getroffen werden, die wir in Bonn oft nur noch nachvollziehen können.

Was insbesondere fehlt - aber das wirkt sich nicht nur in Deutschland nachteilig aus;- , ist das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit. Unsere Debatten sind noch viel zu sehr von nationalen Gesichtspunkten geprägt, während wir das, was in den Nachbarländern diskutiert wird, kaum wahrnehmen. Demokratie und Öffentlichkeit ist für mich also ein ganz zentrales Thema. Wenn wir die Diskussion in den anderen Ländern stärker wahrnehmen würden, wäre auch Brüssel nicht mehr so kompliziert.

Die Entscheidungsstrukturen in Brüssel sind jedenfalls nicht komplizierter als in Bonn oder in anderen Staaten. Und die Verwaltung bei der EU ist nicht größer als etwa die Kölner Stadtverwaltung.

Schon in der innerdeutschen Diskussion wirkt sich negativ aus, daß wir keine gesamtdeutsche Öffentlichkeit haben. In wichtigen Politikfeldern sind die Ostdeutschen kaum an den Debatten beteiligt - auch im Bergedorfer Gesprächskreis nicht. Und wir müssen uns nur die Medienredaktionen in Ostdeutschland anschauen, in denen kaum Ostdeutsche zu finden sind. Das gilt besonders fürs Fernsehen. Auch in der von mir hochgeschätzten "Zeit" stammen von 70 Redakteuren gerade mal ein oder zwei aus dem Osten. Bei anderen Zeitungen liegen die Dinge ähnlich.

Bajohr

Wenn ich es richtig sehe, haben die Schwierigkeiten der Ostdeutschen mit Europa erst zwei, drei Jahre nach der Wende eingesetzt. Anfangs herrschte eine ungeheure Euphorie, vor allem dadurch bedingt, daß man dieses Europa, und zwar Westeuropa, nun endlich im wahrsten Sinne des Wortes befahren konnte. Im Grunde meinen wir alle ja immer Westeuropa, wenn wir von Europa sprechen.

Die Euphorie ist in der Tat verebbt. Vielleicht ging das alles für uns Ostdeutsche ein wenig zu schnell, daß uns kaum Zeit blieb, Deutsche zu sein, weil wir augenblicklich Europäer werden sollten.

Hinzu kommt, daß die Ostdeutschen bei ihren Urlaubsreisen nach Frankreich, Italien oder Spanien feststellen mußten, daß die Westdeutschen natürlich überall immer schon da waren. Sie fahren seit 20 Jahren in die Provence, kennen ihre Wein- und Käsehändler und sind mit allem höchst vertraut. Diese Alltagserfahrungen werden sich erst in der nachwachsenden Generation ausgleichen.

Auf der anderen Seite wird die osteuropäische Kompetenz, die sich die Ostdeutschen erworben hatten, allenfalls in der Wirtschaft abgefordert; wenn es etwa darum geht, frühere Kontakte zu aktivieren oder auch Russischkenntnisse anzubringen. Aber in der Politik oder auch in den Medien kommt das kaum zum Tragen. Herr Meckel hat ja zu Recht darauf hingewiesen, daß die ostdeutschen Redaktionen ganz überwiegend von Westlern besetzt sind - vom Neuen Deutschland vielleicht einmal abgesehen.

Paqué

Wie steht es um den partizipatorischen Bürger, etwa im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschen? Die Beteiligung an Wahlen ist im Osten niedriger als im Westen. Überregionale Zeitungen werden im Osten kaum gelesen. Das Interesse an übergeordneten Themen, insbesondere an europäischen Fragen, ist deutlich geringer.

Gleichzeitig sehe ich als gebürtiger Westler, der seit gut zwei Jahren in Ostdeutschland lebt, daß sich die Menschen sehr intensiv mit lokalen Themen beschäftigen und beispielsweise den Wiederaufbau der Städte mit großem Engagement, ja mit einer gewissen Sentimentalität verfolgen. So finden sich in den Tageszeitungen fast täglich Berichte über renovierte Gebäude, was man in einer westdeutschen Zeitung sicherlich vergeblich suchen würde. Die lokale Politik insgesamt ist außerordentlich präsent, während bundesweite oder gar Europathemen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ich würde daraus aber keineswegs schließen, daß es im Osten an einer kritischen Öffentlichkeit fehlt - ein Schluß, zu dem man aus westlicher Sicht leicht kommen könnte.

Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß die Westdeutschen, sagen wir im Jahre 1954, also neun Jahre nach Kriegsende, ebenfalls vornehmlich mit dem Wiederaufbau beschäftigt waren und die damalige Generation im nachhinein auch nicht als sonderlich politisch engagiert angesehen wurde. Seit dem Fall der Mauer sind doch gerade einmal neun Jahre vergangen. Und auch in den USA ist das Leben außerhalb von Washington oder New York außerordentlich provinziell, und die Menschen interessieren sich vorzugsweise für lokale Fragen. Dennoch sehen wir in den USA eine absolut stabile und gefestigte Demokratie, ungeachtet der Tatsache, daß die Wahlbeteiligung dort weit unter europäischem oder westdeutschem Niveau liegt.

Ich würde also ein wenig mehr Geduld anmahnen. Es braucht einfach mehr Zeit, damit eine kritische Öffentlichkeit heranwächst, die über den lokalen oder regionalen Tellerrand hinausblickt.

Prantl

Europa ist kein erfahrbarer Raum, lautete die These von Frau Grunenberg. Ist das eine subjektive Wahrnehmung, oder ist dies Ausdruck der objektiven Gegebenheiten? Der Einwurf von Herrn Duve, Europa sei zumindest ein befahrbarer Raum, ist richtig - wir Deutsche sind ja geradezu Weltmeister im Durchmessen der europäischen Räume. Das heißt, daß wir Europa im eigentlichen Wortsinn durchaus erfahren. Die Frage ist, warum wir diese Erfahrung nicht umsetzen.

Herr Meckel beklagt zu Recht das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit. Öffentlichkeit wird unter anderem durch die Zeitungen und das Fernsehen hergestellt, und wenn ich mir anschau, was bei uns in bezug auf Europa geschieht, dann kann ich nur sagen: Das ist äußerst dürftig. Wie viele von uns Journalisten arbeiten denn in Brüssel - verglichen mit den nationalen Hauptstädten? Und wer von den wenigen Journalisten, die in Brüssel sind, fährt beispielsweise nach Straßburg, um aus dem Europäischen Parlament zu berichten? Ich kenne keinen anderen Ort, wo einem Europa so nahe kommt, wie in den Debatten im Europäischen Parlament, die ja so völlig anders ablaufen, als das, was wir im Deutschen Bundestag gewohnt sind. Die Redebeiträge sind kürzer; die Vielsprachigkeit ist beeindruckend. Aber davon erfahren wir so gut wie nichts.

Ralf Dahrendorf hat mir kürzlich in einer Podiumsdiskussion gesagt, das Europäische Parlament könne man vergessen - auch nach dem Amsterdamer Vertrag. Die Vielsprachigkeit beispielsweise verhindere, daß Demokratie auf europäischer Ebene jemals funktionieren kann. Ich halte das für falsch. Wenn die Medien ein Thema, das im Europäischen Parlament diskutiert wird - sagen wir zur Gentechnik und deren Gefahren;-, tatsächlich aufgreifen, haben wir am nächsten Tag eine

europaweite Debatte darüber. Es entsteht eine europäische Öffentlichkeit ungeachtet aller Sprachprobleme, wenn die mediale Vermittlung funktioniert.

Wenn ich aus Anlaß irgendeines Jubiläums in älteren Zeitungen aus den 50-er Jahren blättere, stelle ich fest - die Älteren hier im Raum werden das noch erinnern;- , welche Europabegeisterung bei uns nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte. Warum hat die sich so sehr verflüchtigt? Damals euphorische Bilder vom Absägen der Grenzbäume - heute, im Europawahlkampf, ein Wahlplakat der SPD mit Handschellen, das Europa als Zone der Gefahr symbolisiert: Mafia, organisierte Kriminalität. Damals war Europa ein Europa der Hoffnungen, der Chancen, der freudigen Erwartung; heute ist Europa das Europa der Ängste, vor dem man sich schützen muß. Da ist politisch etwas falsch gelaufen.

Auf dem letzten CDU-Parteitag war die Rede von einem europäischen Verfassungsvertrag. Wenn das auf eine Art kastriertes Grundgesetz auf europäischer Ebene hinauslaufen sollte, an dem die Völker Europas nicht mitwirken, müssen wir uns nicht wundern, wenn die Menschen in den europäischen Ländern - auch in Deutschland - nicht mehr wissen, warum sie Europa überhaupt wollen sollen. Sie verstehen nicht, welchen Vorteil das Europa des Marktes, das Europa der Konzerne und Firmen für sie haben soll. Sie erleben Europa nicht als ihren Raum, nicht als ihren Schutzraum, der ihnen Rechte und Sicherheit gibt. Vielleicht ist die Debatte, die jetzt ganz vorsichtig angestoßen wird in Richtung Verfassungsvertrag und europäischer Grundrechtskatalog, ein Weg, um den Menschen zu zeigen, wozu Europa da ist und was es ihnen ganz konkret bringt.

Bellut

Anläßlich der Europawahl bereiten wir von unserem Sender gerade eine Umfrage vor, in der wir beispielsweise wissen wollen: Fühlen sich die Deutschen eigentlich in erster Linie als Deutsche oder primär als Bayern, Sachsen oder Hessen, oder fühlen sie sich sogar als Europäer? Ähnliche Umfragen aus früheren Jahren hatten zum Ergebnis, daß sich etwa 90 Prozent als Deutsche fühlen, die übrigen definierten sich regional - Bayern und Sachsen stärker als die Bewohner anderer Bundesländer;- , aber als Europäer fühlte sich fast keiner. Ich nehme an, das Ergebnis wird dieses Mal ähnlich sein.

Außerdem deutet alles darauf hin, daß die Wahlbeteiligung bei dieser Europawahl sehr niedrig sein wird. Daraus können wir indes nicht schließen, daß die Bürger gegen Europa sind. Im Gegenteil, sie schätzen Europa vor allem als Friedens- und Wohlstandsgesellschaft. Die niedrige Wahlbeteiligung ist eher ein Ausdruck dafür, daß sie zum Beispiel die Institution des Europäischen Parlaments nicht sonderlich ernst nehmen. Das ist sicher verständlich; denn dieses Parlament hat sich bisher keine besondere Bedeutung verdient. Die Bürger registrieren sehr genau, was für sie wichtig ist, und in ihrem Urteil sind sie meist auch sehr gerecht.

Auch die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik weist von Beginn an starke Schwankungen auf; sie ist aber insgesamt nicht zurückgegangen. In Ostdeutschland ist sie bei Landtagswahlen sehr viel niedriger als im Westen, aber nicht bei Bundestagswahlen. SPD-Wähler etwa nehmen die Europawahl sehr viel weniger ernst als die Wähler anderer Parteien. Auch daraus würde ich nicht auf Desinteresse schließen; sie sind nur weniger motiviert.

Daß die Europabegeisterung einer ruhigeren Betrachtungsweise Platz gemacht hat, dürfte nicht zuletzt an der mangelnden demokratischen Kontrolle auf europäischer Seite liegen. Aber wie stellen wir uns denn eine stärkere demokratische Kontrolle in Europa überhaupt vor? Sollten, wie es bei Frau Leutheusser-Schnarrenberger anklang, Kontrollkompetenzen wieder stärker in die nationalen Parlamente zurückverlagert werden, die ja die Anerkennung der Bürger genießen? Wie kann man sich das aber vorstellen?

Duve

Es hat immer eine große europäische Öffentlichkeit gegeben, auch wenn viele Leute nur die Fußballberichte lasen. Als langjähriger verantwortlicher Lektor des Rowohlt-Verlages weiß ich, daß wir immer europäisch orientiert waren. Gemeinsam mit Verlagen in London und Paris haben wir bestimmte Themen lanciert, etwa bei Fragen der Umwelt- und Energiepolitik, wo die Diskussion in dem einen Land vielleicht schon weiter war als in dem anderen und wir uns auf diese Weise gegenseitig befruchten konnten. Da gab es - wenn auch begrenzt - durchaus Gemeinsamkeiten über den nationalen Tellerrand hinweg.

Engert

Von welchem Europa sprechen wir eigentlich? Da ist von Bürgergesellschaft die Rede, während in Teilen Europas revolutionäre Veränderungen mit enormen Mentalitätsbrüchen stattgefunden haben. Und was wir gegenwärtig im Kosovo wahrnehmen und seit Jahren in Jugoslawien erleben, mutet uns geradezu exotisch an. Dabei wußten die Kenner längst über die schwelenden Konflikte, die es seit jeher in Jugoslawien gibt. Was sollen diese Gesellschaften im Osten Europas also mit dem Begriff der Bürgergesellschaft anfangen, wenn dort jegliche Voraussetzungen dafür fehlen?

Diese Ungleichzeitigkeiten in Europa sollten wir nicht aus dem Auge verlieren und hier nicht nur eine westdeutsche Debatte führen. Herr Meckel hat zu Recht daraufhingewiesen, daß selbst im Osten Deutschlands die Menschen ihre Schwierigkeiten mit der Demokratie und mit Europa haben. Wie wollen wir also den Leuten die Bürgergesellschaft nahebringen, wenn es dafür an den Voraussetzungen mangelt? Es geht nicht nur darum, die Eliten zu überzeugen - dafür haben wir Einrichtungen wie den Bergedorfer Gesprächskreis. Bei der breiten Masse der Menschen ist es ungleich schwieriger, denen die Ungleichzeitigkeiten in Europa zu vermitteln. Die Bürgergesellschaft ist für sie ein Begriff ohne Inhalt. Und vergessen wir nicht: Die Mentalitäten sind ein politischer Wirkungsfaktor.

Prantl

Sie sprechen von Jugoslawien, Herr Engert. Wie steht es denn mit Nordirland, mit dessen Konflikt wir seit Jahrzehnten zurechtkommen müssen - mitten in Westeuropa? Die Entwicklung, die jetzt aus dem Osten auf uns zukommt und die Sie beschreiben, ist also nichts völlig Neues.

Engert

In Nordirland konnten sich die Konfliktparteien zumindest an die Briten halten. In Jugoslawien war das nicht der Fall.

Epler

Dem, was Sie zum Thema gemeinsamer Erfahrbarkeit gesagt haben, Frau Grunenberg, möchte ich entgegenhalten: Ist das, was ein Werftarbeiter in Rostock erlebt, für einen Bauern im oberschwäbischen katholischen Gebiet erfahrbar und umgekehrt? Das betrifft schon die Lebensverhältnisse in Deutschland selbst - wie dann erst in Europa!

Was mir wichtig erscheint, ist die Frage nach einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit. Das halte ich deshalb für so wichtig - wir sprechen hier ja über die Dimensionen des Politischen;- , weil Politik heute sehr wesentlich auf der europäischen Ebene, im Rahmen der Europäischen Union stattfindet.

In dem Zusammenhang sollten wir auch über die Dimensionen der Politik reden, die in den letzten Jahrzehnten verlorengegangen sind. Das heißt beispielsweise, daß in dem riesigen europäischen Wirtschaftsraum die politisch Verantwortlichen von der internationalen Finanzspekulation oder von Pressionen multinationaler Konzerne vollkommen abhängig sind und kaum noch politische Gestaltungskraft haben. Und was ich feststelle, ist, daß wir Deutsche offenbar von diesem Europa - anders als in anderen Ländern - zuviel erwarten.

Als man kürzlich einen nicht ganz unbedeutenden Politiker meiner Partei fragte, ob er sich als Deutscher fühle, hat er geantwortet: nein, als Europäer. Herr von Thadden hat schon daraufhingewiesen, daß eine solche Antwort bei einem Franzosen völlig unmöglich wäre; der fühlt sich in erster Linie als Franzose und dann - vielleicht - als Europäer.

Mein schwäbischer Landsmann, Georg Friedrich Wilhelm Hegel, hätte es so formuliert: Die Nationalstaaten werden in Europa aufgehoben. Das heißt, sie werden zum einen bewahrt, zugleich aber überwunden und auf eine höhere Ebene gehoben. Ich bin völlig sicher, daß es in Europa in hundert Jahren genauso noch ein Deutschland geben wird, wie es heute in Deutschland noch ein Bayern gibt. Wenn wir das den Menschen klarmachen, werden auch ihre Ängste geringer.

Die Nationalstaaten werden also nach wie vor ein Ort der politischen Willensbildung in einem föderativ aufgebauten Europa sein. Und das Grundprinzip der Subsidiarität, über das inzwischen große Einigkeit besteht, besagt, daß es bestimmte Dinge gibt, die man vermutlich nur noch auf europäischer Ebene erledigen kann, während andere Dinge nach wie vor in den Nationalstaaten, Regionen oder auf kommunaler Ebene entschieden werden.

Im übrigen bin ich im Gegensatz zu Hannah Arendt der Meinung, daß demokratische Politik entscheidend damit zu tun hat, wie die Menschen leben wollen beziehungsweise wie sie nicht leben

wollen. Darauf hat jegliche Politik zu rekurren. Das, was etwa die französischen Bauern zum Ausdruck bringen, ist eben, wie sie nicht leben wollen. Jedenfalls wird den Menschen erst allmählich bewußt, daß in Europa auch darüber entschieden wird, wie sie leben wollen. Deshalb ist die Frage nach der europäischen Öffentlichkeit, die Herr Prantl angesprochen hat, so wichtig.

Wenn ich beispielsweise französische Zeitungen lese - von englischen will ich gar nicht reden;- , dann ist schon deprimierend, wie wenig dort wahrgenommen wird, was etwa in Deutschland passiert; aber umgekehrt ist es kaum besser. Und wenn das schon zwischen unmittelbaren Nachbarn so ist, wie steht es dann erst um Länder wie Spanien oder Griechenland. Ich denke, wir müßten uns viel stärker bewußtmachen, daß die Frage, wie wir leben wollen, inzwischen zu einem erheblichen Teil in Europa entschieden wird.

Zechlin

Frau Grunenberg sprach nicht davon, daß der Mensch einen Ort braucht - einen Ort der gemeinsamen Erfahrung, der Geborgenheit und des Miteinanders;- , sondern ihre Formulierung lautete: "Die Demokratie braucht einen Ort." Damit habe ich Schwierigkeiten, denn für mich ist Demokratie ein Organisationsmodell. Es geht darum, menschenwürdiges Zusammenleben zu organisieren.

Was Frau Grunenberg zu Europa gesagt hat, läßt vermuten, daß aus ihrer Sicht Demokratie als Organisationsmodell für Europa nicht recht taugt, weil der Raum zu groß, zu unübersichtlich ist. Dem würde ich entschieden widersprechen. In den Vereinigten Staaten von Amerika beispielsweise funktioniert Demokratie als Organisationsmodell bestens, obwohl der Raum dort noch größer ist als in Europa. Herr Prantl hat recht, wenn er daraufhinweist, daß in einem kleinen Land wie Irland die Demokratie mit den dortigen Konflikten nicht fertig wird.

Es liegt also nicht an der räumlichen Größe. Eine andere Frage ist wichtiger: Inwieweit werden die Institutionen der Demokratie den grundlegend veränderten Bedingungen der Realität angepaßt? Das gilt für die Zusammensetzung des Parlamentes genauso wie für die Parteien und für die europäischen Institutionen.

von Thadden

Ich denke, wir müssen stärker zwischen kurzfristigen und langfristigen Entwicklungen unterscheiden, gerade, wenn es um Europa geht. Ich halte es durchaus für wahrscheinlich, daß sich in diesem Europa auf lange Sicht so wie die Wirtschaftssysteme durch den Euro auch die Sozialsysteme angleichen werden. Auf einigen Gebieten geht das schneller beim Verkehr beispielsweise;- , während es in anderen Bereichen Generationen dauern wird.

Dennoch gibt es keinen Grund, warum wir in Europa nicht gut zusammenleben können. Das ist keine Frage der Harmonie, sondern gerade die Unterschiedlichkeiten können für Europa ein belebendes Element sein.

Limbach

Ich denke, wir sind uns relativ einig darüber, daß Europa einer europäischen Öffentlichkeit bedarf und, wie Herr Eppler gesagt hat, wir lernen müssen, aus einer europäischen Perspektive die Probleme wahrzunehmen. Die Schwierigkeit, die wir in diesem Zusammenhang feststellen - das hat Frau Grunenberg deutlich gemacht;- , ist die Tatsache, daß die herkömmlichen Konzepte von Staatlichkeit nicht ausreichen, wenn wir über das politische Europa nachdenken. Und genau an dem Punkt, Herr Prantl, fühlt sich der Bürger bisher überfordert.

Das gilt insonderheit für die Deutschen, die in den Jahrzehnten der Geltung des Grundgesetzes so etwas wie eine Demokratiezufriedenheit entwickelt haben und sich der Rechtsstaatlichkeit erfreuen und die sich jetzt fragen - übrigens genauso in den alten Bundesländern, Herr Meckel;- , was sie mit diesem Europa verlieren, etwa an Garantien des Grundgesetzes.

Das vielfach beklagte Demokratiedefizit der europäischen Institutionen ist dafür ein beredter Ausdruck. Nicht ohne Grund haben wir in den kritisierten Artikel 23, Absatz 1 des Grundgesetzes eine Formulierung aufgenommen, derzufolge wir beim Prozeß der europäischen Integration dafür streiten werden, daß unsere Staatsstrukturprinzipien so weit als möglich auch in dem neuen Europa ihre Geltung behalten. Wir müssen also über neue Formen von Politik und Staatlichkeit nachdenken und gleichzeitig beim Bürger ein Bewußtsein dafür schaffen. Wir müssen diese einladen, über ihr künftiges größeres Gemeinwesen mit nachzudenken.

Grunenberg

Sie fragen, Frau Limbach, ob der Begriff der Nation, so wie ich ihn im Unterschied von Volksnation und Staatsnation verwendet habe, noch tragfähig ist. Was ich versuche, ist, mit diesem Begriff, welcher der Tradition der Französischen Revolution verpflichtet ist, eine Brücke zu schlagen zwischen einem völkischen Staatsverständnis auf der einen und dem transnationalen Staatsverständnis auf der anderen Seite.

Zugleich müssen wir in Europa mit den Ungleichzeitigkeiten leben und politisch handeln - völkisches Staatsverständnis und post- oder transnationale Prozesse bestehen ja nebeneinander. Worauf es mir ankommt, ist, daß der Nationenbegriff eben nicht auf das Völkische oder auf den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts beschränkt ist. Wenn, wie Sie sagen, der Nationenbegriff ist überholt;-, welches ist dann die neue politische Form? Denn die europäischen Gesellschaften brauchen politische Formen. Wir Deutschen neigen ja dazu, uns aus dieser Schwierigkeit mit dem Hinweis herauszureden, es gäbe nur noch das Postnationale.

Frau Leutheusser-Schnarrenbergers Argument in bezug auf den Krieg im Kosovo halte ich für sehr wichtig. Es besteht die Gefahr, daß in unserer öffentlichen Diskussion das Völkerrecht durch moralische Begründungen des Krieges unterlaufen wird, die allenthalben funktionalisierbar und manipulierbar sind. Das löst zwar nicht das Dilemma, in dem wir uns gegenwärtig befinden, dennoch müssen wir uns damit auseinandersetzen. Denn in der Tat, was geschieht, wenn sich zukünftig auch andere Konfliktparteien auf dieses Beispiel berufen und der Meinung sind: Wofür brauchen wir in solchen Fällen eigentlich die UNO?

Angesichts der immer komplexeren und auch gegenläufigen Prozesse auf europäischer Ebene halte ich einen selbstbewußten, urteilsfähigen, kritischen Bürger, der am Gemeinwesen Anteil nimmt, mehr denn je für unverzichtbar. Worauf ich hinweise, ist, daß dieser Bürger sich heute immer weniger in der Lage sieht, auf die politischen Prozesse in Europa Einfluß zu nehmen. Er ist, wie Sie sagen, Frau Limbach, mit der bei uns gewachsenen Demokratie recht zufrieden und ist äußerst mißtrauisch allem gegenüber, was da in Europa auf ihn zukommt. Es wäre aber wichtig, daß die Bürger sich dem neuen Europa nicht ausgeliefert fühlen, sondern den Weg der europäischen Einigung nachvollziehen können. Dazu gehören Interesse wie Erfahrbarkeit.

Seit dem 18. Jahrhundert wissen wir, lieber Herr Prantl, daß Öffentlichkeit mehr ist als das, was uns die Medien vermitteln. Dazu gehören die rasonierenden Bürger ganz entscheidend, die sich aufregen, die sich einbringen und die Einfluß nehmen auf die Politik - in welcher Form und in welchen Gremien auch immer. Es geht eben nicht nur um das Informiertwerden. Noch so schöne blaue oder grüne Broschüren, herausgegeben von der Europäischen Kommission, werden die Schaffung eines öffentlichen Raums und eines europäischen Bewußtseins nicht leisten.

Und warum nach 1945 diese Europaeuphorie entstand, ist nicht so schwer nachzuvollziehen: Auf den Trümmerfeldern erschien dieses Europa wie das ferne gelobte Land, mit der Verheißung ewigen Friedens. Der Prozeß der europäischen Einigung gründete auf den Erfahrungen des Ersten und des Zweiten Weltkriegs mit dem Ziel, über die Montanunion zu einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum zu gelangen. Da geht es um komplizierte Sachverhalte und Vorgänge, die sich langsam entwickeln und die nicht etwa nach 1945 allen vor Augen standen und jetzt verlorengehen. Eben diese hohe Komplexität macht es aus meiner Sicht unerlässlich, die Urteilsfähigkeit der Bürger zu stärken, seine Versorgungsmentalität ein wenig aufzulockern und ihn zu ermutigen, sich aktiv einzumischen.

Roß

Herr Engert betonte die Skepsis aufgrund von Desintegration und Separation als Gegensatz zum Brüssel-europäischen Optimismus. Diese Skepsis nehme ich nicht nur im Osten wahr, sondern auch im EU-Europa selbst. Und wenn Herr Prantl fragt, warum der europabegeisterte Schwung, der nach 1945 vorhanden war, verlorengegangen ist, dann muß man sagen: weil wir in Europa wieder eine Normalität erreicht haben, die es 1945 nicht mehr gab. Genügt nicht ein Europa, in dem die Nationalstaaten leidlich miteinander umgehen und sich nicht mehr gegenseitig massakrieren, so wie die Großmächte, Mittel- und Klein-Staaten in der europäischen Geschichte meistens miteinander verkehrt haben, bevor es zu den Katastrophen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts kam?

Der europäische Gedanke hatte gewissermaßen in dem Augenblick seinen Zweck erfüllt, in dem die Mehrheit der Europäer weitgehend wieder in normalen nationalstaatlichen Verhältnissen lebte - eine Tendenz, die nach 1989 auch für die Staaten Osteuropas mehr oder weniger gilt. Für die Aufgaben, die die Europäer jetzt vor sich sehen und die eine starke Koordination und Abstimmung verlangen, ist

das ideelle Reservoir von 1945, aus dem man weiter Kraft schöpfen könnte, begrifflicherweise erschöpft. Ich sehe nicht, daß man viel mehr erwarten kann, und ich denke, es bringt uns nicht weiter, dies immer wieder zu beklagen.

Wenn hier gefragt wurde, wie europäisch unsere Politik ist, dann weiß ich nicht recht, was damit gemeint sein soll. Mit den Brüsseleien hat das eigentlich nur wenig zu tun. Es ist sicher unbestritten, daß die europäischen Länder sich möglichst gut kennenlernen sollten; daß wir den Reichtum, den dieser Kontinent auch in seiner politischen Vielfalt bietet, schätzen lernen, möglichst viele Sprachen sprechen sollten. Dafür braucht es aber nicht in erster Linie neue zentrale Institutionen. So wie ich es verstehe, wird man europäisch gerade dadurch, daß man sich in der Vielfalt dieser Nationalstaaten möglichst frei und unbehelligt bewegen kann. Dieser ganze Integrationsfuror scheint ein wenig Ersatz für das echte alte Europäertum zu sein, das sehr viel mehr Engagement, Reisen, persönliche Bekanntschaften und dergleichen erfordern würde als das synthetische Europäerdasein, das heute unter der EU-Fahne segelt.

Von daher bin ich auch nicht der Meinung, daß wir eine europäische Demokratie brauchen. Was wir benötigen, ist eine europäische Elite, die sich ihre demokratische Legitimation nach wie vor jeweils zu Hause suchen muß. Von ihr wird die Fähigkeit erwartet, ihre Interessen im europäischen Sinne zu definieren. Eine Demokratisierung im europäischen Maßstab, das dürfte ein Prozeß sein, der sehr lange Zeit erfordert. Zunächst müßten Politiker, Wissenschaftler, Journalisten daran arbeiten, auf europäisches Niveau zu kommen mag sein, daß die Wirtschaftseliten in der Hinsicht schon weiter sind;- , und sich dafür die notwendige Legitimation in der eigenen Bevölkerung holen.

von Thadden

Ich stimme Ihnen zu, Herr Roß, wenn Sie sagen, es habe sich eine gewisse Normalisierung eingeschpielt. Die Nachkriegszeit ist in der Tat zu Ende, was im übrigen nicht nur für die Europabegeisterung gilt. Das zeigt sich beispielsweise auch im deutsch-französischen Dialog. Worte wie Versöhnung etwa finden bei der jungen Generation keine Resonanz mehr. Wenn meine Kinder nach Frankreich fahren, dann wollen sie sich nicht versöhnen, sondern verständigen, amüsieren oder was sonst.

Meckel

Daß der Schwung aus Europa weg ist, vermag ich überhaupt nicht zu sehen. Was ich - vielleicht besonders aus ostdeutscher Sicht - viel mehr wahrnehme, sind ungeheure Fortschritte auf europäischer Ebene in den letzten neun, zehn Jahren. Ich denke nur an den Euro, der unsere Lebenswirklichkeit stark prägen wird. Oder die Entscheidungen, die in Richtung Erweiterung der Europäischen Union getroffen wurden und die wir bisher viel zu sehr unter bürokratischen Gesichtspunkten interpretieren und zuwenig politisch verstehen.

Für die demokratische Gestaltung Europas gibt es Ansätze im Amsterdamer Vertrag, der nicht zuletzt dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse einräumt. Was indes fehlt, ist ein wirklicher europäischer Diskurs in diesen Fragen.

Ich bedaure zudem, daß die Beitrittskandidaten bis heute keinen Beobachterstatus beim Europäischen Parlament haben und zumindest an den Debatten im Plenum und in den Ausschüssen beteiligt werden. Dies würde es den Vertretern dieser Länder zweifellos erleichtern, die Erfahrungen, die sie dabei machen, bei sich zu Hause zu vermitteln. Das gehört für mich auch zu einer lebendigen repräsentativen Demokratie.

Was ich in Ostdeutschland besorgniserregend finde, ist in der Tat, daß die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie dort deutlich abgenommen hat. Daß die Parteien an ihrem schlechten Image zum Teil selbst schuld sind, will ich gar nicht in Abrede stellen; natürlich hängt das auch mit den unterschiedlichen historischen Erfahrungen in den vergangenen fünfzig Jahren zusammen. Aber man sollte sich andererseits hüten, die Bedeutung der Parteien kleinzureden, sondern müßte die Menschen gerade in Ostdeutschland immer wieder ermutigen, in die Parteien hineinzugehen, überhaupt ihre Interessen zu organisieren.

Im sozialistischen System hatten wir es mit einer Gesellschaft atomisierter Individuen zu tun, die zentral von oben gelenkt wurde. Jetzt kommt es darauf an, die gesellschaftliche Selbstorganisation voranzubringen, damit die Menschen das Gefühl bekommen, für ihre eigene Wirklichkeit konkret mitverantwortlich zu sein und auch aktiv werden zu können.

Natürlich braucht es einige Zeit - das habe ich selbst feststellen müssen;- , bis man sich in bestimmten politischen Funktionen zurechtfindet und die anfänglichen Überforderungen überwunden hat.

Verantwortlich handeln können im übrigen immer nur die konkreten Menschen und nicht die Institutionen. Aus diesem Grunde bin ich auch ein uneingeschränkter Befürworter der repräsentativen Demokratie und ein Gegner des imperativen Mandats, das in Ostdeutschland viele Anhänger hat. Direkte Demokratie beinhaltet immer die Gefahr, daß, wo alle entscheiden, niemand wirklich verantwortlich ist. Darüber müßte viel mehr kommuniziert werden, auch unter den politisch Verantwortlichen selbst. Deshalb begrüße ich eine Einrichtung wie den Bergedorfer Gesprächskreis, die eben solche Debatten führt.

Miegel

Frau Grunenberg sagte, in Deutschland werde eine moderne Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben, die Außen- und Sicherheitspolitik könnte dagegen noch aus dem 19. Jahrhundert stammen. Ich meine, auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist keineswegs modern. Sie entspricht nicht der veränderten Wirklichkeit. Deshalb berührt sie diese auch nur noch punktuell.

Die heutige Wirtschafts- und Finanzwelt ist kleinstellig, horizontal und in Netzwerken organisiert. Diese Organisationsform trifft auch auf größere Unternehmen zu, in denen längst begriffen worden ist, daß die traditionelle hierarchische Führungsstruktur von oben nach unten nicht mehr zeitgemäß ist. Die Führung der Wirtschafts- und Finanzwelt erfolgt weitgehend dezentral von Rendsburg, Sindelfingen oder irgendwelchen Schwarzwalddörfern aus.

Die Politik, gerade auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik, ist demgegenüber immer noch außerordentlich zentralistisch und deshalb ineffektiv. Wenn beispielsweise im Finanzbereich netzwerkgesteuert riesige Transaktionen durchgeführt werden, ist es für einen national agierenden Finanzpolitiker fast nicht möglich, mit seinem zentralistischen Instrumentarium hier noch steuernd oder gestaltend einzugreifen.

Ich glaube, es gibt immer wieder historische Phasen, in denen sich Politik und Wirklichkeit in großer Übereinstimmung befinden, aber es gibt eben umgekehrt auch Phasen, in denen sich Wirklichkeit und Politik weit auseinander entwickelt haben. Wenn ich es richtig sehe, trifft letzteres auf unsere heutige Zeit zu. Die Politik hat gewissermaßen eine Nachhutfunktion übernommen. Sie sorgt dafür, daß die Truppe beieinander bleibt, sie bestimmt aber nicht mehr deren Richtung. Die Vorhutfunktion nehmen heute andere wahr, die gar nicht so einfach zu identifizieren sind, weil sie eben kaum sichtbar über dezentrale Netzwerke wirken. Hieran wird sich so lange nichts ändern, als die Politik der Wirklichkeit hinterhertrabt.

Grunenberg

Herr Miegel, Sie entwickeln ein Szenario der globalen ökonomischen Netzwerke. Ich bezweifle das gar nicht, sondern frage angesichts dieser Lagebeschreibung: Was bedeutet das für den politischen Handlungsraum? Wie wollen wir die Denkkategorien des 19. Jahrhunderts überwinden, wenn wir auf bestimmte Entscheidungen überhaupt keinen Einfluß mehr nehmen können? Wie ist der Bürger/die Bürgerin angesichts von Entwicklungen, die sich verselbständigen, zu stärken? Darum geht es mir.

Ich stimme hier kein Klagelied über den Verfall der Werte oder den Untergang Europas an. Aber ich insistiere auf der Frage nach dem politischen Ort und der Handlungsfähigkeit des Bürgers.

Paqué

Ich schließe an das an, was Herr Miegel sagte, meine aber, daß das Auseinanderlaufen von wirtschaftlichen Organisationsformen und Politik in Europa kein neuer Tatbestand ist. Ähnliches könnte man auch für die Zeit ab 1870 bis zum Ersten Weltkrieg feststellen. Ich erinnere nur an den Goldstandard in der Währung oder an die internationale Handelsordnung, in der zwar der Freihandel dominierte, es aber noch keine festen Vertragsgrundlagen gab. Die internationale Kapitalmobilität war damals bereits beträchtlich, auch wenn sie sich mit den heutigen globalen Finanztransaktionen nicht vergleichen läßt.

In dieser wirtschaftlich außerordentlich erfolgreichen Zeit war die Politik noch weitgehend von den herkömmlichen Konflikten bestimmt, die sogar allmählich eskalierten. Von daher sind die Parallelen zu heute geradezu beängstigend. Während die Wirtschaft relativ stabil war und über gute Rahmenbedingungen verfügte, lief es in der Politik hin zum Ersten Weltkrieg völlig aus dem Ruder.

In der Tat sehe ich heute in Europa für die Politik einen erheblichen Koordinationsbedarf. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Integrationsschritte - beispielsweise im Hinblick auf eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments - nur vorsichtig vorgebracht werden sollten, um die Menschen nicht zu überfordern. Das Beispiel von Frau Leutheusser-Schnarrenberger mit dem Abwehrverhalten

der französischen Bauern macht ja deutlich, daß die Menschen Zeit brauchen, um sich auf die modernen Entwicklungen in Europa einzustellen. Da nützen alle rechtlichen Absicherungen nicht sehr viel, und ich sehe durchaus vorher, daß der Widerstand gegen die weiterführende Integration noch erheblich zunehmen wird.

In der Politik, in der es noch ungleich komplizierter zugeht, werden wir sicherlich noch weit mehr Geduld aufbringen müssen. Wir sollten uns da keinen Illusionen hingeben. Wenn es selbst in einem Land wie Deutschland zwischen Ost und West so ungeheuer schwierig ist, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen - wo Sprache, Kultur und auch der Großteil der gesellschaftlichen Erfahrungen gemeinsam sind;- , um wieviel schwieriger wird es sein, wenn Länder wie Griechenland, Portugal mit Großbritannien und Deutschland zu gemeinsamen politischen Entscheidungen kommen sollen.

Frau Grunenberg sprach davon, wie sich die Globalisierung auf die Menschen auswirkt. Sie hoben den Kreislauf von Aufbau und Überflüssigwerden der persönlichen Fähigkeiten hervor. In der Tat sind die arbeitenden Menschen durch die Globalisierung, vor allem aber durch die technische Entwicklung gefordert, sich ständig anzupassen und ihre Fähigkeiten durch lebenslanges Lernen auf dem laufenden zu halten. Ob man daraus bereits den biographischen Flickenteppich und den permanent flexiblen Menschen ableiten kann, möchte ich doch relativieren. Ein gewisses Maß an Lernfähigkeit sollten wir den Menschen schon zutrauen. Gerade in Deutschland neigt man in dieser Hinsicht ein wenig zur Hysterie und spricht allzuleicht vom überforderten Menschen.

Mit Recht verweisen wir immer wieder auf unsere stolze Bildungstradition. Daß sich Berufsbilder und Arbeitsplatzbedingungen grundlegend verändern und die Menschen sich entsprechend anpassen, dafür bietet besonders das 19. Jahrhundert eindrucksvolle Beispiele. Denken Sie etwa an den radikalen Strukturwandel durch die Urbanisierung und die Entstehung der Industrie. Ich denke, im Menschen stecken weit mehr Potentiale, als wir gelegentlich unterstellen. Die Mehrheit der Menschen war letztlich nicht überfordert, sondern hat sich den neuen Bedingungen angepaßt.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Sie sprachen von einem "Grundrecht auf Sicherheit". Als juristischer Laie stelle ich in unserer Gesellschaft eine zunehmende Nachfrage nach Sicherheit fest, die mitunter ein wenig hysterische Züge annimmt. Zweifellos hat durch Gewalt- und Kriminalisierungstendenzen das Gefühl der Verunsicherung zugenommen, was jedoch keine Frage der Grundrechte sein dürfte. Als Ökonom würde ich es so formulieren: Wenn die Nachfrage nach Sicherheit steigt, geht es darum, wer ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stellt. Wird das von seiten des Staates gewährleistet, oder treten jetzt zunehmend private Sicherheitsdienste auf den Plan, womit sich die Frage stellen würde: Wie steht es dann um das staatliche Gewaltmonopol?

Leutheusser-Schnarrenberger

Zu Ihrer Nachfrage nach Sicherheit, Herr Paqué. Sie sagen, das sei auch eine Frage von Angebot und Nachfrage. Wenn also die Bürger mehr Sicherheit nachfragen, gehe es im Grunde lediglich darum, wer in dieser Hinsicht ein entsprechendes Angebot macht - der Staat oder etwa private Wachdienste. Aber wie verhält es sich, wenn die Bürger Sicherheit im sozialen Bereich nachfragen und der Staat aufgrund seiner finanziellen Engpässe dieser Nachfrage nicht mehr entsprechen kann? Wer entscheidet dann darüber, was angemessen und wie dies zu gewährleisten ist?

Natürlich müssen die gewählten Organe darüber entscheiden. Es kann doch nicht sein, daß die Politik hier keinerlei Entscheidungsspielraum mehr hat, weil wir aus den Grundrechten eine Schutzverpflichtung des Staates ableiten, derzufolge der Bürger den Staat auf ganz bestimmtes Handeln verklagen kann.

Das Gewaltmonopol beispielsweise liegt beim Staat, und die Politik muß entscheiden, wie es wahrgenommen wird. In dem Augenblick, wo aus Grundrechten einklagbare Schutzpflichten abgeleitet werden, hat das automatisch Eingriffe in Freiheitsrechte zur Folge. Das erhält dann eine ganz andere Qualität und birgt die Gefahr eines schleichenden Prozesses in sich, der die Politik gewissermaßen außen vor läßt. Das hat nichts mit der Argumentation zu tun, daß es staatlicher Strukturen bedarf, um das Gewaltmonopol wahrzunehmen. Das zeigt sich ja gerade in bestimmten osteuropäischen oder lateinamerikanischen Staaten, wo es an eben diesen Strukturen fehlt, um überhaupt eingreifen zu können.

Korte

Als Soziologe versuche ich mir immer vorzustellen, wie das, was wir hier debattieren, eigentlich in der Breite der Bevölkerung umgesetzt werden soll. Herr Roß hat zu Recht auf die politischen, wirtschaftlichen und intellektuell-kritischen Eliten hingewiesen, die viele Bedingungen erfüllen, die hier

gefordert werden: Sie sprechen meist mehrere Sprachen, denken in globalen Zusammenhängen, beteiligen sich aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens und könnten eines Tages tatsächlich so etwas wie eine europäische Elite bilden. Bei Karl Mannheim können wir in der Wissenssoziologie nachlesen, daß Reformen in der Werkstatt der Oberschicht entwickelt werden und dann allmählich nach unten in die Gesellschaft diffundieren. Norbert Elias hat das in der "Höfischen Gesellschaft" sehr schön beschrieben.

Aber meinen wir das, wenn wir in unserem Zusammenhang von Bürgergesellschaft sprechen? Sind das die Menschen, die die große Mehrheit der nationalen Gesellschaften in Europa ausmachen? Ganz abgesehen davon, daß diese wiederum vielfach in sich gespalten sind: etwa in die, die Arbeit, Wohnung und einen nationalen Paß haben, und diejenigen, die dies nicht haben. Die Entwicklung, die dies nehmen wird, ist unter Soziologen durchaus strittig. Ulrich Beck beispielsweise vertritt eher die optimistische Variante: man müsse sich über die Globalisierung keine Sorgen machen; die Menschen seien in der Lage, immer wieder neu zu beginnen, und alles wird irgendwie gut.

Nun mag der immerwährende Neubeginn für die so bezeichneten Eliten zutreffen. Was ist aber mit den anderen? Bei Frau Grunenberg klang schon an: Je weiter wir uns auf der sozialen Hierarchie nach unten bewegen, um so geringer ist die Aussicht, daß jemand mehr als eine Chance bekommt. Diejenigen, die ihre Chance nutzen konnten, sind dann verständlicherweise - allergisch gegen jede Art von Veränderung ihres Lebens, subjektiv wie objektiv. Andere versuchen es vergeblich noch mal von vorn. Und dann gibt es die vielen, die nie eine Chance hatten.

Je größer nun die beiden letzteren Gruppen sind, um so ängstlicher halten diejenigen, die ihre Chance genutzt haben, an ihrem einmal erreichten Status fest, weil sie den möglichen Abstieg fürchten. Diese Bürger werden Sie kaum dazu bewegen können, für Veränderungen zu votieren, mögen diese auch objektiv notwendig sein aufgrund der Globalisierung oder der europäischen Einigungsprozesse. Ich fürchte, die werden uns einen Strich durch die Rechnung machen, weil sie alledem aus guten Gründen nicht trauen und tagtäglich erfahren, daß es mit Transparenz, Effizienz und Partizipation in unserer repräsentativen Demokratie nicht eben weit her ist.

Was die Zukunft dieser Demokratie angeht, will ich nur darauf hinweisen, daß etwa bei den letzten Landtagswahlen in Hamburg circa elf Prozent sogenannte rechtsradikale Parteien gewählt haben, während 37 Prozent gar nicht erst zur Wahl gegangen sind. Das heißt, knapp 50 Prozent sind offenkundig nicht bereit, das zu unterstützen, was wir unter einer partizipativen Bürgergesellschaft verstehen. Und wenn wir über Deutschlands Grenzen hinausblicken - nach Frankreich, England oder den Niederlanden;- , so mögen sich da die Verhältnisse jeweils unterschiedlich ausnehmen, die entscheidende Frage ist aber auch dort: Was geschieht, wenn die Gruppe der Gescheiterten und Chancenlosen zu groß wird? Wie steht es dann um die Stabilität der Demokratie in Europa?

Die Eliten jedenfalls, die das politische, wirtschaftliche Handeln bestimmen oder kritischintellektuell kommentieren, machen sicherlich nicht das Europa der Bürger aus, das uns in Debatten wie diesen immer vor Augen steht.

Verzeihen Sie, wenn ich dieser politisch-theoretischen Euphorie über die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft etwas skeptisch begegne - vielleicht ist das ja altersbedingt.

von Weizsäcker

Nur eine kleine Anmerkung, Herr Korte: Daß 37 Prozent nicht gewählt haben, kann eine sehr politische Entscheidung sein. Es läßt sich also nicht einfach feststellen, daß knapp 50 Prozent der Bevölkerung die Demokratie bei uns ablehnen.

von Thadden

Herrn Kortens Ausführungen möchte ich dahingehend ergänzen, daß es unterhalb der Eliten nicht nur die von Ihnen genannten Gruppen gibt, sondern noch eine Stufe tiefer diejenigen, die die Franzosen *immigrés*, Einwanderer, nennen, während wir in Deutschland leider immer nur von Ausländern sprechen. Die Kinder und Enkelkinder von türkischen, italienischen oder spanischen Einwanderern in Göttingen sind für mich keine Ausländer; die sprechen besser Göttingisch als ich, der ich ursprünglich aus Pommern komme. Aber die Deutschen sagen Ausländer, so als würden diese Menschen eines Tages wieder gehen, obwohl sie doch auf Dauer bleiben werden.

Das heißt, es hat sich bei uns etwas Wesentliches verändert. Die deutsche Nation, die sich nach 1989 wieder recht und schlecht zusammenfindet, ist nicht mehr mit der von vor 1949 zu vergleichen. Denn die Einwanderer machen einen Teil unserer veränderten Wirklichkeit aus - gerade in Berlin muß man dies betonen. Was mir indes auffällt, wenn ich an der *École des Hautes Études* in Paris lehre, dann

befinden sich dort unter meinen Studenten schon sehr viele Kinder von Einwanderern, Algerier beispielsweise, während das in Göttingen eher die Ausnahme darstellt; ausländische Studierende ja, aber kaum Kinder von türkischen Einwanderern.

Limbach

Das ist in Berlin schon anders, Herr von Thadden. An der Rechtsfakultät der Freien Universität beispielsweise studieren bereits türkische Studenten und Studentinnen.

von Thadden

Um so besser, Frau Limbach.

Was ich aus alledem folgere, ist, daß es offenbar sehr verschiedene Integrationsprozesse gibt. Es gibt Einwanderer, die in die "nation citoyenne" - um den französischen Ausdruck zu benutzen, der etwas anderes meint als die "société civile", die wir im Deutschen in dem Begriff Bürger- oder Zivilgesellschaft zusammenkochen - hineinwachsen wollen; andere jedoch lehnen eben dies ab. Das hat viele Gründe, auf die ich jetzt nicht eingehen kann. Worauf es mir aber ankommt, ist, daß sie sich im Zweifelsfall national orientieren und nicht europäisch. Den Grund sehe ich darin, daß es diesen Einwanderkindern um Integration in unsere Gesellschaft zu tun ist und sie sich nicht außerdem noch als Europäer fühlen können. Das ist ein Prozeß, der nicht in einer Generation zu schaffen ist. Erst einmal wollen sie Bürger der deutschen oder der französischen Gesellschaft werden.

Walter

Meine Skepsis ist weniger altersbedingt, Herr Korte, sondern ich komme vom Lande, wie man so sagt, und vertraue von daher Berliner Republiken und europäischen Bekenntnissen nicht allzusehr.

Ich möchte bei dem bisher Gesagten zwei Fragezeichen setzen: Zum einen habe ich Schwierigkeiten mit dem Wirklichkeitsbegriff, der hier am rigidesten von Herrn Miegel formuliert wurde, und zum anderen geht es mir um den Typus des sogenannten Aktivbürgers, der verschiedentlich auftauchte.

Die Politik, hieß es, hinke der Wirklichkeit hinterher. Dabei wird so getan, als gäbe es nur die eine Wirklichkeit, und zwar die Wirklichkeit der globalen Finanztransfers und weltweit operierenden Wirtschaftsunternehmen. Wenn sich die Politik, die Parteien allein auf diese Wirklichkeit einließen, wäre die Folge, daß sie bei der nächsten Wahl todsicher abgewählt würden.

Denn natürlich muß die Politik auf solche Entwicklungen reagieren und sich beispielsweise um diejenigen kümmern, die, wie Herr Korte sagte, dabei auf der Strecke bleiben oder die Angst haben, in den Abstieg hineingezogen zu werden. Wir tun immer so, als hätten wir den Begriff der Moderne gepachtet und alles andere sei irgendwie archaisch, rückständig. Daß Menschen im Tempo innehalten wollen, ein Stück Lebensplanung und auch Sicherheit brauchen, das scheint mir eine anthropologische Konstante zu sein. Wenn sich die Politik nur den Avantgardisten der Moderne verschreiben würde, wäre sie, so meine ich, auf einem falschen Pfad. Natürlich verstehen die Politiker, daß dies wirkungsmächtige Kräfte sind, die Herr Miegel gekennzeichnet hat, aber darauf ausschließlich zu setzen, wäre ziemlich verfehlt.

Dann zu dieser Figur des Aktivbürgers, den Frau Grunenberg so beredt einfordert, der Anteil nehmen muß an Politik und Gemeinwesen, damit die repräsentative Demokratie funktionsfähig und lebendig bleibt. Die Menschen, von denen Herr Miegel spricht, sind dynamisch, ungeheuer mobil, immer unterwegs, europaerfahren - heute in Berlin, morgen in Brüssel, nächste Woche in Kopenhagen. Was sie vor allem auszeichnet, ist, daß sie nie Zeit haben. Aber Partizipation braucht, wie Frau Grunenberg sagte, auch Zeit und Muße.

Der positive Begriff des modernen Menschen, der uns auf den Wirtschaftsseiten und in den Feuilletons der Zeitungen vermittelt wird, ist dieser tempogeladene, mobile Typus. Aber für die große Mehrheit der Menschen, die wirklich im Alltag und gerade kommunal Politik machen, gilt eben dies gerade nicht. Sie sind seßhaft, ortsverbunden, haben Zeit; viele von ihnen sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Und es braucht tatsächlich Zeit, um Kontakte herzustellen und zu pflegen oder per Telefon zu intrigieren und dergleichen. Man wird ja nur gewählt, wenn man über Jahre ortsansässig ist; nur dann kann man in einer parlamentarischen Demokratie Karriere machen. Wer als Sozialdemokrat politisch etwas werden will und an diesem heutigen 1. Mai beim Bergedorfer Gesprächskreis hockt und nicht bei der Maifeier gesehen wird, bekommt einen Minuspunkt, der ihm bei der nächsten Parteiversammlung negativ zu Buch schlagen kann.

Mit anderen Worten: Diejenigen, die in den berühmten Ortsvereinen Politik machen, sind heute mehr denn je lokalorientiert. Sie interessieren sich übrigens auch viel weniger für die nationale Politik als noch in den 70-er Jahren. Was wir feststellen, ist, daß die strategischen Debatten auf nationaler Ebene, auch im Parlament, und das, was sich in der Politik vor Ort abspielt, immer mehr auseinandergeht. Insofern kann ich Sie beruhigen, Herr Meckel: Der lokalistische Politikertypus im Westen weiß sicher nur wenig über die Verhältnisse in Sachsen oder Thüringen, aber er kennt sich genausowenig bei seinen Nachbarn in Holland, Belgien oder Dänemark aus. Vielleicht fährt er lieber nach Dänemark in Urlaub als in die Gegend um Gera, aber von der Politik dort weiß er rein gar nichts.

Ich denke, diese Diskrepanzen und Ambivalenzen sollten wir nicht aus dem Auge verlieren, wenn wir darüber nachdenken, wie es um die Aktivbürger und die politische Klasse bestellt sein muß, die all das umsetzen soll, was wir hier für wichtig halten. Natürlich weiß ich, daß es diese Ambivalenzen nicht nur im Bereich der Politik gibt. Aber wir sollten uns stets bewußtmachen, daß die repräsentative Demokratie in Parlament und Regierung es mit Menschen zu tun hat, die Ihrem Menschentyp, Herr Miegel, so ganz und gar nicht entsprechen. Es kann für die Politik erhebliche negative Konsequenzen haben, wenn wir das unterschätzen.

Vanberg

Nach unserem Verständnis von Demokratie ist der Staat ein Bürgerverband; altmodisch könnte man auch von einer Genossenschaft sprechen. Dieses Verständnis hat Auswirkungen auf die Frage nach der Organisationsform von Demokratie. Das heißt, wie kann man diesen Bürgerverband am zweckmäßigsten so organisieren, daß die Mitglieder einerseits ihre gemeinsamen Interessen möglichst gut realisieren und sie andererseits dagegen geschützt sind, daß die Verbandsmacht nicht zu ihrem Schaden genutzt wird.

Wenn man Demokratie unter diesem Aspekt betrachtet, gibt es für die verschiedenen Beziehungsebenen geeignete oder weniger geeignete Realisierungsmöglichkeiten. Das reicht von der abgegrenzten überschaubaren athenischen Kleindemokratie bis hin zur Demokratie auf Weltebene. Das heißt, die jeweilige Größe des Bürgerverbandes bedingt unterschiedliche Organisationsformen, um gemeinsame Interessen möglichst zweckmäßig zu verfolgen. Und diese Gemeinsamkeiten nehmen sich auf europäischer Ebene sicherlich anders aus als auf lokaler, regionaler oder nationalstaatlicher Ebene - von der Weltebene nicht zu reden. Das bedeutet aber nicht, daß es nicht Interessen gibt, die allen Bürgern Europas gemeinsam sind und die sie in geeigneter Form organisatorisch umsetzen können. Was wir also herauszufinden suchen, ist: Welches sind die jeweils angemessenen demokratischen Organisationsformen?

Was die Frage der Grundrechte angeht, so hat Frau Leutheusser-Schnarrenberger sehr überzeugend dargelegt, daß die Ausweitung der Schutzrechte zu Lasten der Abwehrrechte geht. Das ist ein grundlegendes Problem, das sich in der Tat auf allen Politikebenen stellt. Ihr Beispiel indes hat mich nicht recht überzeugt. Bei den Protesten der französischen Bauern ging es eben nicht nur um Gurken und Tomaten, sondern um die Frage: Gereicht es den Bürgern Europas zum gemeinsamen Vorteil, wenn sie sich in der Europäischen Union bestimmten Bindungen unterwerfen und es ihnen freisteht, wo sie die Tomaten und Gurken kaufen und verkaufen wollen?

Ich halte es jedenfalls für einen keineswegs trivialen Tatbestand, wenn eine bestimmte Interessengruppe den anderen Bürgern dieses Recht mit gewaltsamen Mitteln streitig macht. Mit anderen Worten: Wie kann man sicherstellen, daß die Bürger Europas ihre gemeinsamen Interessen wahrnehmen können?

Das gilt entsprechend auch auf der Ebene des Völkerrechts. Sie haben daraufhingewiesen, daß die NATO das Völkerrecht unter Berufung auf höherrangige Menschenrechte verletzt. Die Kodierung dieser Menschenrechte drückt sicherlich auch aus, daß die Bürger Europas und der Welt gemeinsame Vorteile daraus ziehen können, wenn alle Regierungen gehalten sind, gewisse Restriktionen bei dem, was sie tun dürfen und was nicht, zu beachten. Die Frage ist, wie sich diese Restriktionen durchsetzen lassen. Ihre Befürchtung, das Verhalten der NATO könnte die Konflikte zwischen den Staaten wieder anheizen und auf diese Weise den Intentionen des Völkerrechts entgegenwirken, führt zu der Frage nach den Ursachen der Konflikte zwischen Staaten. Resultieren diese aus Interessenkonflikten zwischen den Bürgern oder aus Gruppeninteressen, die sich gegen die gemeinsamen Interessen der Bürger wenden und dabei die Kontrolle der politischen Macht nutzen?

Sie sagten, das Vorgehen der NATO könnte andere Staatenbündnisse veranlassen, nun auch "ihre" Moral durchzusetzen. Das hört sich so an, als seien die grundlegenden Menschenrechte, in deren Namen die NATO handelt, nur von relativer Geltung; als würden verschiedene Moralvorstellungen jetzt in einen offenen Wettbewerb treten.

Altmann

Ich möchte bei dem, was wir hier diskutieren, grundsätzlicher beginnen, indem ich den Verfall unserer Sprache konstatiere. Wir operieren mit Funktionsvokabeln, die wir für Begriffe halten - Globalisierung beispielsweise;- , die nicht definiert werden und bei denen infolgedessen unklar bleibt, was eigentlich damit gemeint ist. "Bürgergesellschaft" ist auch so ein Wort ohne Inhalt - alles Vokabeln, mit denen wir uns über die Probleme hinwegzuhelfen suchen, ohne ihre Lösung ernsthaft anzugehen.

Frau Grunenberg sprach davon, daß Demokratie einen Ort brauche, um von den Bürgern als Handlungsraum wahrgenommen zu werden. Wenn ich diese Überlegung einmal auf Europa anwende, sollten wir begreifen, daß wir es hier mit einer Raumordnung zu tun haben - es geht nicht um die Frage, ob Bundesstaat, Staatenbund oder Staatenverbund, wie wir aus Karlsruhe hören;- , sondern eben darum, Europa als eine neue Raumordnung zu verstehen, die den modernen Entwicklungen Rechnung trägt: der Wirtschaft, dem Verkehr, dem Umweltschutz, der Technologie einschließlich der Waffentechnik. Die herkömmlichen Abgrenzungskriterien sind mehr und mehr obsolet geworden.

Das gilt im übrigen auch für den Konflikt im Kosovo. Für uns geht es dabei nicht um einen Krieg gegen Jugoslawien, sondern um die Erhaltung des Friedens in Europa im Sinne dieser von mir so genannten europäischen Raumordnung. Die Europäer müssen sich also darüber klarwerden, wie diese Raumordnung aussehen soll. Die amerikanische Außenministerin Albright hat sich einmal dahingehend geäußert, daß den Vereinigten Staaten sehr daran gelegen ist, daß Europa diese Raumordnung einschließlich der GUS-Staaten bis nach Wladiwostok möglichst schnell zustande bringt. Nach ihrem Verständnis stellen dann "Eurasien" und die Vereinigten Staaten von Amerika die beiden großen Raumordnungen der Welt dar. Das heißt: die Amerikaner haben ein Bild, wie die künftige Weltordnung aussehen könnte. Eine solche Vorstellung gibt es in Europa noch nirgendwo, auch kein Bild von Europa, wie und wann es einmal erreicht werden sollte.

In diesem Zusammenhang stelle ich fest: Wenn wir von Vereinigung reden, meinen wir vornehmlich Organisation. Vereinigung ist aber nicht nur eine Frage der Organisation. Ich erinnere nur an das, was die göttliche Vereinigung im Christentum meint: die Trinität, die eine Identität von Sein und Werden - Vater und Sohn - und die Kraft der Erneuerung durch den Heiligen Geist begreift. Dies ist zugegeben ein großes Bild, aber vielleicht auch eine richtungsweisende Metapher.

Europa als Organisationsvereinigung dagegen weist das Ziel nicht aus, sondern beschränkt sich auf Funktionen, um die Organisation besser zum Laufen zu bringen. Ich denke, damit werden wir nicht weit kommen. Das ist keine Vision, auf die hin sich die Völker Europas orientieren können.

Worauf es uns im letzten ankommen muß, ist eine Antwort auf die Frage nach einem neuen Ethos der Zivilisation zu finden. Das könnte durchaus eine Aufgabe Europas sein. Wie dies allerdings angesichts eines allgemeinen Kulturverfalls, der auch die Kirchen einschließt, zu bewerkstelligen ist, bleibt ein großes Problem. Es reicht jedenfalls nicht aus, nur die Schwächen der Parteien und der Politiker zu beklagen, die lediglich Ausdruck für den generellen Niveauverlust unserer Gesellschaft sind.

Schlie

Sie sprechen von der Nachhutfunktion der Politik, Herr Miegel, der die Wirklichkeit weit voraus sei. Nun, unsere Diskussion zeigt, wie schwer wir alle uns mit dieser neuen Wirklichkeit tun, und wir sollten deshalb die Politik nicht überfordern.

Wo ist beispielsweise Europa heute erfahrbare Wirklichkeit? Gerade im Kosovo zeigt sich, daß wir es hier mit einem genuin europäischen Thema zu tun haben; denn die europäische Wirklichkeit war in der Vergangenheit Kriegsgeschichte, die Geschichte der Kriege großer Mächte gegeneinander.

Altmann

Das ist eben der Unterschied heute, Herr Schlie: Im Kosovo geht es nicht um den Krieg irgendwelcher Mächte gegeneinander, sondern um den Kampf für eine europäische Friedensordnung.

Schlie

Ich denke, Herr Altmann, in diesem Punkt haben wir in den letzten fünfzig Jahren in Europa schon eine ganze Menge erreicht. Dennoch tun wir uns schwer, uns über die richtige, angemessene, erfolgversprechende Vorgehensweise einig zu werden.

Wir sollten mit den Begriffen, die wir verwenden, sorgsam umgehen. Nationalstaat ist nicht gleichbedeutend mit Nationalismus, der übersteigerten, entarteten Form des Nationalstaats. Und wenn hier verschiedentlich die Wiederkehr des 19. Jahrhunderts beschworen wurde, dann sollten wir

uns klarmachen, daß sich die neue Wirklichkeit nicht mit Begriffen der Vergangenheit angemessen beschreiben läßt.

Was wir gegenwärtig sehen, ist keine Balance-of-Power-Politik im Sinne klassischer Interessenpolitik. Gerade im Kosovo erleben wir, daß es eben nicht um das Abstecken von Einflußsphären geht. Die neue Wirklichkeit, die sich uns am Beispiel Kosovo darbietet, ist gekennzeichnet gleichermaßen von Integration und Zerfall. Auf der einen Seite sehen wir eine zunehmende Tendenz zu übernationalen staatlichen Zusammenschlüssen, und auf der anderen Seite erleben wir einen Zerfall, eine weitergehende Fragmentierung des Staatensystems - übrigens nicht nur in Osteuropa; derartige Tendenzen finden sich auch in anderen Kontinenten.

Hinzu kommt die Zunahme der Akteure im internationalen System. Neben den Staaten und Staatengemeinschaften zählen dazu auch die internationalen Wirtschaftsunternehmen, die nach den großen Konzernzusammenschlüssen wie Daimler-Chrysler kaum noch in nationalstaatlichen Kategorien handeln, sondern weitgehend international agieren. Auch die Nichtregierungsorganisationen sind hier zu nennen.

Alle diese Entwicklungen führen zu einer gewissen Unübersichtlichkeit und Ratlosigkeit. Auf die Herausforderungen, die sich von daher für uns stellen, müssen wir deshalb nach neuen, auch unkonventionellen Antworten suchen.

Ich würde Europa im übrigen nicht so negativ beurteilen, wie es hier mitunter anklang; denn was die Problemlösungskompetenz angeht, ist in Europa in den vergangenen vierzig, fünfzig Jahren doch einiges auf den Weg gebracht worden.

Prantl

Ich habe Schwierigkeiten mit dem elitären Europabegriff, den Jan Roß gebraucht hat. Mir kommt das so vor, als sei Europa nur etwas für Leute, die wissen, wer Erasmus von Rotterdam war, und die die "Blumen des Bösen" im Original lesen können, während die anderen, die am Nachmittag die Hans-Meiser-Show anschauen und das Goldene Blatt lesen, mit Europa nichts zu tun haben. Ich hoffe auch nicht, daß die Demokratie an den nationalen Grenzen, die in Europa zu Binnengrenzen geworden sind, enden muß.

Ich widerspreche ebenso Herrn Altmann, daß die Demokratie ein reines Organisationsprinzip ist. Für mich ist Demokratie eine Gemeinschaft, deren Mitglieder ihre Zukunft nach bestimmten Wertvorstellungen miteinander gestalten. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Zukunftsgestaltung auf europäischer Ebene durch bloße Koordination der Nationalstaaten, wie es Jan Roß vorschlägt, durch ein einigermaßen gesittetes Nebeneinanderherleben von Nationalstaaten, wie er es formulierte, funktionieren kann. Wann ist das jemals in der Vergangenheit zwischen Nationalstaaten so gewesen?

Es ist ja schön und gut, wenn man möglichst viele Sprachen lernt, die Kultur genießt und bildungsbürgerlich durch Europa reist. Wenn wir uns mit einem solchen Europa zufriedengeben wollen, dann könnte man den Amsterdamer Vertrag ins Archiv legen und mit dem Euro weiß Gott was machen. In dem Fall wäre die Europäische Union sozusagen der Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat und wieder gehen kann - jetzt, da wir einigermaßen verträgliche Zustände erreicht haben.

Dann werden wir allerdings Konflikte wie im Kosovo auch in Zukunft nicht anders lösen können, wie das jetzt der Fall ist; denn solche unzutragliche Art von Konfliktlösung, die militärische Intervention, ist auch auf das bloße Nebeneinanderherleben der europäischen Staaten zurückzuführen. Das heißt, wenn es bei einem europäischen Nebeneinander bleibt, werden wir auch künftig auf die alten Problemlösungsmechanismen zurückgreifen müssen, die militärischen einbegriffen. Ebenso wenig wird es einen angemessenen Regelungsrahmen für die wirtschaftlichen Probleme in Europa geben.

Was das Sicherheitsbedürfnis der Menschen angeht, von dem hier die Rede war, so spüren sie durchaus, daß Sicherheit in Europa auf nationalstaatlicher Ebene nicht mehr gewährleistet werden kann. Für innere und äußere Sicherheit, auch Arbeitsplatzsicherheit und wirtschaftliche Stabilität reicht ein nur koordiniertes Nebeneinander der Nationalstaaten nicht aus.

Das wird besonders deutlich bei einer Einrichtung wie Europol, der ich deshalb kritisch gegenüberstehe, weil es dafür an demokratischen Grundlagen fehlt. Aber Europol erfährt in der Bevölkerung zweifellos die höchste Zustimmung - während beispielsweise der Euro lange Zeit sehr negativ beurteilt wurde. Der Grund ist, daß die Menschen das Gefühl haben, für die Gewährleistung der Sicherheit bieten die nationalstaatlichen Grenzen keinen geeigneten Rahmen mehr. Eben dieses Beispiel macht anschaulich, daß die herkömmlichen zwischenstaatlichen Absprachen und Verträge

nicht ausreichen. Wieweit darf etwa die hiesige Polizei Verbrecher in einem anderen Staat verfolgen? Wenn man sich all die kleinlichen Regelungen anschaut, weiß man, daß auf diese Weise die vom Bürger verlangten Sicherheiten nicht zu gewährleisten sind.

Wir brauchen also noch sehr viel mehr Europa. Ich habe Kinder, denen ich mit Beispielen aus der Märchenwelt ihre Welt zu erklären versuche. Vielleicht kennen Sie von Michael Ende den Jim Knopf. Dort gibt es einen Herrn Turtur, der riesengroß ist, wenn er weit weg ist, und je näher man kommt, wird er immer kleiner, also genau umgekehrt zur physikalischen Wirklichkeit. Was ich mir erhoffe, ist, daß dieses riesige, bürokratische, manchmal furchterregende Europa seine abschreckende Wirkung verliert, je näher die Menschen ihm kommen. Wenn sie in ihrer Lebenswirklichkeit erfahren, daß beispielsweise eine vernünftig und demokratisch konstruierte europäische Polizei Europol zur erhöhten Sicherheit beiträgt, vielleicht erscheint ihnen dann Europa sympathischer, überschaubarer, natürlicher - so wie der Herr Turtur kleiner und natürlicher wird, je näher man ihm kommt.

Leutheusser-Schnarrenberger

Die bisherige Zusammenarbeit der Institutionen in Europa und die Koordinierung in vielen Bereichen leiden nicht zuletzt daran, daß es an Transparenz und demokratischer Kontrolle fehlt. Das erklärt auch die Distanz, die die Bürger zu diesem Europa immer noch haben. Wenn die Entwicklung verstärkt darauf hinausläuft, daß die Koordinierung vor allem in der Wirtschaft, aber auch in anderen Bereichen, durch mächtige Institutionen geprägt ist, denen jedoch keine demokratische Kontrolle entspricht, dann halte ich das für sehr bedenklich. Denn das kann durch die demokratisch legitimierten nationalen Parlamente, die in vielen Fällen ihre Kompetenzen an die europäischen Institutionen abgegeben haben, nicht kompensiert werden. Die Bürger der Mitgliedstaaten können also auf die in Brüssel gefällten Entscheidungen so gut wie keinen Einfluß nehmen.

Das Beispiel Europol, Herr Prantl, macht dies besonders deutlich, da die nationalen Parlamente an den Beratungen und an der Formulierung der Texte nicht beteiligt waren - allenfalls einige Experten haben sich darum gekümmert. Als diese Papiere dann zur Abstimmung kamen, war klar, daß es politisch - trotz vieler Bedenken - nicht zu verantworten war, das abzulehnen. Das heißt, die nationalen Parlamente und auch das Europäische Parlament hatten keinerlei Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten, weil der Integrationsprozeß in Europa diesen Bereich noch nicht erfaßt hatte - das ändert sich mit dem Amsterdamer Vertrag, der übrigens heute in Kraft tritt, ein wenig.

Diese Dinge erklären die Distanz, die die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor zu diesem Europa haben, das - wie Herr Prantl mit der Märchenfigur so schön gezeigt hat - in seiner Entfernung und Undurchschaubarkeit so riesengroß erscheint.

Eben deshalb komme ich zu einem ganz anderen Ergebnis als Herr Roß. Ich meine, die Demokratie muß in Europa stärker verankert werden - ein wenig sind wir dahin auf dem Wege mit dem Vertrag von Amsterdam;-; sonst werden wir es nicht schaffen, den Bürgern Vertrauen in die europäische Entwicklung zu vermitteln.

von Weizsäcker

Unser Thema lautet: "Neue Dimensionen des Politischen? Herausforderungen für die repräsentative Demokratie." Dahinter steht die Frage, ob der Einfluß des Souveräns auf die Politik in der Demokratie immer weiter abnimmt oder ob es Chancen gibt, die Mitwirkung an der Politik zu verstärken. Die Annahme ist ja in der Tat weit verbreitet, daß die Chancen sehr gering sind. Und so falsch ist dieser Eindruck gewiß nicht; denn die Parteien, die kein Verfassungsorgan sind, überlagern sämtliche Verfassungsorgane und teilen die Politik im wesentlichen unter sich auf.

Hinzu kommt, daß, wie insbesondere Herr Miegel deutlich gemacht hat, die Politik selbst, also auch die Parteien, die Wirklichkeit immer weniger beeinflussen. Sie sagten, die Wirtschaft eile voraus; die Politik bilde die Nachhut und hinke hinterher. Man könnte es auch so formulieren: Die Volkswirtschaft spaltet sich in zwei Teile - die Wirtschaft wandert aus, und das Volk bleibt zurück. Für den sozialen Zusammenhalt des Volkes bleibt die Politik verantwortlich, und sie hat große Mühe damit.

Trotz dieser negativen Tendenzen - zu wenig Einfluß der Bürger auf die Politik und schwindender Einfluß der Politik selbst;-; meine ich, daß sich diese Tendenzen in gewissen Grenzen auch korrigieren lassen. Dafür finde ich die Hinweise von Herrn Prantl äußerst hilfreich und auch die Aussage von Herrn Eppler, demokratische Politik habe wesentlich damit zu tun, wie die Menschen leben wollen beziehungsweise wie sie nicht leben wollen. Ich denke auch, bei der vielbeklagten Versorgungsmentalität und der damit verbundenen Abhängigkeit vom Staat wird es auf die Dauer nicht bleiben.

Am Beispiel der Diskussion über das Kosovo wird im übrigen deutlich, daß darüber in unserer Gesellschaft in aller Breite debattiert wird, keineswegs nur unter den politischen und intellektuellen Eliten, sondern bis in nahezu alle Familien hinein. Ich sehe darin jedenfalls ein Indiz, daß die Bürger sich nicht einfach zurücklehnen, sondern sich in das politische Geschehen einmischen wollen.

Sicher, das gilt nicht für die jetzt einsetzende ernsthafte Debatte über die Weiterentwicklung des Völkerrechts. Aber das ist eine sehr komplizierte Materie, die sehr viel Sachverstand erfordert. Aber auch da zeigt sich, daß sich damit nicht nur die Gerichte in den verschiedenen Ebenen befassen, sondern diese Fragen intensiv in den Leitartikeln und Kommentaren der Medien behandelt werden.

Ich denke, wir werden auch wieder eine neue ernsthafte Diskussion über Europa bekommen. Die seinerzeitige Europabegeisterung hatte ja ihre guten Gründe. Die Franzosen beispielsweise wollten ihren Einfluß in der Welt, den sie durch den Krieg weitgehend verloren hatten, nicht einfach preisgeben. Deshalb versuchten sie, mit einem europäischen Mandat unter französischer Führung einiges davon zu retten. Das war ein legitimes nationales Interesse. Die Deutschen ihrerseits hatten das legitime Interesse, im internationalen Klub der Völker wieder zugelassen zu werden.

Daß sich die Europabegeisterung im Zuge der europäischen Alltagsaufgaben abgekühlt hat, ist doch so verwunderlich nicht. Reform der Institutionen, Agenda 2000, auch die Osterweiterung der EU sind Themen, bei denen sich die unterschiedlichen nationalen Interessen natürlich zu Wort melden.

Das weitere Zusammenwachsen Europas bis hin zu seiner Vollendung im Osten wird zukünftig verstärkt auf der Tagesordnung stehen. Dabei geht es nicht zuletzt - vor allem angesichts des Dilemmas im Kosovo-Konflikt - um außen- und sicherheitspolitische Fragen. Es geht nicht nur darum, daß die Amerikaner die NATO völlig dominieren, sondern um die Erkenntnis, daß die Entscheidung darüber, wie wir künftig in Europa leben wollen, nur dann möglich ist, wenn sich die Europäer stärker als bisher damit auseinandersetzen. Dazu werden sich die Bürger in den einzelnen Ländern deutlicher zu Wort melden, weil sie das sichere Gefühl haben, daß die neuen politischen Dimensionen sich vor allem auf europäischer Ebene auf tun. Dieses Bewußtsein wird das Mißbehagen über zu hohe Beiträge an Brüssel und dergleichen in den Hintergrund drängen.

Hier sind im übrigen besonders unsere beiden Hauptnachbarn, die Franzosen und die Polen, gefragt. Die Franzosen vermitteln uns etwas von europäischer Lebensart - was ich keineswegs so abschätzig beurteile, wie es hier anklang. Dieses europäische Lebensgefühl, das sich nicht zuletzt aus unseren gemeinsamen antiken und christlichen Wurzeln ableitet - trotz aller sprachlichen und sonstigen Verschiedenheiten der europäischen Völker;- halte ich für einen wichtigen Faktor. Und die Polen müssen wir in diesen Prozeß unbedingt mit einbeziehen. Ich füge hinzu: In ihrem Proamerikanismus lassen sich die Polen von niemandem auf der Welt übertreffen. Aber ohne die Polen ist die Vollendung Europas nicht zu machen.

Ich bin jedenfalls sicher, daß wir eher eine europäische als eine nationale Zukunft vor uns haben auch als eine atlantische Zukunft, die zwar ein notwendiger, aber keineswegs der tragende Aspekt unserer kommenden Zeit sein wird.

Limbach

Sie sehen, Herr Roß, daß Sie mit Ihrer Bemerkung, wir brauchten auf europäischer Ebene nicht mehr Demokratie und politische Handlungsfähigkeit, doch einigen Widerspruch ausgelöst haben, dem ich mich anschließe. Schon die Weitläufigkeit des Kapitals macht politische Handlungskompetenzen erforderlich, die über die nationalen Grenzen hinausreichen. Ich denke, das läßt sich auch den Bürgern nahebringen.

Herr von Weizsäcker hat eben nochmals auf die Rolle des europäischen Aktivbürgers hingewiesen. Dazu möchte ich anmerken: Je globaler die Verhältnisse werden, desto mehr müssen sich Politik- und Demokratieerfahrungen auch vor Ort machen lassen. Inwieweit diese dann für Europa nutzbar gemacht werden können, ist eine Frage, die uns weiter beschäftigen sollte.

Kleinewefers

Das zentrale Anliegen von Frau Grunenberg richtete sich ja gerade auf den aktiven Bürger, Frau Limbach, der sich politisch engagiert. Wenn wir das aber ernsthaft wollen, wird es unerläßlich sein, daß dem Bürger eine Reihe jener Kompetenzen zurückgegeben werden, die ihm Staat und Politik in den letzten hundert Jahren genommen haben. Etatismus und Kollektivismus mögen aus historisch einsehbaren Gründen den privaten Handlungsraum eingengt haben. Jetzt wäre es an der Zeit, ihn wieder auszuweiten.

Ich denke dabei weniger an die Privatisierung der Wirtschaft - obwohl dieses Thema auch dazu gehört; vielleicht weniger bei uns als in Frankreich und in anderen Ländern. Mir geht es vielmehr um Fragen der Modernisierung der Sozialsysteme, der Altersvorsorge beispielsweise, der Steuersysteme und dergleichen.

Das heißt, es geht um die Wiederherstellung der Autonomie des Bürgers, um ihn in seiner Selbstverantwortung und Eigenständigkeit zu bestärken. Nur wenn das der Fall ist, wird er auch befähigt, sich an den demokratischen Prozessen auf lokaler, regionaler, nationaler bis hin zur europäischen Ebene tatsächlich zu beteiligen. Mitunter habe ich aber den Eindruck, der politischen Klasse ist es um solche Demokratisierungsprozesse gar nicht so sehr zu tun, sondern derartige Forderungen sind eher Schutzbehauptungen, um ihren Machterhalt nicht zu gefährden.

Grunenberg

Mir geht es darum, dem Typus des passiv erleidenden Bürgers den eines Bürgers entgegenzusetzen, der sich fähig und verantwortlich fühlt, im eigenen Interesse an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken. Ich möchte hier nicht das Idealbild des Bürgers in der politischen Bildung der 70-er Jahre wiederbeleben. Wenn es uns jedoch ernst damit ist, die Selbstverantwortung des Bürgers zu ermutigen und zu stärken, dann kommen wir nicht darum herum, einen Teil der Handlungskompetenzen und der Urteilsfähigkeit, die traditionell bei den Eliten liegen, auch an ihn weiterzugeben.

Den Bürger verstehe ich also nicht so sehr als autonomes Subjekt im herkömmlichen Sinne, sondern als eine Person, die Fähigkeiten ausbildet, um sich angesichts der komplexen Sachverhalte, die sie - über die Organisation des Lebens hinaus - betreffen, überhaupt ein Urteil bilden zu können. Das kann der Krieg im Kosovo ebenso sein, wie die Gebietsreform oder die Erhöhung der Steuern. Urteilsfähigkeit hat natürlich auch etwas mit den Bildungseinrichtungen, die jemand durchläuft, zu tun. Aber anders als in der politischen Bildung der 70er Jahre schwebt mir nicht eine permanente Mobilisierung und Haptachtstellung der Bürger vor, nach dem Motto: Wo kann ich mich beteiligen? Wo kann ich den Finger heben? Wie beweise ich mich als guter europäischer Bürger? Als Bürger bin ich nicht in der Lage, permanent Kontrolle auszuüben; dies vertraue ich den Repräsentanten an, die ich wähle. Aber ich bilde mir - mit anderen zusammen - eine Meinung und bringe sie bei Gelegenheiten öffentlich ein.

Der für den einzelnen politisch erfahrbare Raum - da hat Herr Walter recht - dürfte primär immer noch auf der lokalen Ebene liegen. Aber ich sehe durchaus Möglichkeiten, diesen Erfahrungsraum im Sinne der Urteilsbildung allmählich zu erweitern. Mit "Fähigkeiten" meine ich, daß der einzelne nicht nur befähigt ist, seine Kinder zu erziehen, sondern auch zu beurteilen, was in Brüssel vor sich geht.

Miegel

Wir haben unser Thema "Herausforderungen für die repräsentative Demokratie" bisher im wesentlichen aus dem Blickwinkel der Nation betrachtet. Wie aber steht es um das Wechselspiel von repräsentativer Demokratie auf der einen und Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen Seite? Über wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen können viele Bürger mittlerweile sehr kompetent mitreden. Hier benötigen sie abnehmend die politische Repräsentanz. Dies um so mehr als die politische Klasse längst nicht mehr über jene Informationsvorsprünge verfügt, die sie früher einmal auszeichneten. Beide, Bürger und Politiker, informieren sich in der Regel aus den gleichen Quellen, nur mit dem Unterschied, daß die Bürger diese häufig gründlicher auswerten als die Politiker. Die Politiker haben hierzu oft gar nicht die Zeit. Sie müssen ja repräsentieren.

Mir scheint der Zeitpunkt gekommen, wo die Politiker nicht nur deshalb ihren Wählern lauschen, weil dies ein guter, demokratischer Brauch ist, sondern weil sie dabei wirklich etwas lernen können. Dies ist für mich ein hochinteressanter Demokratisierungsprozeß. Die Bürger sind nicht länger nur Empfänger irgendwelcher politischer Botschaften. Sie senden solche Botschaften auch aus. Und zwar wirksamer denn je.

Limbach

Frau Leutheusser-Schnarrenberger ist von einer der großen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ausgegangen, der sogenannten Lüth-Entscheidung aus dem Jahre 1958, in der festgestellt wurde, daß die Grundrechte nicht nur Abwehrrechte gegenüber dem Staat, sondern Ausdruck einer objektiven Wertordnung sind, mit der Konsequenz, daß diese Grundrechte nicht nur das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, sondern auch das der Bürger untereinander betreffen. Von

daher sind sämtliche staatlichen Instanzen, Legislative, Exekutive wie Judikative, gehalten, diesen Grundsatz zu beachten - ob im Strafrecht, im Zivilrecht, wo immer.

Die These von Frau Leutheusser-Schnarrenberger ist, vereinfacht gesagt, die folgende: Wenn jetzt neben die Unterlassungspflichten auch Schutzpflichten des Staates treten, besteht die Gefahr, daß der autoritäre Staat wiederkehrt - was mit den Grundrechten gerade verhindert werden sollte -; denn die Schutzpflichten schränken - so ihre These die Abwehrrechte ein.

Epler

Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat Otto Schily zitiert mit dem Grundrecht auf Sicherheit. Ich halte davon auch nichts, aber aus anderen Gründen. Es gehört zur *conditio humana*, daß wir unsicher sind. Das kann man nicht durch ein Grundrecht ändern, so wie es auch kein Menschenrecht auf Gesundheit gibt, sondern allenfalls auf Pflege, wenn man krank ist. Aber wenn es schon kein Grundrecht auf Sicherheit gibt, dann besteht doch der Anspruch des Bürgers an den Staat, ihn vor Verbrechen zu schützen. Das klingt ganz banal, ist aber heute keineswegs mehr selbstverständlich.

Überall in der Welt gibt es Gegenden, wo das staatliche Gewaltmonopol erodiert oder bereits verschwunden ist. Sie kennen die verschiedenen Abkürzungen für Entwicklungsländer - etwa die LDCs, Least Developed Countries, oder die HIPs, Highly Indepted Poor Countries. Eine neue Abkürzung habe ich in einer französischen Zeitung kennengelernt, nämlich ECI, Entité Chaotique Ingouvernable. Damit sind vor allem afrikanische Länder gemeint, in denen es so etwas wie ein staatliches Gewaltmonopol schon lange nicht mehr gibt, wo es eher zugeht wie bei uns im Dreißigjährigen Krieg. Irgendwelche War Lords holen sich ihre Truppen zusammen, die sich aus dem Lande ernähren, plündern, die Menschen drangsalieren, mitunter umbringen und dann weiterziehen. Wir haben vor einem halben Jahr das Ende des Dreißigjährigen Krieges vor 350 Jahren in Münster und Osnabrück gefeiert und dabei vergessen, daß weite Teile Afrikas in der ersten Phase ihres Dreißigjährigen Krieges stehen. Dort gibt es keinerlei Anspruch des Bürgers auf Sicherheit vor Verbrechen.

Wenn man nach Rußland blickt, so dominiert dort in weiten Teilen die Mafia anstelle des staatlichen Gewaltmonopols. In einem Bericht aus Kolumbien habe ich gelesen - ich habe das Land vor 25 Jahren besucht, als es noch ein recht geordneter Staat war;- , daß dort heutzutage jeder vierte Einwohner eines nicht natürlichen Todes stirbt; weniger als fünf Prozent der begangenen Verbrechen werden verfolgt und jemals aufgeklärt. Auch dort ist de facto das staatliche Gewaltmonopol zusammengebrochen - vor der Haustür der Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Zusammenbruch des staatlichen Gewaltmonopols bedeutet faktisch einen Rückschritt um etwa 500 Jahre. Damals haben die Landesfürsten hierzulande das staatliche Gewaltmonopol gegen die Raubritter durchgesetzt.

Die Vereinigten Staaten sind in einer eigentümlichen Zwitterstellung. Auf der einen Seite führt die "zero tolerance" dort dazu, daß jeder vierte schwarze Mann entweder im Gefängnis sitzt oder auf Bewährung entlassen ist. Unvorstellbar für uns ist auch, daß in Kalifornien, das eine der großartigsten Universitäten dieser Erde hat, für die Gefängnisse weit mehr ausgegeben wird als für die Universitäten. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Auf der anderen Seite findet eine Erosion des Gewaltmonopols in der Weise statt, daß immer mehr Amerikaner, viele Millionen bereits, in privat gesicherten Festungen leben, sich also nicht mehr auf die staatliche Polizei, sondern auf die von ihnen selbst finanzierten Wachdienste verlassen. Das heißt, der Schutz vor Verbrechen ist dort nicht mehr in erster Linie ein Anspruch an den Staat, sondern eine Ware, die sich einige leisten können, viele aber nicht. In bestimmten Gegenden in Amerika ist die Chance, umgebracht zu werden, etwa zweihundertmal höher als in den privat gesicherten Festungen. In Deutschland sind wir natürlich weit von derartigen Verhältnissen entfernt, aber auch bei uns gibt es inzwischen schon mehr Angestellte privater Sicherheitsagenturen, als wir Polizisten haben. Und die Polizisten beklagen sich häufig darüber, daß sie bestimmte technische Mittel nicht besitzen - weil sie zu teuer sind;- , mit denen ihre privaten Kollegen längst ausgerüstet sind.

Was ich deutlich machen will, ist, daß wir derzeit eine Erosion des staatlichen Gewaltmonopols erleben, und zwar von verschiedenen Seiten. Es sind nicht mehr ein paar linke Terroristen wie in den 60er, 70er Jahren, die das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen, sondern das Gewaltmonopol wird jetzt de facto durch die Privatisierung der Sicherheit ausgehöhlt.

Was die Dimensionen des Politischen betrifft, so haben wir in Europa im 20. Jahrhundert etwas erlebt, was ich die Übersteigerung und zugleich die Vernichtung von Politik nennen möchte. Die totalitären Systeme haben ihre Gesellschaften vollkommen politisiert und dadurch zugleich die Politik zerstört.

Die kommunistischen Regime haben auch versucht, den Markt durch Politik zu ersetzen; an dem Punkt sind sie wohl am deutlichsten gescheitert. So wurde im Politbüro der SED beispielsweise beschlossen, wie viele Fahrräder im Jahre 1977 in der DDR zu produzieren sind - mitunter waren es noch einfachere Produkte.

Jetzt, am Ende dieses Jahrhunderts, erleben wir den umgekehrten Versuch, nämlich die Politik durch den Markt zu ersetzen. Das ist der Kern der neoliberalen Ideologie, die in Frankreich übrigens viel präziser kritisiert wird als bei uns. Immer mehr Bereiche, die bisher der politischen Verantwortung unterlagen, werden durch Kommerzialisierung und Privatisierung dem Markt überlassen. Das gilt für die Kultur, auch für den Sport und in manchen Teilen dieser Erde eben bereits für die innere Sicherheit, die immer ein Kernbereich staatlicher Tätigkeit gewesen ist. Was dann an Politik übrigbleibt, reduziert sich häufig auf das, was man neuhochdeutsch "muddling through" nennt; manchmal ist es auch ein Krisenmanagement ohne Krisen.

Eine Bemerkung in diesem Zusammenhang zum Thema Kosovo. Seit zehn Jahren wird davor gewarnt, daß da etwas auf uns zukommt. Wenn aber Politik vornehmlich nur noch als Krisenmanagement wahrgenommen wird, wartet man eben ab, bis der Fall tatsächlich eintritt. So ist es dann geschehen. Dort bereits zu einem Zeitpunkt einzugreifen, als die Autonomie der Region von einem Tage zum anderen aufgehoben wurde und die Menschen in ihrer Sprache nur noch mit privat bezahlten Lehrern unterrichtet werden konnten, auf den Gedanken ist man nicht gekommen. Offenbar ist der Grundsatz "gouverner c'est prévoir" bei der Reduktion von Politik auf Krisenmanagement verlorengegangen. Vielleicht lernen wir aus dem Kosovo-Konflikt, daß wir bei solchen Entwicklungen früher reagieren müssen, wenn sie so offenkundig sind wie im Kosovo. Man hätte nur auf Leute wie Hans Koschnik und andere zu hören brauchen, die seit Jahren gewarnt haben.

Wenn also die Ersetzung des Marktes durch Politik gescheitert ist und die Ersetzung der Politik durch den Markt möglicherweise auch scheitert, sollten wir uns zu Beginn des neuen Jahrhunderts, zumindest in Europa, darüber verständigen, was Sache des Marktes und was Sache der Politik ist - das meint Jacques Delors mit dem europäischen Modell. Darüber gibt es keinerlei Konsens, der aber unerlässlich ist, wenn wir Europa zustande bringen wollen.

Ich will weiterhin anmerken, daß ich eine direkte Beziehung sehe zwischen Sozialpolitik und innerer Sicherheit. Gestern sagte im Fernsehen - es ging um das Massaker in der amerikanischen Schule - ein Experte, als er gefragt wurde, ob das eines Tages auch bei uns geschehen könnte: Wenn die sozialen Unterschiede bei uns so weiter wachsen und immer mehr Menschen ohne jede Chance bleiben, dann werden wir ebenfalls Ausbrüche von verzweifelter Gewalt erleben, vielleicht in einer anderen Form. Mit anderen Worten: Es ist eine Frage der gesellschaftlichen Entwicklung und nicht nur der inneren Sicherheit, wie wir mit solcher Kriminalität fertig werden. Die Autonomie des Bürgers ist eine schöne Sache, was bedeutet das aber für diejenigen, die praktisch chancenlos sind?

Friedrich Naumann hat vor etwa ein hundert Jahren seinen liberalen Freunden klarzumachen versucht, daß soziale Sicherung keine Gefährdung der Freiheit, sondern ein Fundament der Freiheit bedeutet. Ein Mensch, so Naumann, der nicht weiß, wovon er in den nächsten drei Wochen leben soll, wenn er entlassen oder krank wird, der wird nicht als aktiver Bürger auftreten, sondern sich ducken. Für mich ist ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit nicht ein Gegensatz zum kritischen Bürger, sondern eine Voraussetzung, damit es überhaupt den kritischen Bürger geben kann.

Herr Altmann hat kritisiert, wir würden heute die Demokratie zu sehr nur als Organisationsform verstehen. Ich stimme ihm zu; denn wir sollten nicht vergessen, daß Demokratie in erster Linie als politische Veranstaltung konzipiert ist, in der es darum geht, wie Menschen leben wollen und wie sie definitiv nicht leben wollen. Wenn eine Mehrheit der Menschen den Eindruck bekommt, die Frage, wer regiert, mit dem, wie ich leben will, wenig zu tun hat, weil die wirklichen Entscheidungen anderswo getroffen werden, jedenfalls nicht im Bundeskanzleramt oder im Parlament, dann beginnt die Demokratie auszudörren. Wenn es bei der Politik nicht mehr um "mea res agitur" geht, hat die Demokratie auf die Dauer keine Chance. Deshalb muß für den einzelnen erkennbar sein, daß es um seine Sache, wie er leben will, geht.

Ich behaupte, der Rechtsradikalismus, von dem Rudolf von Thadden gesprochen hat, hat immer dann Konjunktur, wenn die Politik ein Vakuum aufweist. Die Rechtsradikalen wollen eine starke autoritäre Obrigkeit. Und wenn die demokratische Obrigkeit etwa durch die Wirtschaftsverbände lächerlich gemacht wird, bekommen die Rechtsradikalen Aufwind. Das ist die schwache Demokratie, die sie dann abschaffen wollen, indem sie eine Autorität anbieten, die der Demokratie fehlt. Bei der Wahl 1969 erhielt die NPD 4,9 Prozent, während sie bei der Wahl 1972 praktisch zur Bedeutungslosigkeit absackte, unter ein Prozent. Was war geschehen? Nach 1969 gab es zwei große Blöcke, die sich politisch hart stritten innenpolitisch, sozialpolitisch, außenpolitisch;- und 95 Prozent der Deutschen

entschieden sich für den einen oder für den anderen Block. Es gab kein politisches Vakuum mehr, in dem sich die Rechtsradikalen hätten breitmachen können.

Wenn aber bei einer Anhörung im Finanzausschuß des Deutschen Bundestags der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie sich hinstellt und die Bundesregierung auffordert, den Gesetzentwurf zur Ökosteuer einfach zurückzuziehen - statt, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, sich kritisch damit auseinanderzusetzen;- , dann gerät die Demokratie in Gefahr, lächerlich zu werden - zur Freude anderer.

Ich bin der Auffassung, daß die repräsentative Demokratie, damit sie lebendiger wird, der Ergänzung bedarf, und zwar durch das Plebiszit. Wie langweilig wäre die bayerische Politik ohne Plebiszit. Ich selbst habe als Oppositionsführer in einem Landtag mit der Androhung eines Plebiszits Politik gemacht, und zwar mit Erfolg.

Ich habe nicht den Eindruck, daß in Deutschland keine politischen Diskurse mehr stattfinden, die aber häufig versanden, weil sie keinen Abschluß finden und vielfach überhaupt unklar ist, daß man zu einem Ergebnis kommt. Ich bin davon überzeugt, daß in unserer Gesellschaft das Plebiszit wesentlich mehr Vorteile als Nachteile hat. Zumindest könnte damit der Trend gebremst werden, daß sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden, weil sie meinen, sowieso nichts beeinflussen zu können.

Die Dinge in Hessen wären anders gelaufen, wenn es vorher ein klares bundespolitisches Plebiszit zur Frage der doppelten Staatsbürgerschaft gegeben hätte. Dann hätte sich Herr Schily vorher überlegt, ob das, was er vorgeschlagen hat, ein Plebiszit übersteht, und Herr Koch hätte sich Gedanken darüber gemacht, was er dagegensetzen kann, wenn es zu einem Plebiszit kommt. Das Plebiszit hat also auch eine erzieherische Wirkung auf diejenigen, die Politik machen. Das wäre vielleicht eine neue Dimension der Politik.

Kleinewefers

Ich würde Herrn Eppler widersprechen, daß der Neoliberalismus im Kern darin besteht, die Politik durch den Markt zu ersetzen. Was ich sehe, ist, daß sich der Markt in den vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen bewegt, und zwar im Zeitalter der Globalisierung weltweit. Das heißt, die Politik muß auf den verschiedenen Ebenen die Rahmendaten setzen. Wenn sie dies nicht oder falsch tut, sollte sich niemand wundern, wenn der Markt nach Umwegen Ausschau hält, damit er seine Funktionen erfüllen kann - um es einmal sehr verkürzt zu sagen.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß die Voraussetzungen für unsere Wirtschafts- und Wohlstandsgesellschaften in Europa im wesentlichen von der Wirtschaft und nicht von der Politik geschaffen werden. Wie wäre es wohl um die wirtschaftliche und soziale Situation in unseren Gesellschaften bestellt, wenn der Markt in den letzten Jahrzehnten nicht relativ erfolgreich agiert hätte, während sich an vielen Beispielen zeigen ließe, daß die Politik hier versagt hat. Es geht mir dabei nicht um einseitige Schuldzuweisung - das besorgt die Politik selbst schon in ausreichendem Maße;- , aber so, wie Herr Eppler es gesagt hat, kann es einfach nicht im Raum stehenbleiben.

Es ist sicher richtig, daß die Freiheitsrechte und die Mitwirkungsmöglichkeiten des Bürgers auch entscheidend von seiner ökonomisch-sozialen Situation abhängen. Das wissen wir nicht erst seit Karl Marx. In der Hinsicht ist ja in den letzten hundert Jahren - trotz aller Katastrophen in diesem Jahrhundert - einiges geschehen; nicht zuletzt auch unter dem Druck der Politik. Deshalb halte ich es für überholt, nur zu sagen, viele Bürger hätten nach wie vor keine Chance zu partizipieren.

Gewiß sind auch Verbände und ihre Exponenten keine Engel, und manche verbale Äußerung von deren Seite ist sicher übertrieben. Wieso dies aber gerade von seilen der Politiker beklagt wird, die ja im politischen Alltag nun alles andere als zartbesaitet miteinander umgehen, ist mir nachgerade unerfindlich. Es muß doch in der demokratischen Auseinandersetzung erlaubt sein, sich auch einmal deutlicher zu Wort zu melden, ohne daß dadurch gleich die Demokratie in Gefahr gerät.

Duve

Ich glaube, das ist ein Mißverständnis, Herr Kleinewefers. Herrn Eppler ist es um die Einhaltung gewisser Formen im Rahmen eines gut geregelten Verfahrens, nämlich der parlamentarischen Anhörung, gegangen. Die hat in einer offenen Gesellschaft eine so große Bedeutung, weil jede Interessengruppe an diesem Verfahren teilnehmen kann. Und an die Spielregeln im Rahmen einer solchen Anhörung sollte man sich schon halten - was, wie ich aus eigener Anschauung weiß, auch von den Abgeordneten selbst beachtet werden muß.

Kleinewefers

Über Plebiszite, Herr Eppler, kann man sicher trefflich streiten - was im übrigen auch die Schweizer tun. Doch zu meinen, es bedürfe des Plebiszits, um eine erzieherische Wirkung auf die Politik auszuüben, wirft kein besonders gutes Licht auf die Politik und auf das repräsentative System.

Paqué

Plebiszite - das zeigt sich in der Tat besonders in der Schweiz - zeichnen sich in der Regel durch eine relativ geringe Beteiligung aus. Hinzu kommt die Tendenz, daß sie meist in Richtung der Bewahrung des Status quo wirken. Das ist zumindest ein zweiseitiges Schwert, zumal dabei häufig auch viel Heuchelei im Spiel ist, wie das Plebiszit über die Rechtschreibreform in Schleswig-Holstein gezeigt hat. Da werden die Bürger zu einer Entscheidung aufgerufen, an die sich die Verantwortlichen auf lange Sicht gar nicht halten wollen, weil man sich längst für einen anderen Weg entschieden hat.

Limbach

Als ein enttäushtes Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat will ich mich kurz zu Herrn Epplers Plädoyer für Plebiszite äußern. Dazu gab es in der Kommission durchaus eine Mehrheit, die sich dafür erwärmen konnte, zu der auch ich gehörte. Gerade die friedfertige Revolution in der DDR im Jahre 1989 war doch ein Beispiel für ein geglücktes Plebiszit. Ich war jedenfalls der Ansicht, wir sollten uns in diese Richtung bewegen. Daß ich allerdings über die Entscheidung des Referendums, als es um die Fusion Berlin-Brandenburg ging, enttäuscht war, will ich hier nur anmerken.

Ich denke also, in dieser Hinsicht könnte einiges geschehen, wenn wir den Bürger als citizen ermuntern wollen, sich am politischen Prozeß zu beteiligen. Doch es müßte noch viel intensiver darüber nachgedacht werden, welche Fragen überhaupt zum Gegenstand eines Plebiszits gemacht werden sollen.

Eppler

Und welche nicht.

Limbach

Und wie man vor allem das Verfahren ordnet. Insofern sollten wir uns auch die Länderregelungen mit plebiszitären Elementen genau ansehen.

Ich will in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus Bayern erwähnen, an dem deutlich wird, daß Plebiszite eine mobilisierende Wirkung für die Legislative haben können. Die Auseinandersetzung ging um das "bessere Müllkonzept", das eine Bürgerinitiative entwickelt hatte und zu dem der Bayerische Landtag - wie es die Verfassung für solche Initiativen vorsieht - einen Gegenvorschlag erarbeitete, der dann auch die parlamentarische Mehrheit fand. Die Bürgerinitiative hat sich anschließend an das Bundesverfassungsgericht gewandt, allerdings ohne Erfolg.

Jedenfalls müssen wir uns intensiver Gedanken darüber machen, wie wir die Bürger zu mehr Beteiligung an der Politik mobilisieren können.

Prantl

Sie sagen, Herr Kleinewefers, die Bürger hätten durchaus die Möglichkeit zu partizipieren. Dem würde ich entgegnen, daß die Millionen Arbeitlosen und Sozialhilfeempfänger sowie die 150.000 Obdachlosen und weitere 800.000 Menschen, die in menschenunwürdigen Umständen leben, eben nicht partizipieren können, weil sie weitgehend daran gehindert sind, ihre Lebenschancen so wahrzunehmen, wie dies den Bessersituierten möglich ist.

Zechlin

Ich muß hier noch einmal nachhaken. Herr Eppler meint, wenn die Politik durch die Wirtschaftsverbände lächerlich gemacht werde, komme das dem Rechtsradikalismus zugute. Aus Sicht der Wirtschaft nimmt sich das ganz anders aus: Wenn die Politik die ökonomischen Gesetze außer acht läßt, lebt der Rechtsradikalismus auf.

Ich nenne Beispiele. In der Rentendiskussion weisen Vertreter der Wirtschaftsverbände seit zwei Jahrzehnten immer wieder daraufhin, daß jede Verkürzung der Arbeitszeit die Basis für die Rentenfinanzierung schmälert. Auf politischer Seite hat man derartige sachliche Hinweise als falsch bezeichnet. Ein anderes Beispiel: Seit über fünfzehn Jahren wird darüber debattiert, ob der

Flächentarifvertrag, also der kollektive Einheitsvertrag, der für alle Regionen und Branchen die Tarifrfragen einheitlich regelt, nicht betrieblich aufgelockert werden müßte. Versuchen Sie einmal, sich damit bei der Politik Gehör zu verschaffen.

Eppler

Die Politik ist dafür gar nicht zuständig.

Zechlin

Sie sagen, die Politik sei dafür nicht zuständig, Herr Eppler; zugleich bestreitet die Politik aber, daß die Tarifparteien das Tarifvertragsgesetz einfach ändern können. Sie kennen das Gutachten von Professor Möschel. Wer ist denn für das Tarifvertragsgesetz zuständig, wenn nicht die Politik?

Ein weiteres Beispiel: Wie besetzen die Parteien heute die Parlamente? Wo gibt es noch die kompetenten Quereinsteiger, wie Carlo Schmid, Pferdenges und andere, die der Politik im Parlament ein anderes sachliches Gewicht verschaffen könnten. Wir erleben laufend, daß sich die Politik immer weitergehend von kurzfristig orientierten Meinungsumfragen leiten läßt und sich dann wundert, wenn ihre Akzeptanz beim Bürger abnimmt und die Demokratie Schaden nimmt, weil langfristig wirkende Sachzwänge zu wenig berücksichtigt werden. Ich denke, die Politik sollte schon sehr genau hinhören, wenn seitens der Wirtschaft sachlich begründete Maßnahmen eingefordert werden.

Schlie

Sie beklagen zu Recht, Herr Zechlin, daß es bei uns kaum Quereinsteiger gibt, die die Politik lebendiger und auch kompetenter machen könnten. Wenn ich an Quereinsteiger à la Berlusconi, Ross Perot oder Beresovski denke oder daran, daß in Österreich ein Baumagnat für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert hat, Herr Schlingensief in den Wolfgangsee steigt, um die Politik zu verändern, oder an den zweifelhaften Erfolg von One-issue-Parteien wie der Autopartei in der Schweiz, dann bleiben Zweifel, ob die Politik dadurch besser würde.

Greffrath

Ich teile die Betonung der Wichtigkeit von Formen und die Angst, wenn Moral unmittelbar über uns hereinbricht. Aber man kann das, was gegenwärtig in Europa geschieht, auch anders interpretieren. Vielleicht befinden wir uns in einer Situation, in der die alten Formen nicht mehr wirksam sind und, was als Formlosigkeit empfunden wird, der Versuch ist, neue Formen zu finden, die einer veränderten Wirklichkeit besser entsprechen.

Hier sehe ich auch eine Verbindung zwischen Frau Grunenbergs tastenden Versuchen, für die Demokratie Ort und Form neu zu bestimmen sowie den Bürgerbegriff neu zu definieren, und Frau Leutheusser-Schnarrenbergers Furcht vor einem autoritären Staat beziehungsweise vor einer übermäßigen nationalen und internationalen Stärkung von Staaten und Staatengemeinschaften, die Gruppen und einzelne erdrücken könnten.

Dennoch habe ich den Eindruck, daß Frau Leutheusser-Schnarrenberger hier einen eher altliberalen und nicht mehr ganz zeitgemäßen Begriff von Abwehrrechten im Auge hat, die ja entstanden sind, um den einzelnen gegen einen vorbürgerlichen Staat zu schützen. Dabei hieß Meinungsfreiheit: Der Souverän darf mir meine eigene Meinung nicht verbieten, und Wissenschaftsfreiheit bedeutet: Die Kirche darf nicht wissenschaftliche Forschung und deren Ergebnisse unterdrücken. Das heißt, es ging vornehmlich darum, Freiheit und Würde des einzelnen gegenüber dem Absolutismus zu behaupten. Das alles ist in den letzten zweihundert Jahren im wesentlichen realisiert und durch Gesetze abgesichert worden.

Ich denke indes, daß die einfachen Abwehrrechte heute nicht mehr ausreichen. Das heißt, neben das Recht auf Meinungsfreiheit müßte angesichts der Machtkonzentration in diesem Bereich das Freiheitsrecht der Meinungserarbeitung - ich will es einmal so nennen treten. Und Freiheit der Wissenschaft bedeutet nicht mehr, daß bestimmte Erkenntnisse nicht unterdrückt werden dürfen, sondern die enge Verbindung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik beinhaltet ganz andere Gefährdungen und Herausforderungen, denen nicht mehr durch reines Abwehrrecht im Sinne des einzelnen zu begegnen ist.

Oder, um ein anderes Beispiel zu nehmen, solange ein Handwerker oder ein Bauer seine Familie aus dem Familieneigentum ernährte, mußte er gegen die Gewalt anderer geschützt werden. Heute fragen wir, wie wir die Familie wieder stärken können angesichts von Erosionserscheinungen in der

modernen Gesellschaft. Und in der Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht, bedeutet Freiheit und Würde des einzelnen etwas anderes als nur der Schutz seiner Rechte vor unangemessenen Forderungen und Verhaltensweisen der Arbeitgeber. Wenn ich es also richtig sehe, geht es heute auf allen diesen Gebieten nicht mehr um klassische Abwehrrechte, sondern um eine Neubestimmung dieser Rechte angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen, die inzwischen stattgefunden haben. Der neue Begriff "Grundversorgung" beispielsweise, so, wie er zur Zeit verwendet wird, besagt für mich, daß es für den einzelnen lediglich um eine minimale Absicherung gehen soll.

Im Hinblick auf das, was Frau Grunenberg zu Europa gesagt hat, müssen wir uns darüber klarwerden, was es bedeutet, wenn sich Staaten mit sehr unterschiedlichem wirtschaftlichem und technischem Niveau zusammenschließen - und die Niveauunterschiede werden sich noch erheblich verstärken, wenn in Zukunft die osteuropäischen Länder oder sogar die Balkanländer hinzukommen. Dann ist es Aufgabe der Politik zu definieren, wo das Minimum im sozialen, wirtschaftlichen oder Bildungsbereich jeweils liegen soll. Kann das noch einzelstaatlich bestimmt werden, oder muß es nicht vielmehr in bezug auf dieses Europa definiert werden? Das entspricht natürlich überhaupt nicht mehr altliberalen Abwehrvorstellungen, sondern verlangt nach aktiver Formsetzung.

Das heißt, wir müssen über die Orte, die Formen und die Definition des Bürgers neu nachdenken. Wollen wir eine Richtung einschlagen, die lediglich Ergänzungen im Sinne einer neoliberalen Wirtschaft vornimmt - und dies jetzt auf europäischer Ebene;- , oder sind wir etwa mit dem französischen Sozialwissenschaftler Pierre Bourdieu der Meinung, das, was an sozialer Sicherheit in Europa erreicht worden ist, dürfe nicht unterschritten werden, also eine Art Regressionsverbot?

Wenn Asiaten, Lateinamerikaner oder selbst Nordamerikaner auf Europa blicken, dann sind sie immer des Lobes voll und fordern uns auf, das zu bewahren, was sie nie hatten und wohl auch nie bekommen werden. In der Hinsicht denke ich, hat Jan Roß nicht nur an eine Debatte der Eliten gedacht, wenn er meint, wir müßten uns über die Funktionsfähigkeit von Institutionen Gedanken machen. Was mir auffällt, ist, daß fast alle Intellektuellen, wenn es um Europa geht, auf das wir hinauswollen, geradezu von einer betäubenden Resignation befallen zu sein scheinen, die ich mir in der Sache letztlich nicht erklären kann.

Kleinewefers

Herr Greffrath hat das sogenannte "Regressionsverbot" erwähnt, dem auf europäischer Ebene Rechnung getragen werden sollte. Mir ist nicht klar, was das inhaltlich eigentlich heißen soll. Natürlich verurteilen wir alle Kinderarbeit in Pakistan oder in Indien - das kann kein Thema sein. Und niemand von uns will etwa die sozialen Sicherungen abschaffen. Worum es vielmehr geht, ist die Modernisierung der Sozialsysteme - und zwar aus guten Gründen, damit sie dort Sicherheit bieten, wo es wirklich notwendig ist, während auf der anderen Seite Bevormundungen abgebaut werden müssen, wo sie längst nicht mehr erforderlich, sondern sogar kontraproduktiv sind.

Prantl

Das Argument, wir hätten keine Kinderarbeit bei uns und niemand lebte hier, wie wir dies von Fernsehbildern aus Kalkutta vermittelt bekommen, ist insofern gefährlich, weil damit den Armen in unserem Lande bescheinigt wird, sie seien ja vergleichsweise gar nicht so arm und deshalb brauchten wir uns auch nicht darum zu sorgen, ihre Lage zu verbessern.

Der Münchner Oberbürgermeister hat in dem Zusammenhang aus einem an ihn gerichteten Brief den Satz zitiert: "Arm zu sein unter Armen ist keine Schande; aber arm zu sein angesichts von protzenhaftem Reichtum, das ist unerträglich."

Miegel

In der "Zeit" bin ich unlängst als Kulturpessimist apostrophiert worden. Aber wenn ich mir das alles so anhöre, fühle ich mich durchaus optimistisch. Ich kann die Gefahren, die hier für die Politik, den Staat, die Bürger und die Demokratie insgesamt beschworen werden, zu einem großen Teil nicht nachvollziehen. Ich meine, unser Gemeinwesen ist bemerkenswert stabil. Seine Grundlagen sind in einem langen Prozeß geschaffen worden. Zwar wird es immer wieder Unsicherheiten und Ungewißheiten geben. Hier stimme ich Herrn Eppler uneingeschränkt zu. Aber das meiste, was uns heute bedrückt, haben wir sehenden Auges selbst angerichtet, und wir können uns dieser Lasten auch wieder entledigen. Wir müssen nur lernen, die Dinge neu zu sehen.

Das beginnt schon bei der Definition von Demokratie und Politik. Ich sehe überhaupt nicht, daß das Politische im Schwinden begriffen ist. Denn Politik ist ja nicht nur das, was in Parlamenten oder an

Kabinetttischen geschieht, sondern auch das, was Bürger für das gemeine Wohl tun. Das kann durchaus auch am Stammtisch sein. Und hier brauchen wir uns nun wirklich nicht zu sorgen. Lücken, die es im Bereich amtlicher Politik zweifellos gibt, werden von den Bürgern oft geschickt geschlossen.

Dabei möchte ich daraufhinweisen, daß die Grenzen zwischen Staat und Markt, zwischen amtlicher Politik und Bürgerpolitik immer wieder neu gezogen werden. Es gibt Phasen, da muß der Staat eine Fülle von Aufgaben übernehmen, die in anderen Phasen den Bürgern überlassen bleiben können. Als beispielsweise Sachsen und Württemberg noch Königreiche waren, war der Staat ein wichtiger Wirtschaftsmotor. Eines Tages brauchte er diese Rolle nicht mehr zu spielen. Bürger hatten die Aufgabe übernommen. Genauso verhält es sich mit dem Sozialen. Ein Regressionsverbot erscheint mir außerordentlich bedenklich. Natürlich muß sich auch hier der Staat zurückziehen, wenn die Bürger in der Lage sind, bestimmte Angelegenheiten selbst zu regeln.

Gewiß muß es ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit geben. Dieses Mindestmaß ist jedoch hierzulande weit überschritten. Mir soll doch jemand einmal erklären, warum der Staat in der gesetzlichen Rentenversicherung einem Ehepaar unter Umständen einen Lebensstandard garantiert, der mit einem Jahreseinkommen von rund 200.000 DM einhergeht. Ein Ehepaar, das 200.000 DM im Jahr erwirtschaften kann, kann sich auch recht gut um seine Alterssicherung kümmern. Hier maßt sich der Staat eine Rolle an, die ihm nicht mehr zusteht.

Ich teile auch nicht Herrn Epplers Befürchtung, die Politik werde durch den Markt verdrängt. Derzeit verfügt der Staat über fast die Hälfte dessen, was die Bürger erwirtschaften. Früher genügte ihm ein Drittel oder auch nur ein Fünftel, um alle staatlichen Funktionen angemessen zu erfüllen. Was bisher an Privatisierung stattgefunden hat, läßt jedenfalls nicht auf eine Gefährdung des Politischen schließen.

Eppler

Ich habe nicht national argumentiert.

Miegel

Zumindest in Europa ist die Balance zwischen Politischem und nicht Politischem, zwischen Staat und Markt alles in allem bemerkenswert gut. Dabei ist die Demokratie so fest in der Bevölkerung verankert, daß sie häufig nicht mehr der Vermittlung durch die Parteien bedarf. Daß diese das grämt, ist verständlich.

Andererseits stimme ich Herrn Eppler zu, wenn er die Politik vielfach auf bloßes Krisenmanagement reduziert sieht. Aber neu ist auch dieser Befund nicht. Politiker haben auch früher zumeist erst dann reagiert, wenn das Kind im Brunnen lag. Herr Zechlin hat Beispiele aus der Wirtschaft genannt. Das gleiche gilt für die Bevölkerungsentwicklung, den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme und anderes mehr. Die Herausforderungen, die sich hier stellen, sind inzwischen seit Jahrzehnten bekannt. Doch die Politik hat sie hartnäckig verdrängt. Erst jetzt, wo sie anfangen, auf den Nägeln zu brennen, bequemt sie sich höchst zögerlich, über Maßnahmen nachzudenken.

Korte

Die nüchterne, sachliche Auseinandersetzung mit den Tatsachen, die Sie zu Recht einfordern, Herr Miegel, sieht sich nur einem Problem gegenüber: Die Tatsachen werden jeweils sehr unterschiedlich interpretiert, insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie es denn in Zukunft weitergehen soll.

Roß

Eine Anmerkung zum Thema Markt und Staat. Wenn man Herrn Eppler zuhört und dann wieder Herrn Miegel, gewinnt man den Eindruck: Irgendwie haben beide recht. Auf der einen Seite eine alles beherrschende Ökonomisierung und auf der anderen Seite ein Gemeinwesen, das einen großen Teil des Sozialprodukts staatsbürokratisch verwaltet. Liegt diese Zwiespältigkeit daran, daß in den letzten Jahren neoliberale Rhetorik und wohlfahrtstaatliche Realität immer weiter auseinanderdriften? Haben die Veränderungen nur in der Ideologie stattgefunden, nicht in der Wirklichkeit?

Trotzdem denke ich, Herr Eppler hat nicht ganz unrecht. Man braucht sich ja nur anzuhören, wie Vorstandmitglieder von Unternehmen erklären: Wenn dies und das im Steuerrecht nicht alsbald geändert werde, würden sie eben ins Ausland gehen. Solche Drohungen wären vor zwanzig Jahren nicht denkbar gewesen.

Eppler

Damit droht sogar ein Unternehmen, das ohnehin keine Steuern zahlt.

Roß

Das sind Fragen des Stils und des Umgangs miteinander, die deutlich machen, daß das zivilisatorische Niveau dieses europäischen Modells gefährdet ist. Ich sehe darin jedenfalls einen zivilisatorischen Rückschritt, wenn Leute, die durch nichts legitimiert sind - außer durch anderer Leute Geld, das sie verwalten;- , sich derart gegenüber dem Staat und in der Öffentlichkeit äußern. Das hat nichts damit zu tun, daß über konkrete Fragen der Sozialpolitik kontrovers diskutiert werden muß.

Korte

Ich will nur darauf hinweisen, daß unsere sogenannte freie Marktwirtschaft kein rein marktradikales, sondern ein Mischsystem ist. Das läßt sich etwa am Beispiel der Nierentransplantation sehr gut verdeutlichen. Im marktradikalen Szenario bekommt derjenige eine Niere, der am meisten bezahlt. In einem rein etatistischen Szenario würde der Staat die Verteilung der vorhandenen Spendernieren organisieren. Ich denke, wir sind mit unserem Mischsystem aus Kostenorientierung und staatlicher Vorsorge insgesamt nicht schlecht gefahren. Und Regressionsverbot meint lediglich, daß zumindest die sozialen Standards der Arbeitnehmer nicht abgesenkt werden.

Paqué

So wie der Begriff Neoliberalismus hier verwendet wird, etwa von Herrn Eppler, werden die Ziele, die mit liberalen Reformkonzepten erreicht werden sollten, kaum angemessen dargestellt. Was wir ganz pragmatisch feststellen, ist, daß sich in den letzten Jahren die Rahmendaten für den Wohlfahrtsstaat in Europa verändert haben und die Sozialsysteme entsprechend angepaßt werden müssen. Länder wie Holland und Dänemark sind dabei schon recht gut vorangekommen, ohne daß man ihnen vorwerfen könnte, sie betrieben Sozialabbau.

Ich denke, wir brauchen Reformen im wesentlichen in drei Bereichen.

Erstens beim Rentensystem, dessen Probleme in erster Linie verursacht sind durch die erfreulich hohe Lebenserwartung der Menschen in unserem Lande. Wenn dann noch die frühe Pensionierung hinzukommt, wird man das System in der bisherigen Form nicht halten können. Wie eine Reform aussehen könnte, ist für mich eher eine technische Frage und hat mit sozialdemokratischen oder liberalen Weltbildern wenig zu tun. Worauf es uns ankommen muß, ist, daß das Rentensystem gegenüber unvorhersehbaren Parameterveränderungen nicht so anfällig ist, etwa durch Einführung von Elementen der Kapitaldeckung.

Zweitens die Krankenversicherung, bei der die Kostenexplosion, nicht zuletzt durch eine gleichfalls erfreuliche - Leistungsexplosion verursacht wird. Die medizinischen Möglichkeiten sind enorm gesteigert worden, aber sie haben ihren Preis, denn sie sind außerordentlich teuer. Wenn wir jetzt feststellen, daß die bisherigen Formen der Finanzierung für eine Kostendeckung nicht mehr ausreichen, müssen wir wiederum ganz pragmatisch über geeignete Finanzierungswege nachdenken. Und von marktradikalen Lösungen kann in diesem Bereich keine Rede sein, Herr Korte. Über ethische Standards wird man sich allerdings verständigen müssen, und dies ist schwierig und bedarf einer offenen unpolemischen Diskussion.

Drittens Arbeitslosigkeit, ein Problem, das tatsächlich auch mit der Globalisierung zusammenhängt. Dabei geht es wiederum um ganz pragmatische Fragen. Das heißt, die Form von wohlfahrtsstaatlicher Stützung der Arbeitslosigkeit, die wir bei uns haben, erweist sich als reformbedürftig. Inzwischen gibt es bis in die Sozialdemokratie hinein einen breiten Konsens darüber, daß insbesondere die vielen Langzeitarbeitslosen, die nur sehr schwer wieder eine Beschäftigung erhalten, aktiviert werden müssen, etwa mit Beschäftigungsbeihilfen oder ähnlichen Modellen. Ideologische Frontstellungen bringen uns da überhaupt nicht weiter, da stimme ich Herrn Miegel voll zu.

Ich bin allerdings sehr wohl der Meinung, daß wir uns die Reformwege, die andere Länder gehen - die USA oder Holland, Dänemark und Großbritannien;- , genau ansehen müssen. Das bedeutet keineswegs im Endergebnis eine Angleichung der Sozialsysteme, beispielsweise zwischen Europa und den USA. Wir haben in Europa eine ganz andere Tradition der kollektiven Absicherung, als dies in den USA der Fall ist, und auf die wir auch in Zukunft nicht verzichten werden. Eben deswegen brauchen wir aber dringend bestimmte Reformen.

Duve

Was mich immer wieder verwundert, Herr Paqué, ist, daß von liberaler Seite nie die Reform des Beamtensystems angesprochen wird, die lebenslange Alimentation der Hochschulprofessoren beispielsweise, die problematisch geworden ist.

Bei allem, was ich in Europa positiv einschätze, müssen wir doch konstatieren, daß wir uns in einem dramatischen Wandlungsprozeß befinden, der vor allem durch die technologische Entwicklung bedingt ist, aber auf die Politik zurück wirkt.

Ich nehme als Beispiel die ungeheuren Veränderungen, die durch das Automobil in den letzten achtzig Jahren in unseren Gesellschaften verursacht worden sind. An diesem Beispiel wird auch deutlich, daß niemand hätte planen können, was da auf uns zukommen würde. Weder das hohe Gefährdungspotential noch die damit verbundenen Herausforderungen an den Rechtsstaat waren vorhersehbar.

Nun spielt der Markt in dieser Autogesellschaft zweifellos eine große Rolle, der insofern eine demokratische Wirkung hat, als er ein hohes Maß an Gleichheit produziert, was die Nutzungsmöglichkeiten, aber auch die Gefährdungen angeht. Und bei der Diskussion über Markt und Staat vermisse ich häufig den dezidierten Hinweis auf die Bedeutung des Rechtsstaates. Denn der Markt, so wie wir ihn verstehen, ist nur funktionsfähig im Rahmen des Rechtsstaates.

Die negativen Folgen weitgehenden Fehlens rechtsstaatlicher Verhältnisse lassen sich an mafiosen Strukturen in der russischen Wirtschaft recht eingehend studieren. Woran es Rußland nach 70 Jahren Kommunismus vor allem leidet, ist der radikale Mangel an Personal, das den Rechtsstaat stabilisieren kann.

In dem Zusammenhang sehe ich auch die Warnung von Erhard Eppler vor Tendenzen von Entstaatlichung. Ich habe mich in den 80-er Jahren mit Lateinamerika befaßt, wo vor allem Kolumbien von dieser Entstaatlichung betroffen war. Eine ähnlich dramatische Entwicklung sehen wir heute auf dem Balkan. Anders verhält es sich Gott sei Dank in Ländern wie Ungarn, Tschechien, Polen, auch in der Slowakei. Das heißt, insgesamt haben wir keine Veranlassung, nun besonders pessimistisch zu sein, wir müssen nur die Gefahren nüchtern analysieren.

Vanberg

Herr Eppler hat gefragt: Was ist Sache des Marktes und was der Politik? Nach welchen Kriterien soll das entschieden werden? Wonach entscheiden wir - um das leidige Thema "Regressionsverbot" aufzunehmen;- , ob das jetzige Niveau der sozialen Sicherungen in Europa richtig ist oder geändert werden müßte? Gibt es dafür irgendwelche externen Kriterien, die uns erlauben würden, eherne Gesetze aufzustellen?

Demokratie bedeutet nach meinem Verständnis, daß die Bürger in den unterschiedlichen Gruppierungen und auf den verschiedenen Ebenen in der Lage sein sollten, über die politischen Entscheidungsprozesse gemeinsame Interessen zu artikulieren und zu realisieren. Ein Kriterium wäre demnach: Welches sind diese gemeinsamen Interessen, und wie können sie am besten realisiert werden?

Ist beispielsweise die Erhaltung der Kohleindustrie ein gemeinsames Interesse aller Bürger? Ich denke, es gibt gute Gründe, dies zu bezweifeln. Das gilt sicher auch für viele andere Dinge mehr, die der Staat nach wie vor in seiner Obhut hat. Ist die soziale Sicherung, die Absicherung gegen grundlegende Lebensrisiken ein gemeinsames Interesse der Bürger? Es gibt zweifellos gute Gründe, diese Frage generell zu bejahen.

Aber wie steht es mit der Frage, wie die soziale Sicherung am besten realisiert werden kann? Wissen wir eigentlich, welches dafür die besten Lösungen sind? Dienen die Regelungen, die gegenwärtig in Europa vorhanden sind, tatsächlich den Interessen derer, die gesichert werden sollen, am besten? Ist es beispielsweise im Interesse der Arbeitslosen, wenn die Arbeitsplatzinhaber derart abgesichert sind, daß eben dies eine erhebliche Barriere für die Schaffung neuer Arbeitsplätze darstellt, während auf der anderen Seite diejenigen, die derart abgesicherte Arbeitsplätze innehaben, die Kosten für die steigenden Arbeitslosenzahlen zu tragen haben? Könnten die Dinge hier möglicherweise anders geregelt werden mit einem für alle Beteiligten besseren Ergebnis?

Ich meine, wir sind in all diesen Fragen ständig auf neue Erkenntnisse angewiesen, die wir nur durch alternative Experimente sammeln können. Und gerade Europa könnte in dieser Hinsicht ein Labor von verschiedenartigen Regelungen sein, deren jeweilige Wirkungen wir dann überprüfen können. Dinge einfach festzuschreiben, wie es Bourdieu mit dem Regressionsverbot vorschlägt - das er ja nicht nur für Europa, sondern sogar weltweit anstrebt;- , kann kein erfolgreiches Rezept sein.

Die eigentliche Herausforderung für die repräsentative Demokratie sehe ich in den Verfahren, mit denen Entscheidungen getroffen werden. Von daher wäre meine Frage: Durch welche Verfahren könnten wir sicherstellen, daß Projekte, die nur im Interesse bestimmter Subgruppen liegen, eine geringere Chance auf Realisierung erhalten als Projekte, die nachweislich im allgemeinen Interesse liegen? Die von Herrn Eppler befürworteten Plebiszite könnten beispielsweise durchaus eine positive Rolle spielen, um Partikularinteressen in Schranken zu halten.

Wir sollten über die Eignung bestimmter Institutionen in der Demokratie intensiv nachdenken. Es ist sehr wohl möglich, daß auf den verschiedenen Ebenen - lokal, regional, national und europaweit - unterschiedliche Regelungen angemessen sind.

Leutheusser-Schnarrenberger

Natürlich ging es mir in meinem Einleitungsbeitrag nicht zuletzt um das Verhältnis des Staates zum Bürger - ein uraltes, immer wieder aktuelles Thema. Und mein Eindruck aus der bisherigen Diskussion ist, daß man durchaus sieht, daß der Einfluß des Staates auf viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ständig gewachsen ist, was sich auch auf die Mentalität der Bürger auswirkt.

Die entscheidende Frage ist letztlich: Wer entscheidet eigentlich darüber, welche Aufgaben der Staat wahrnehmen soll? Hier scheint ein Prozeß stattzufinden - der im übrigen durch ein bestimmtes Verfassungsverständnis gestützt wird;-, daß darüber gar nicht mehr entschieden wird, sondern es eine Art Automatik gibt, aus der sich gewisse Handlungspflichten ableiten. Die Konsequenz daraus ist eben nicht eine neue Dimension des Politischen, sondern die Politik verliert dadurch an Entscheidungsmöglichkeiten überhaupt. Bei vielen Fragen geht es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. In diesem Zusammenhang sehe ich zumindest ansatzweise auf europäischer Ebene ein liberales Verfassungsverständnis.

Insofern, Herr Vanberg, argumentiere ich keineswegs gegen den freien Handel, der unbestritten ein wichtiger Tatbestand und in den europäischen Verträgen festverankert ist. Was ich mit dem Beispiel der französischen Bauernproteste deutlich machen will, ist, daß aus dem Grundsatz des freien Handels nunmehr Verpflichtungen der einzelnen Staaten abgeleitet werden, denen man jetzt per Dekret des Europäischen Gerichtshofs vorschreibt, wie sie sich intern bei solchen Konfliktfällen zu verhalten haben.

Das heißt, es liegt gar nicht mehr im Ermessen der französischen Regierung, was sie zu tun gedenkt, sondern sie wird verurteilt, entschieden gegen ihre Bauern vorzugehen ungeachtet aller taktischen und strategischen Erwägungen, wie sie die Situation am besten in den Griff bekommen kann. Der freie Handel aufgrund der europäischen Verträge hat in jedem Falle Vorrang vor den innenpolitischen Belangen. Über das Ob wird also überhaupt nicht mehr geredet, sondern der Europäische Gerichtshof hat so entschieden, und die EU-Kommission leitet das Vertragsverletzungsverfahren ein.

Was hier deutlich wird, ist, daß ein solches Verfassungsverständnis der Freiheits- und Grundrechte dazu führen kann, daß nunmehr nicht mehr nur Abwehrrechte gegen den Staat, sondern Schutzpflichten des Staates eingeklagt werden können. Auf diese Weise erweitert sich der Spielraum staatlicher Legitimation. Das halte ich für eine gefährliche Entwicklung, die ich nicht mit dem Hinweis auf den freien Handel mit Gurken und Tomaten bagatellisieren möchte.

Vanberg

Ich möchte Sie gerade dazu bringen, Ihr systematisches Argument zu schärfen. Nicht das Prinzip des freien Handels steht hier auf dem Prüfstand. Es geht darum, daß die französische Regierung sowie die Regierungen der anderen Mitgliedsstaaten sich verpflichtet haben, ihren Bürgern bestimmte Rechte zu garantieren, beispielsweise frei zu entscheiden, bei wem sie ihre Gurken und Tomaten einkaufen wollen. Eben dieses Recht bestreitet die Interessengruppierung französischer Bauern ihren Mitbürgern.

Der Europäische Gerichtshof weist nunmehr die französische Regierung daraufhin, daß sie sich verpflichtet hat, bestimmte Rechte ihrer Bürger zu sichern - in der Tat gegen die Handlungen anderer Bürger. Mir ist nicht recht klar, wo Sie den Grundkonflikt in dieser Sache sehen, deren allgemeine Problematik ich ja akzeptiere.

Leutheusser-Schnarrenberger

Den Grundkonflikt sehe ich darin, daß der Staat - in diesem Fall die französische Regierung - durch den Europäischen Gerichtshof angewiesen wird, und zwar ohne irgendeinen Ermessensspielraum, wie er seinen Handlungsverpflichtungen gegenüber den Rechten der Bürger nachkommen will. Auf

diese Weise wird der eigentliche politische Gestaltungsraum auf nationalstaatlicher Ebene unerhört eingeengt. Das halte ich nun in der Tat für einen bedenkenswerten, um nicht zu sagen, bedenklichen Vorgang.

Ich möchte wissen, was Sie sagen würden, wenn der Europäische Gerichtshof die Bundesregierung dazu anhalten würde, an Abenden, an denen ausländische Gurken und Tomaten angeliefert werden, ein Ausgehverbot zu verhängen, um mögliche Ausschreitungen zu verhindern. Das begründen Sie dann mal mit der Gewährleistung freien Handels aus den EG-Verträgen.

Es geht mir bei meiner Argumentation also nicht primär um unbehinderten freien Handel, den ich natürlich befürworte, sondern um die ganz anders wirkenden Konsequenzen.

Sauzay-Stoffaes

Wenn ich dieser Debatte hier als Französin so zuhöre, fällt mir auf, wie ganz anders bestimmte Dinge in Deutschland wahrgenommen werden. Das betrifft etwa die Rolle des Staates, der in Deutschland offenbar so wenig beliebt ist, der sich auch keiner großen Anerkennung seitens der Intellektuellen erfreut, sondern eher ein wenig verachtet wird. Wenn ich etwa vergleiche, wie in Frankreich und in Deutschland die Regierung behandelt wird, hat man den Eindruck, das sind geradezu zwei verschiedene Welten. Dabei hätten die Deutschen durchaus Veranlassung, stolz darauf zu sein, wie bescheiden die höchsten staatlichen Institutionen im Grunde auftreten - gegenüber dem Gebaren, das die hohe Politik in Frankreich an den Tag legt.

Des weiteren stelle ich fest, daß der Staat einfach im Strukturieren des Alltags wenig präsent ist. Da wird mir stolz berichtet, in Niedersachsen gebe es eine Grundschule, bei der man sicher sein könne, daß die Kinder von 8 Uhr bis 12.30 Uhr Unterricht haben. Ich frage mich, wieso sind die Leute hier stolz über so wenige Schulstunden? An den deutschen Universitäten höre ich, bleiben die meisten Lehrstühle ein Jahr vakant, wenn der Professor emeritiert worden ist, weil es an Geld für die Hochschulen fehlt. Im Gesundheitswesen sind die Kirchen nach wie vor außerordentlich aktiv und kompensieren de facto die Abwesenheit des Staates, und die deutsche Polizei soll, nach dem, was Herr Eppler sagte, ihre privaten Kollegen beneiden, daß sie so viel besser ausgerüstet seien ... , und wenn die Gewerkschaft der Beamten eine Gehaltserhöhung fordert, läßt sich einen Tag später der Bund der Steuerzahler vernehmen, der sich über die Frechheit der Beamtenforderung beklagt.

Das alles setzt eine Französin doch in Erstaunen, und ich frage mich mitunter, wenn der Staat und die Regierung in Deutschland so wenig präsent sind, wo findet dann die Politik statt? Politik in Frankreich findet im Staat und in der Regierung statt. Das sind ihre Instrumente.

Zweifellos wird Politik in Deutschland weit mehr als in Frankreich im Parlament, in den Parlamentsausschüssen gemacht, und das Verfassungsgericht spielt bei Ihnen natürlich eine sehr wichtige, eigentlich politische Rolle - mit gelegentlicher philosophischer Überhöhung. Wichtig ist auch das Bundeskartellamt, das Monopolbildung in der Wirtschaft verhindern soll. In Frankreich geschieht bei Lichte gesehen der Kampf gegen die Monopole mit dem Mittel der Verstaatlichung, die den Zweck hat, den Verbraucher zu verteidigen. Schließlich ist die starke Stellung der Interessenverbände in Deutschland zu nennen.

Der Eindruck, den man jedenfalls von außen gewinnt, ist, daß die Politik in Deutschland eher ein wenig verkümmert ist und statt dessen mehr die Moral hochgehalten wird. Wer hätte in Deutschland jemals sagen können: *Qui veut faire l'ange fait la bête*? Wer allzu tugendhaft sein will, verkommt zur Bestie oder zum Dummkopf. Das ist wahrscheinlich eine Gefahr, wenn die Politik zugunsten der Moral abdankt.

Aber "die Moral" ist nicht der einzige Gegenspieler "der Politik", es gibt auch "die Wirtschaft". Vor allem die deutschen Sozialisten haben damit immer ihre Probleme gehabt: Für oder gegen die Wirtschaft. Herr Eppler fordert den Primat "der Politik" gegenüber "der Wirtschaft" - für französische Ohren eine erstaunliche Grenzziehung.

Mit dieser Bemerkung laufe ich sicher Gefahr, hier als Anhängerin des Colbertismus, der französischen Spielart des Protektionismus, zu erscheinen. Aber die deutsche Ideologie besteht darin, daß man der Wirtschaft eine Logik unterstellt, die nichts mit Politik zu tun habe. Dabei ist den großen Wirtschaftsführern in Deutschland durchaus bewußt, daß die Wirtschaft nicht von einer einheitlichen nur internen Logik beherrscht wird, insbesondere dann nicht, wenn sie die internationale wirtschaftliche Entwicklung betrachten, das weitweite Aktionsfeld der großen Konzerne. Wahrscheinlich sollte man sich mehr über die Strukturen sowohl der europäischen als auch der globalen Wirtschaft Gedanken machen. Welche Möglichkeiten gibt es, sie zu beeinflussen, zu allererst für die Unternehmer selbst? Konzerne agieren als globale Akteure, doch sie sind nicht freischwebend

und abgekoppelt vom gesellschaftlichen Umfeld. Eine humane Gesellschaft setzt voraus, daß der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik auch und gerade im Kontext der steigenden Internationalisierung gestärkt wird.

Limbach

Sie sprechen von der geringen Beliebtheit des Staates in Deutschland, Frau Sauzay, und äußern sich erstaunt über das bescheidene Auftreten unserer staatlichen Institutionen. Das könnte auch für das Bundesverfassungsgericht gelten. Besucher aus Asien sind jedenfalls erstaunt, wenn sie sehen, wie bescheiden wir in Karlsruhe residieren und sind voller Zweifel, ob dem Gericht überhaupt eine bedeutende Stellung zukommt.

Das hat sicher auch mit dem politischen Selbstverständnis in Deutschland zu tun. Wolfgang Thierse, der jetzige Bundestagspräsident, hat die Schwierigkeit, die die Deutschen mit ihrem Staat haben, einmal sehr gut auf den Begriff gebracht mit der Bemerkung: Die Deutschen erwarten von der Politik alles, aber sie verachten das politische Personal zutiefst.

Was jedoch die Kritik an der Vielzahl von Machtzentren angeht, die hier geäußert wurde, so habe ich gerade aus Frankreich viel Lobenswertes über das deutsche System mit seinen verschiedenen Machtzentren vernommen. Neben der Exekutive, Legislative, Judikative zählt sicher das Bundesverfassungsgericht dazu; die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände; auch das von Ihnen erwähnte Bundeskartellamt, das allerdings auch eine staatliche Institution ist. Ich könnte insgesamt wohl an die zehn solcher Machtzentren nennen, die immer wieder die Fähigkeit entwickeln müssen, in Konfliktfällen zu Kompromissen zu gelangen oder ein Problem klein zuarbeiten.

Zu Zeiten Balladurs sind wir dafür von französischer Seite immer wieder gelobt worden. Ob aber die Unterschiede zwischen beiden Systemen tatsächlich so groß sind, lasse ich einmal dahingestellt.

Walter

Sie erwähnten die verschiedenen Machtzentren in unserer Republik, Frau Limbach, die Kompromisse finden müssen, was im Grunde gar nicht so schlecht funktioniert. Aber die Öffentlichkeit urteilt anders darüber. Das gilt für die Medien genauso wie für die Wissenschaft, die stets den Eindruck vermittelt: Was von der Politik erwartet wird, ist der große Wurf, der Aufbruch, die Wende, der Politikwechsel, das kohärente Projekt. Dabei wissen eigentlich alle, daß dies überhaupt nicht machbar ist, weil man die verschiedenen Machtzentren zusammenbringen muß, was einen kohärenten Entwurf von vornherein unmöglich macht.

Wir tun in Deutschland immer so, als hätten wir es mit dem Westminster-Modell in England zu tun mit seinen zentralstaatlichen Umsetzungsmöglichkeiten. Deshalb zitieren die einen ständig Tony Blair, und die anderen erinnern an Margaret Thatcher. Wenn die Regierung sich dort im engsten Beraterkreis einig ist, kann eine politische Entscheidung am nächsten Tag umgesetzt werden. Das ist bei uns institutionell in keiner Weise denkbar, aber auch nicht erwünscht, und trotzdem beurteilt man die Politik so, als sei es möglich. Aufgrund dieses falschen Maßstabs wird die Politik ständig diskreditiert.

Viele Dinge, die hier genannt wurden: Plebiszit, Partizipation, mehr Öffentlichkeit und so weiter sind zweifellos wichtige positive Aspekte für die Gesellschaft, welche die meisten tatsächlich befürworten. Aber wie bei allen positiven Argumenten, sollten wir auch hier ich sage das mit allen Vorbehalten - die Schattenseiten nicht übersehen, die solche Forderungen für das Gelingen einer repräsentativen Demokratie haben können.

Jedenfalls gehen wir in der repräsentativen Demokratie davon aus, daß eine gewählte Regierung vier Jahre Zeit hat, um ihre Politik umzusetzen und dafür auch Zumutungen und unpopuläre Entscheidungen treffen kann, bei denen sich aber möglicherweise nach zwei oder drei Jahren zeigt, daß diese Politik Früchte trägt und die Regierung dann, wenn nach vier Jahren die nächste Wahl kommt, gute Aussichten hat, wiedergewählt zu werden.

Wenn es aber so ist, wie der gegenwärtige Bundeskanzler jüngst gesagt hat: Wir müssen Politik so machen, als wären am nächsten Sonntag Wahlen, dann ist eine längerfristig orientierte Politik nicht mehr möglich. Drei, vier Tage nach der Bundestagswahl veröffentlicht Forsa die ersten Umfrageergebnisse. Durch eine solche Plebiszitierung wird politische Führung und couragierte Politik gründlich verhindert.

Wenn es immer wieder heißt: Die Politik sei abgehoben, so halte ich das für falsch. Im Gegenteil, wir haben eine außerordentlich basisnahe Politik. Im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik kam ein

Abgeordneter wie Paul Löwe zwei- oder dreimal im Jahr in seinen Breslauer Wahlkreis; die übrige Zeit war er in Berlin. Heute müssen sich die Abgeordneten ständig in ihren Wahlkreisen aufhalten, um an Schützenfesten, Jubiläen, Parteiveranstaltungen oder Sportereignissen teilzunehmen. Das heißt, sie werden nicht in erster Linie daran gemessen, ob sie gute Parlamentarier sind, sondern ob sie "menschelnd" an der Basis präsent sind. Das mag ja auch wichtig sein, sagt aber über ihre Qualität als Parlamentarier wenig aus.

Herr Miegel hat deshalb zu Recht den Zeitaspekt erwähnt: Den Politikern fehlt einfach die Zeit, sich zu informieren, auch mal ein Buch zu lesen und nachzudenken. Mit anderen Worten: Die Basisnähe der Abgeordneten führt zu einer Qualitätsminderung von Politik, also gerade zum Gegenteil dessen, was wir damit beabsichtigen. Insofern, Herr Miegel, ist die Politik auch nicht die Nachhut, wie Sie sagen, sondern weit mehr ein Schwamm und zugleich ein Spiegel der Gesellschaft. Die Folge solcher Partizipation kann also in einer Verengung des Spielraums von Politik bestehen.

Gute Politiker, politische Kraftnaturen brauchen Spielräume; sie müssen auch ein bißchen gerissen sein, taktieren und sich flexibel zeigen können. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard hätten ihre Politik in einer partizipatorischen Gesellschaft nie durchsetzen können.

Diese Schattenseiten von Partizipation und von Demokratisierung sollten wir nicht übersehen. Durch Demokratisierung wird jedenfalls die sogenannte Ausf

Hensche

Gewiß, Herr Miegel, die Demokratie in unserem Lande ist durchaus stabil. Dennoch gibt es erheblichen Bedarf an politischer Gestaltung - wobei ich nur anmerken möchte, daß auch der Rückzug der Politik zugunsten des Marktes und seines Selbstlaufs eine politische Entscheidung ist.

Der Verzicht auf politische Gestaltung begegnet in unterschiedlichen Bezügen. Zum Beispiel muß es nachdenklich stimmen, wenn gegenwärtig im Bündnis für Arbeit Themen auf der Tagesordnung stehen, die - wie etwa die Steuerreform oder die Neuordnung des Rentenwesens - mit dem eigentlichen Auftrag des Bündnisses, Wege aus der Arbeitslosigkeit vorzuschlagen, nur noch am Rande zu tun haben. Kommt die Bündnis-Runde in solchen Fragen zu einvernehmlichen Empfehlungen, hätte dies präjudizierende Wirkung, auch auf das Parlament - wohlgemerkt in Fragen, für deren Entscheidung der Bündnis-Kreis eigentlich nicht legitimiert ist. Solche Tendenzen, politische Gestaltung im Sinne eines modernen Feudalismus zu delegieren, berühren die parlamentarische Demokratie. Nicht mehr die mehrheitliche Entscheidung nach offener und öffentlicher streitiger Debatte, sondern die Vereinbarung nach dem Muster des wechselseitigen Gebens und Nehmens bestimmen die Lösung.

Doch zurück zu Markt und Politik. Ich sehe erheblichen Handlungsbedarf, wenn es darum geht, Defizite des Marktes zu korrigieren, beispielsweise unter ökologischen Maximen. Das weltweite "Menschenrecht" aufs Autofahren wird beispielsweise dazu führen, daß unseren Kindern und Enkelkindern eines Tages die Luft zum Atmen fehlt. Das wissen wir alle, auch die Auto-Lobby. Doch welcher Aufschrei geht durch unser Land, wenn von Ökosteuer, höheren Benzinpreisen oder Tempolimit die Rede ist.

Wir werden nicht darum herumkommen, unser Wohlstandsmodell zu überdenken und zu verändern, etwa in der Verkehrspolitik. Der Markt ist jedenfalls nicht in der Lage, solche Dinge zu regeln, Herr Miegel.

Miegel

Das habe ich auch nicht behauptet.

Kleinewefers

Die Abschaffung der Autos wäre sicherlich eine neue Rahmenbedingung.

Hensche

Ihre Intervention zeigt, daß ich offenkundig einen wunden Punkt getroffen habe.

Der Wohlstand, den wir in den letzten Jahrzehnten erreicht haben, hängt mit vielen Faktoren zusammen, wie wirtschaftliche Prosperität, Massenproduktion, ungebrochene Wachstumsraten, die den Verteilungskonflikt im wesentlichen auf die Verteilung des Zuwachses reduzierten. Die dadurch bewirkte Wohlstandssteigerung wäre aber auch nicht möglich gewesen ohne die Erweiterung arbeitsrechtlichen Schutzes, ohne den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und ohne

verbindliche Flächentarifverträge, die massenhafte Wohlstandsteilhabe möglich machten und zugleich den Wettbewerb unter allgemein gültige Regeln stellten.

Das wird ebenso der Fall sein, wenn es um die Erfüllung ökologischer Forderungen geht. Wenn wir bei all diesen Dingen nur auf den Markt setzen sollten, würden wir die politischen Gestaltungsmöglichkeiten erheblich einschränken.

Als weiteres Beispiel erwähne ich die Verselbständigung und Entgrenzung der Finanzmärkte. Weltweit vagabundierendes Finanzkapital diktiert unausweichlich Renditeerwartungen, die produzierende und dienstleistende Betriebe strangulieren können. Es sei denn, es gelingt, internationale Regeln zu setzen, also die Bewegungen auf den Finanzmärkten politisch zu steuern.

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat jüngst hier in Berlin daran erinnert, daß zahlreiche Länder und ganze Regionen am Wohlstand, wie wir ihn im Westen und Norden Europas genießen, in keiner Weise partizipieren, ja Gefahr laufen, weiter abgehängt zu werden. Auch da ist Politik gefordert. Ich will dabei gar nicht verhehlen, daß die Notwendigkeit, zugunsten anderer Länder und Regionen umzuverteilen, um ihnen eine faire Entwicklungschance zu geben, auch in den Gewerkschaften erst noch vermittelt werden muß.

Das alles scheint mir weniger eine Frage populistischer Anpassung von Abgeordneten zu sein. Vielmehr geht es um handfeste Interessen und um Macht. Wenn der Vorstandsvorsitzende einer Versicherungsgesellschaft im Konflikt um die Steuerreform damit droht, das Unternehmen ins Ausland zu verlagern, ist das nicht nur eine Frage des Stils, sondern eine nötigende Machtanmaßung, die um so zügelloser ins Kraut schießt, je mehr die Politik auf eigenständige Gestaltung verzichtet und sich zum Beispiel im Übermaß vom Muster konsensualer Vereinbarungen leiten läßt. Notwendig scheint es mir, daß die demokratische Auseinandersetzung und Entscheidung wieder zu ihrem Recht kommen.

Schlie

Ich würde Ihnen erwidern, Herr Hensche, daß die Grenzen politischen Gestaltens in dem Maße enger geworden sind, wie sich die neuen Dimensionen des Politischen erweitert haben. Das ist im übrigen nicht nur eine Frage an die Politiker, die sich zuwenig durchsetzen können oder in zu großen Abhängigkeiten stehen. Ich würde in diesem Zusammenhang vor allem die gesellschaftlichen Beharrungskräfte nicht unterschätzen, die der Politik enge Zügel anlegen. Sie brauchen sich ja nur anzusehen, aufweiche Widerstände die dringend benötigten Veränderungen im bundesdeutschen Universitätswesen stoßen. Dabei weiß eigentlich jeder, daß unsere Hochschulen im internationalen Vergleich kaum mehr konkurrenzfähig sind. Auch zählte die Reform des Ladenschlußgesetzes zu den am heftigsten umstrittenen Entscheidungen des Deutschen Bundestages in der vergangenen Legislaturperiode.

Eppler

Mit meiner Formulierung: die Kommunisten haben versucht, den Markt durch Politik zu ersetzen, während andere jetzt manchen neoliberalen Thesen anhängen, die darauf hinauslaufen, in vielem die Politik durch den Markt zu ersetzen, habe ich eine allgemeine Tendenz ausgedrückt, die in Deutschland sicherlich sehr viel schwächer ist als etwa in den Vereinigten Staaten. Mitunter frage ich mich, was in den USA noch alles passieren muß, damit die Entscheidung darüber, wer welche Waffe kaufen kann, nicht allein dem Markt überlassen bleibt. Und was beispielsweise die Clinton-Affäre angeht: Wenn man Republikaner, von denen viele neoliberalen Theorien anhängen, vorgehalten hat, sie würden nicht nur den Menschen Clinton, sondern auch das Amt beschädigen, hat das offensichtlich überhaupt keinen Eindruck auf sie gemacht. Daß auf diese Weise die Politik Schaden nimmt, scheint ihnen gleichgültig zu sein.

Meine These ist, daß der Neoliberalismus die Privatisierung bis hin zum Thema innere Sicherheit treibt.

Der Sohn von Milton Friedmann, David, der Professor in Santa Clara ist, hat vor einiger Zeit gesagt: Es gibt zwei Arten von staatlichen Aufgaben: die einen können wir dem Staat heute bereits wegnehmen, während die anderen erst morgen folgen werden. Das mag provozierend gemeint gewesen sein, für einen Witz halte ich diese Aussage jedoch keineswegs.

Ich bin durchaus dafür, Herr Paqué, daß wir in vieler Hinsicht pragmatisch vorgehen. Was ich jedoch gerade an der neoliberalen Ideologie so erschreckend finde, ist der Glaube, daß sie sich für das Ende aller Ideologie hält und meint, sie würde sich ausschließlich pragmatisch verhalten. Dabei ist sie eine genauso verbohrt Ideologie wie andere auch.

Natürlich haben Sie recht, Herr Miegel, daß man die Grenze zwischen Markt und Politik nicht ein für allemal definitiv festlegen kann. Aber es gibt bestimmte Kriterien, insbesondere das Kriterium, demzufolge es Aufgabe der Politik ist, für den Markt den Rahmen zu setzen. Das war bis vor wenigen Jahren selbstverständlich und steht auch so in den Grundsatzprogrammen der beiden großen Parteien. Inzwischen scheint es aber keineswegs mehr unbestritten zu sein, und man kann statt dessen mehr und mehr den Eindruck gewinnen, es ist die Ökonomie, die der Politik den Rahmen setzt und nicht umgekehrt.

Woraus die Politik vor allem lebt, ist die Spannung zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll; die Spannung etwa zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl oder zwischen unterschiedlichen durchaus legitimen Wertvorstellungen. Mein Eindruck ist, daß das, was sein soll, immer mehr in den Hintergrund tritt. Beide großen Volksparteien haben in den letzten zehn Jahren mit großer Mühe Grundsatzprogramme produziert und beschlossen - und sie sofort wieder vergessen. Nur so ist es wohl zu verstehen, daß kein Sozialdemokrat die CDU daran erinnert, daß die Ökosteuer in ihrem eigenen Grundsatzprogramm steht.

Wenn, wie ich behaupte, die Politik in den letzten zwanzig Jahren immer mehr verkümmert ist, dann nehmen andere sich der politischen Aufgaben an. Das kann die Wirtschaft sein; das kann ein Ausweichen auf die Moral sein; das kann aber auch das Bundesverfassungsgericht sein.

Ich halte es beispielsweise für durchaus legitim und verfassungsgemäß, wenn das Bundesverfassungsgericht sagt, die Steuergesetzgebung berücksichtige die Familie zu wenig. Ich halte es aber nicht für legitim, wenn man der Legislative und der Exekutive vorschreibt, wie die Familienunterstützung aussehen muß. Das kann durch höhere Freibeträge, durch mehr Kindergeld oder durch andere Maßnahmen geschehen. Das festzulegen, kann nicht Sache des Bundesverfassungsgerichts sein. Auch das ist ein Ausdruck dessen, daß man die anderen Verfassungsorgane nicht mehr so ernst nimmt.

Limbach

Da muß ich nun doch widersprechen, lieber Herr Eppler. Das Bundesverfassungsgericht hat die Frage des Wie bewußt offengelassen und den Gesetzgeber lediglich aufgefordert, eine klare Regelung zu schaffen, die für den Durchschnittsbürger einsichtig ist. Ob das durch mehr Kindergeld oder höhere Familienfreibeträge geschieht - hat das Gericht dem Gesetzgeber überlassen.

Roß

Aber es hat Summen genannt, und das geht schon sehr weit.

Limbach

So ist es nicht, Herr Roß. Das Gericht hat zum Ausdruck gebracht, daß bei der Kinderbetreuung nicht nur die finanziellen Leistungen eine Rolle spielen, sondern der tatsächliche Betreuungsaufwand der Eltern oder der Betreuungspersonen berücksichtigt werden muß.

von Weizsäcker

Immerhin hat das Gericht einen finanziellen Gesamtrahmen gesetzt, der die zuständigen politischen Organe bindet, auch wenn die Art und Weise, wie die Verteilung zu handhaben ist, großzügig dem Gesetzgeber und der Regierung überlassen bleiben. Ich finde auch, das Gericht ist hier viel zu weit gegangen.

Limbach

Nach unserer Verfassung ist es grundsätzlich Sache des Gesetzgebers, einen Ausgleich der sozialen Interessen herbeizuführen. Doch wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, daß die Familien immer mehr ins Hintertreffen geraten und der Schutzauftrag des Grundgesetzes vernachlässigt wird, dann hat das Bundesverfassungsgericht auf Verfassungsbeschwerden von Bürgern positiv zu reagieren. Das folgt aus dem von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes angeordneten Vorrang der Verfassung. Wie der Ausgleich im einzelnen geschieht, darauf kann und will das Gericht den Gesetzgeber nicht festlegen. Es gibt allenfalls, wie mein Amtsvorgänger Benda gesagt hat, eine Art "Segelanweisung", das heißt, es deutet an, wie es sich eine verfassungsgerechte Regelung vorstellen könnte.

von Weizsäcker

Aber irgendwo muß die Zahl von 30 Milliarden DM doch herkommen.

Limbach

Es war auch schon mal von zwanzig oder zehn Milliarden DM die Rede. Das Gericht hat keine exakten Größenordnungen dekretiert.

Eppler

Bei dem, was die Regierung jetzt vorgeschlagen hat, hieß es sofort, das werde das Gericht für verfassungswidrig erklären. Das finde ich unerträglich.

Limbach

Das ist leider die Rhetorik des politischen Alltags. Ob es um das 630-DMark-Gesetz oder andere Dinge geht, sofort wird mit dem Gang nach Karlsruhe gedroht. Daß dies zu einem Mittel der politischen Auseinandersetzung geworden ist, dafür können wir Richterinnen und Richter nun wirklich nichts.

Paqué

Was das Verhältnis von Markt und Staat angeht, haben wir in den letzten 15 Jahren dem Markt Dinge überlassen, von denen wir ehemals meinten, sie müßten unbedingt in der Obhut des Staates bleiben. Heute erscheint es uns ganz selbstverständlich, daß sie Sache des Marktes sind. Ich denke nur an die Liberalisierung im Bereich Telekommunikation, die dem Verbraucher durch den Wettbewerb zweifellos Vorteile gebracht hat, obwohl es da früher erhebliche Bedenken gab.

Herr Hensche und Herr Prantl haben einige Mißstände beklagt, beispielsweise die steigende Armut in Deutschland oder die internationalen Einkommensunterschiede. Wie ließen sich Änderungen herbeiführen? Immerhin haben Länder wie Indien und China in den letzten zehn, fünfzehn Jahren einen unerhörten Aufschwung erlebt, der im wesentlichen dadurch bewirkt wurde, daß diese Länder ihre Wirtschaftspolitik starker liberalisiert haben - bei allen Defiziten, die dort immer noch bestehen. Noch in den 70-er Jahren gab es in Indien Hungersnöte, was heute überhaupt nicht mehr der Fall ist.

Die gestiegene Armut in Deutschland wurde zweifellos vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit verursacht, und dort müßten wir ansetzen und nach Auswegen suchen. Denn die Feststellung allein hilft uns nicht weiter, und die Diskussion über Staat und Markt ist in dieser Hinsicht auch nicht eben erhellend.

Duve

Mir ist folgender Zusammenhang noch nie so deutlich geworden: Auf der einen Seite hat in der modernen Demokratie das Recht des einzelnen Bürgers Vorrang, während auf der anderen Seite - abgeleitet aus der Antivölkermordkonvention, die bei uns ja nationales Recht ist; Paragraph 220 Strafgesetzbuch - nicht vom einzelnen Bürger, sondern von einer Volksgruppe, deren Vernichtung als Völkermord geächtet wird, die Rede ist. Daß dieser Tatbestand im Sinne unseres Strafgesetzbuches im Kosovo erfüllt ist, bedarf es keiner Diskussion; dazu brauchte man Ausschwitz nicht zu bemühen.

Aber wie steht es um die Definition der "Gruppe" in der Völkermordkonvention? Ich frage mich, ob wir nach dem Ende des kalten Krieges Anfang der 90-er Jahre vor allem im Europarat nicht zu schnell zu einer Gruppendifinition gelangt sind, welche auf die unantastbaren Rechte einer Gruppe abhebt. Ich war damals auf Bitten von Willy Brandt Vorsitzender einer kleinen Kommission für Minderheitenrechte, in der wir - zusammen mit Russen und Südamerikanern - versucht haben, die neue Dimension der Gruppe in der Demokratie herauszuarbeiten. Möglicherweise sind wir bei der Definition der Gruppe als eigenständige Entität ein wenig zu weit gegangen und haben die Bedeutung des Bürgers als Individuum etwas vernachlässigt.

Was wir zur Zeit erleben, ist die Rückkehr des völkischen Denkens, was jetzt immer ethnisch genannt wird. Damit wird nur wissenschaftlich verbrämt, was vormals das "Völkische" hieß. Auf diese Weise geraten aber die Grundelemente der Französischen Revolution, nämlich die Bürgerrechte, ins Hintertreffen.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Ich stehe voll und ganz zur Antivölkermordkonvention und habe mich für die strafrechtliche Verfolgung solcher Tatbestände stets mit Nachdruck eingesetzt. Halten wir aber das Bürgerrecht auf der einen und das Gruppenrecht auf der anderen Seite deutlich genug auseinander? Mein Argument in diesem Zusammenhang ist: Jeder Bürger muß das garantierte

Recht haben, die Gruppen, denen er angehört - und das können durchaus verschiedene Gruppen sein;- , zu verlassen, ohne daß er des Verrats bezichtigt wird. Dazu braucht er den Schutz des Rechtsstaats. Ich nenne als Beispiel etwa den türkischen Vater, der meint, er könne seine Tochter mit allen Mitteln daran hindern, einen Nichttürken zu heiraten, und dies als sein Grundrechtsverständnis postuliert.

Engert

Sie geben zu bedenken, Herr Duve, ob man den Gruppenrechten auf Kosten der Bürgerrechte nicht zuviel Raum gegeben habe. Ich sehe das anders. Ob der Europarat eine Gruppendifinition vornimmt oder nicht, wenn wir noch so sehr betonen, daß das Recht des einzelnen Bürgers den Rang vor der Gruppe hat, hier ist ein fast automatischer Prozeß im Gange, an dem auch die Eliten teilnehmen: Wenn Menschen jegliche Sicherheit verlorengelassen - angesichts der Tatsache, daß sich ihre Lebenswirklichkeit fundamental verändert hat;- , dann flüchten sie sich in ihre ethnische Zugehörigkeit.

Was wir gegenwärtig in Jugoslawien erleben, ist im Grunde genommen ein Ost-West-Krieg: Zwischen der NATO auf der einen Seite und dem serbischen Kollektiv von Milo sevic; auf der anderen Seite. Was geschieht aber - und das wird man heute überall in Jugoslawien gefragt;- , wenn Milo sevic; besiegt ist? Wer schützt dann die Serben vor dem Kollektiv der Kosovo-Albaner beziehungsweise vor der UÇK?

Duve

Was die gegenwärtige Tragödie im Kosovo angeht - dieser erste Krieg in Europa nach 1945;- , will ich eines ganz klar sagen: Die eigentliche Herausforderung dieses Kampfes besteht darin, daß wir begreifen: Dieses Europa hat nur eine Chance, wenn es sich entschieden gegen jedwede Apartheidsbestrebungen wendet und sich für die Aufrechterhaltung der Bürgerrechte für alle Menschen, die in unseren Staaten leben, einsetzt. Kein einziges Land in Europa besitzt eine homogene Bevölkerung. Ich denke nur an die Minderheiten in Rumänien, der Slowakei oder der Ukraine - von den übrigen Balkanländern ganz zu schweigen; aber ich könnte auch die baltischen Länder und andere nennen.

Und wer glaubt, mit einem Wissen kokettieren zu können, daß sich Menschen verschiedener Herkunft nun einmal nicht mögen - solche Kommentare gab es zuhauf, auch in Deutschland;- , der weiß nicht, was er damit sagt. Wenn wir das Morden und die Massenvertreibungen im Kosovo jetzt nicht stoppen, dann können wir die weitere europäische Einigung - oder die Vollendung Europas, wie Herr von Weizsäcker sagt - total vergessen.

Auch im Permanent Council der OSZE habe ich mehrfach gefordert: civility first, ethnicity second; erst der Zivilstaat, dann die völkische Zugehörigkeit. Denn es gibt auch dort durchaus Stimmen, die verstehen Demokratie als eine stark völkisch geprägte Einrichtung. Das aber stellt eine Gefährdung für uns alle dar.

Ich fliege am Montag nach Skopje, um mit einigen Freunden Gesprächsforen zu organisieren, an denen sich intellektuelle Albaner und auch Serben beteiligen - so wie sich bei uns nach 1945 beispielsweise Autoren in der Gruppe 47 zusammengefunden haben, nicht nur, um über die Vergangenheit zu reden, sondern um uns Gedanken über eine gemeinsame Zukunft zu machen. Das gleiche haben wir in Budapest mit einer Gruppe von serbischen Intellektuellen vor. Ich wiederhole nochmals eindringlich: Wenn wir die Frage: gleichberechtigte Bürger oder völkische Zugehörigkeit nicht als die zentrale europäische Herausforderung begreifen, gefährden wir uns alle.

Ich will in diesem Zusammenhang kurz auf meine Rolle als Medienbeauftragter der OSZE eingehen. Dabei versuche ich mit drei Mitarbeitern - einem Amerikaner, einem Russen und einer Deutschen - und einem Sekretariat in den 54 Mitgliederstaaten OSZE als eine Art "Early-Warning"-System zu agieren und Partnerschaften in den einzelnen Ländern aufzubauen, die mich über bestimmte Vorfälle im Lande informieren. Das sind beispielsweise Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder auch Journalisten, die sich mit Menschenrechtsfragen befassen, so daß wir regierungsunabhängig arbeiten und uns für Einzelfälle verwenden können. Daß dies eine äußerst schwierige Aufgabe ist, brauche ich wohl nicht näher zu erläutern. Als ich es vor kurzem gewagt habe, den NATO-Angriff auf die Sendezentrale in Belgrad zu kritisieren, hat mir das heftige Kritik von NATO-Seite eingetragen.

Ich habe in meinem Amt im wesentlichen zwei Aufgaben wahrzunehmen. Das eine ist die Wahrung des Rechts auf freie Meinungsbildung. Das zweite betrifft die notwendige Korrektivfunktion, die freie Medien für die demokratische, wirtschaftliche und beispielsweise auch ökologische Entwicklungen in einem Lande darstellen. Meine These ist: Die Katastrophe von Tschernobyl hätte sich nicht ereignet,

wenn es in der Sowjetunion eine freie Presse gegeben hätte. Das gleiche habe ich dem Präsidenten von Kirgistan im Hinblick auf den drohenden Kollaps im Baikalsee gesagt. Die Entwicklung freier Medien ist ein langfristiger Prozeß - insbesondere nach 70 Jahren Diktatur. Denn die Menschen müssen erst allmählich lernen, was eine demokratische Öffentlichkeit ist und welche Wirkung sie hat.

Stephan

Frau Grunenberg hat gesagt, Demokratie braucht Form, und Frau Leutheusser hat meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt, indem sie von einem großen und ernst zu nehmenden Formverlust berichtete, den wir gegenwärtig als eine Art Ermächtigung des Staates und als eine Entmachtung der institutionalisierten Vermittlungsinstanzen feststellen. Das erinnert mich an meinen Vater, den Landgerichtsrat, der uns Kindern immer wieder klarmachte: Gerechtigkeit gibt es nicht; ihr bekommt auch nicht immer recht; aber ich urteile stets nach Recht und Gesetz - mit ein wenig richterlichem Ermessen, das auch dabei ist. Das, was mein Vater uns Kindern beizubringen versuchte, war für junge idealistisch gesinnte Menschen schwer zu begreifen; ich hatte durchaus einige Jahre daran zu knabbern. Worauf es ihm ankam, war, uns die Bedeutung von Verfahrensgerechtigkeit zu vermitteln.

Ich habe mich in den letzten drei Jahren intensiv mit bestimmten Kriegsformen in der Geschichte beschäftigt, die uns heute eher exotisch anmuten mögen, bei denen aber Verfahrensgerechtigkeit eine besondere Rolle spielte. Das galt zum Beispiel für die Kämpfe der griechischen Hoplitensphalanx und auch für viele mittelalterliche Ritterschlachten. Das, worauf es dort ankam, war weniger das Ergebnis der Schlacht, sondern daß sie eine Entscheidung herbeiführte. Der Terminus dafür hieß "pitched battle", der eingehegte Kampf - eine Art Gerichtsurteil also.

In diesen Kämpfen, die nach Übereinkunft stattfanden, war man nicht darauf aus, den Gegner zu vernichten, sondern eben zu einer Entscheidung zu gelangen. Da beide Seiten wußten, daß der Kriegsgott ein wetterwendischer Herr ist, sorgten sie dafür, daß es keine Siegerjustiz und Siegermentalität gab. Gefangene wurden relativ anständig behandelt, insbesondere dann, wenn man für sie ein Lösegeld erpressen konnte. Bei dieser Form der Konfliktaustragung war also das Einhalten von Regeln wichtiger als die Moral der Beteiligten.

Das nenne ich ein klassisches Beispiel für Verfahrensgerechtigkeit, von der einige Aspekte, wenn auch rudimentär, in das moderne Völkerrecht eingegangen sind. Ich denke, solche Inseln des Humanen sollten wir auch heute bei kriegerischen Auseinandersetzungen nicht geringachten.

Wenn ich mir dagegen anhöre, welche Sprache unsere Politiker derzeit im Kosovo-Krieg führen, dann ist vom Gesichtspunkt der Verfahrensgerechtigkeit nicht mehr viel zu spüren. Unser Außenminister etwa unterstellte sogar einmal, wo es um das Menschenrecht gehe, komme es auf das Prozedere nicht so sehr an. Nichts könnte falscher und fataler sein. Gerade wenn es um Leben und Tod geht, ist Verfahrensgerechtigkeit ungemein wichtig, damit wir uns gegen Irrtümer absichern, die Menschen besonders dann begehen, wenn sie voller guter Absichten sind.

Der Bundeskanzler spricht davon - ich hoffe und fürchte zugleich, er weiß nicht, was er damit sagt;- , gegen einen Menschenschlächter wie Milo sevic; müßten alle Mittel eingesetzt werden. Auch Auschwitz wird beschworen. Joschka Fischer läßt sich von einem französischen Journalisten mit den Worten zitieren: Wo in der Welt Menschen mit Genickschuß hingerichtet werden, wie es die Einsatzgruppen im Zweiten Weltkrieg praktiziert haben, sei Deutschland betroffen. Was er zum Ausdruck bringt, ist nicht etwa ein moralisches Dilemma, in dem er sich sieht, sondern moralische Gewißheit. Wenn das unser außenpolitisches Grundprinzip sein sollte, würde ich darin die absolute Militarisierung der deutschen Außenpolitik sehen. Mag sein, daß man zivilgesinnte Bürger und Bürgerinnen in einer Demokratie nur auf diese Weise für die Schrecken des Krieges präparieren kann, entschuldigbar ist es jedoch nicht; denn Moralisierung verstößt gegen den Grundsatz der Verfahrensgerechtigkeit.

Von Bismarck stammt das Wort: Empörung ist keine politische Kategorie. Das heißt, gerade in existentiellen Fragen kommt es auf Vermittlung an, also auf Formen und Prozeduren. Von daher stellt sich mir die Frage: Wie wirkt sich die moralische Empörung auf die Politik aus? Was mich indes ein wenig hoffen läßt, ist, daß über solche Formulierungen eine heftige kritische Debatte in unserem Lande in Gang gekommen ist.

Ich will es noch einmal deutlich sagen: Wer meint, wenn es um Moral und Menschenrechte geht, seien Formen nicht mehr wichtig, dem antworte ich: Gerade bei Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden kommt es entscheidend auf eben diese Formen an. Demokratie braucht Form, wie Frau Grunenberg sagt, um vermittlungsfähig zu sein.

Ich fürchte mich, überspitzt gesagt, nicht so sehr vor dem Bösen im Menschen, sondern mehr vor den Irrtümern, die wir begehen, weil wir gute Absichten haben. Dagegen kann nun das helfen, was ich Verfahrensgerechtigkeit genannt habe, damit wir unser moralisches Verlangen sozusagen verstandesmäßig zähmen.

Hensche

Auch ich war erschrocken über den moralischen Überhang in der Kosovo-Debatte. Der Vergleich mit Auschwitz ist nicht nur historisch unzutreffend, sondern hat ja wohl auch die Funktion, andere Meinungen nicht zuzulassen und die Gegner zum Schweigen zu bringen.

Ich frage mich: Was ist die Ursache, die Politiker dazu bringt, derart fundamentalistische Positionen zu vertreten? Mein Eindruck ist, daß die, die in dieser Frage politische Verantwortung tragen, nach Legitimation suchen, um ihre Entscheidungen zu rechtfertigen. Dabei werden Feindbilder, die mit Kategorien des Bösen operieren, nicht zuletzt von den Medien transportiert beziehungsweise eingeführt. Die wollen dann von der Politik bedient werden. Dies prägt wiederum den Stil der politischen Auseinandersetzung. Vermutlich glauben Politiker, auf derartige Argumentationsmuster zurückgreifen zu müssen, die eine realitätsgerechte Beurteilung und damit zukunftsfähige Lösungen eigentlich verhindern. Dann bleibt wenig Raum für eine argumentative Auseinandersetzung, die auch Positionen der anderen Seite Rechnung trägt.

Korte

Was mich an der Bundestagsdebatte über den Kosovo-Krieg so sehr betroffen gemacht hat, war insbesondere die Art, in der Gregor Gysi für seinen Besuch bei Herrn Milo sevic; in Belgrad abgestraft wurde. Dieser Sprachstil hätte gut ins wilhelminische Kaiserreich gepaßt, als es im Reichstag um die Kriegskredite ging: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche."

Angesichts einer solchen Diskurskultur stellt sich in der Tat die Frage nach der Dimension des Politischen. Offenbar ist es bei einem Thema von erheblicher, geradezu existentieller Bedeutung für unsere Demokratie nicht mehr erlaubt, eine abweichende Meinung offen zu äußern. Dabei wissen wir alle, daß hinter verschlossenen Türen ganz anders darüber geredet wird, daß viele Politiker in nahezu allen Parteien sehr unsicher sind, -welcher Weg in diesem Konflikt tatsächlich zum Erfolg führt. Aber solange Krieg herrscht, darf dergleichen im Bundestag offenbar nicht geäußert werden.

von Weizsäcker

Aber in der Bevölkerung wird darüber außerordentlich kontrovers diskutiert.

Miegel

Eben das macht doch das Politische aus, Herr Korte, wenn in der Bevölkerung darüber diskutiert wird.

Korte

Diese Debatte wird nicht öffentlich geführt, Herr Miegel, und auch die Journalisten halten sich weitgehend daran, das, was sie off the records über die unterschiedlichen Beurteilungen innerhalb der Regierungsparteien oder innerhalb der Opposition erfahren, nicht zu publizieren.

Meckel

Es wird doch ständig in den Medien über die unterschiedlichen Positionen auch innerhalb der Koalitionsparteien berichtet.

Korte

Ich bleibe dabei, daß die parlamentarische Auseinandersetzung über den Kosovo-Krieg in einer Sprache geführt wird, die ich als außerordentlich problematisch für den politischen Diskurs in unserem Lande empfinde. Und daß die Bombardements den Weg für eine europäische Friedensordnung freimachen, daran vermag ich schon gar nicht zu glauben.

Paqué

Daß in der Diskussion um den Kosovo-Konflikt keine unterschiedlichen Meinungen zugelassen sind, vermag ich nicht nachzuvollziehen, Herr Korte. Das spiegeln die Medien genauso wider, wie die

innerparteilichen Debatten, und zwar in allen Parteien. Sie werden das in wenigen Tagen auf dem Sonderparteitag der Grünen erleben, welcher Zerreißprobe diese Partei da ausgesetzt ist.

Was erwarten Sie denn von einer öffentlichen politischen Diskussion in der kritischen Situation des Krieges noch mehr? Und wenn Herr Gysi ausgerechnet jetzt nach Belgrad reist, um sich mit Milosevic; zu treffen, muß er halt damit rechnen, daß ihn die Regierungsparteien nicht eben freundlich behandeln. Ich glaube auch nicht, daß ihn das sonderlich überrascht hat.

Leutheusser-Schnarrenberger

Ich gebe Herrn Korte recht, daß eine ehrliche, sachliche Grundsatzdiskussion über den Kosovo-Konflikt unter den Politikern in der Öffentlichkeit nicht stattfindet. Dazu würde auch die Entstehungsgeschichte gehören und die Versäumnisse seitens der westlichen Politik, damit wir uns künftig klüger verhalten und vielleicht auch präventiv tätig werden können. Welche internationalen Strukturen müßten beispielsweise geschaffen werden, um zu verhindern, daß wir in kritischen Situationen nur noch auf die hohe Moral zurückgreifen.

Ich weiß, das sind alles außerordentlich schwierige Prozesse, und wir müssen angesichts der rasanten Veränderungen in Europa und weltweit sehr intensiv über geeignete Mechanismen nachdenken, statt uns - wie häufig im Bundestag - auf gegenseitige Vorwürfe mit den entsprechenden Ritualen zu beschränken.

Duve

Was mich an der Militäraktion der NATO im Kosovo so enorm irritiert, ist das Fehlen einer zivilen Dramaturgie. Es ist etwas völlig anderes, wenn man einen Gegner von einem großen Krieg abschrecken will, als ihn von Verbrechen an der eigenen Bevölkerung durch eine Polizeiaktion abzuhalten. Mein Vorwurf an die Politik ist, daß sie diese Unterscheidung überhaupt nicht diskutiert.

Von daher gebe ich Herrn Korte recht: Wenn es sich denn erklärtermaßen um eine Polizeiaktion handelt, dann ist es unmöglich, Herrn Gysi zu sagen, er sei fünfte Kolonne, ein Begriff aus dem Vokabular des Krieges, dem sogleich das Verratssyndrom anhaftet. Eben dies stelle ich in Gesprächen mit serbischen Intellektuellen fest, daß dieses Verratssyndrom sie total einschnürt. Bei jeder Kritik an Milosevic, jedem Hinweis auf albanische Flüchtlinge sind sie in der Gefahr, zu Verrätern gestempelt zu werden.

Worauf es mir ankommt, ist, daß wir in unseren Demokratien lernen, polizeiliche Aktionen - und das Kosovo wird, fürchte ich, nicht die letzte sein - nicht mit Kriegführung verwechseln und uns deshalb um eine zivile Begleitdramaturgie bemühen, die insonderheit die kritische Auseinandersetzung nicht abbrechen läßt.

Das läßt sich auch an Beispielen aus diesem Konflikt belegen. Ich hätte es zum Beispiel für sehr wichtig gehalten, wenn die NATO bei der Wahl ihrer Bomben- und Raketenziele im Falle von Novi Sad besonders zurückhaltend wäre. Denn die dortige Stadtratsmehrheit wird von erklärten Gegnern des Milosevic gestellt. Ich denke auch an die ungarische Minderheit im Sanchak, die ebenfalls ständig des Verrats verdächtigt wird. Auch da sollte man die Auswahl der Ziele nicht nur den Militärs überlassen, weil das ausgesprochen kontraproduktive Auswirkungen haben kann.

Natürlich gibt es kein einfaches Konzept. Aber wir sind überhaupt nicht darauf vorbereitet, eine zivile Dramaturgie zu entwickeln, die ich für unerläßlich halte, wenn ich nur an die ungeheuren Gefährdungen in Mazedonien denke, das durch den Kosovo-Konflikt destabilisiert worden ist. Ähnlich ist die Situation in Albanien selbst. Auch die griechische Öffentlichkeit ist äußerst beunruhigt, ganz zu schweigen von Bulgarien, wo der großartige Präsident in eine immer schwierigere Lage gerät. Mit anderen Worten: Die Lage auf dem Balkan zieht immer weitere Kreise und wirkt bis in unser EU-Europa zurück.

Schlie

Das Thema Krisenprävention hat mich in den letzten Jahren stark beschäftigt. Darüber wurde auch innerhalb der Allianz beispielsweise im Hinblick auf das Kosovo immer wieder diskutiert und über neue Formen der Krisenprävention nachgedacht. Dabei ist einmal mehr deutlich geworden, wie eng die Grenzen sind, die uns da gesetzt sind. Ich nenne nur das Stichwort OSZE. Daß die OSZE ausgerechnet in dieser Region mit unbewaffneten Soldaten etwas ausrichten wollte, war sicherlich keine sehr glückliche Idee.

Prantl

Der Staat muß für Sicherheit sorgen, heißt es; das ergibt sich schon aus den im Grundgesetz fixierten Grundrechten. Aber mit welchen Mitteln realisiert er diese Aufgabe? In diesem Punkt stimmt mich die Entwicklung in den letzten zehn Jahren bedenklich. Da werden nämlich Grundrechtsänderungen als sicherheitspolitische Maßnahmen verkauft, so wie das teilweise auch bei der Änderung des Artikels 16 in Sachen Staatsangehörigkeit, Asylrecht geschehen ist. Beim Artikel 13, der Unverletzlichkeit der Wohnung, war diese Argumentation eindeutig. Es mutet schon seltsam an, wenn der Staat Schutzpflichten, die sich aus den Grundrechten ergeben, dadurch zu erfüllen sucht, daß er diese Grundrechte einschränkt.

Bei der Debatte um den Artikel 16 ist mir übrigens ein Argumentationsmuster erinnerlich, das merkwürdigerweise jetzt in anderem Kontext, nämlich bei der Kosovo-Debatte, wiederkehrt. Seinerzeit hatte Bundeskanzler Helmut Kohl argumentiert: Wenn eine verfassungsändernde Mehrheit nicht zustande käme, könne man mit der Begründung des Staatsnotstands das Grundrecht des Artikels 16 auch auf andere als die grundgesetzlich vorgesehene Weise ändern. Ähnlich hört man es jetzt wieder bei der Rechtfertigung des Kosovo-Einsatzes: Wenn ein UN-Beschluß nicht zu erreichen ist, müssen wir uns eben mit der Begründung des Notstands über das Völkerrecht hinwegsetzen.

In den vergangenen zehn Jahren ist festzustellen: Grundrechte sind nicht nur für die innere Sicherheit, sondern geradezu für parteipolitische Auseinandersetzungen instrumentalisiert werden. Von daher stellt sich mir zum 50jährigen Jubiläum des Grundgesetzes die Frage, ob es nicht andere Verfahren zur Grundrechtsänderung braucht. Ist die bislang erforderliche Zweidrittelmehrheit also der Weisheit letzter Schluß? Geraten damit die Grundrechte nicht allzusehr in die Mühle?

Das gilt auch für den Kosovo-Einsatz. Der Beschluß des Bundestages vom November 1998, der ja sehr speziell formuliert war, deckt jedenfalls das gegenwärtige Vorgehen in keiner Weise. Freimut Duve sagt: Was in Jugoslawien geschieht, ist ein Lernprozeß.

Duve

Hoffentlich wird man daraus lernen.

Prantl

Aber dieser grausame Lernprozeß geht eindeutig zu Lasten Dritter, auf die die NATO ihre Bomben wirft. Das sei im Grunde eine Polizeiaktion, hören wir. Milosevic, heißt es, habe sein ganzes Volk zur Geisel genommen. Wie reagiert die Polizei normalerweise bei einer Geiselnahme? Dafür gibt es konkrete Richtlinien, und mir ist nicht bekannt, daß man zur Beendigung einer Geiselnahme ganze Stadtviertel niederbrennt. Das würde zumindest dramatische Konsequenzen für die Verantwortlichen haben.

Darüber wird bei uns jedoch in keiner Weise offen debattiert, wie Herr Korte zu Recht kritisiert. Als die Parlamentarische Staatssekretärin Gila Altmann von den Bündnisgrünen von Rechtswidrigkeit und Angriffskrieg sprach, konnte man in der Bundestagsdebatte darüber durchaus den Eindruck gewinnen, neben Hausfriedens- und Landfriedensbruch als Tatbestände des Strafgesetzbuches gebe es jetzt einen dritten strafrechtlichen Tatbestand, demzufolge strafrechtlich belangt wird, wer den innenpolitischen Burgfrieden bricht. Ich bedaure sehr, daß bestimmte Argumente offenbar nur noch von der PDS vorgebracht werden können.

Eppler

Auf dem SPD-Parteitag wurde diese Kontroverse vor aller Öffentlichkeit ausgetragen.

Prantl

Auf dem Parteitag ja, aber nicht im Bundestag, dort ist das so gut wie tabu. Aber auch auf dem SPD-Parteitag ist der Zynismus - anders kann ich es nicht nennen - nicht diskutiert worden, der darin besteht, daß man Flüchtlinge aus dem Kosovo bis zuletzt aus Deutschland abgeschoben hat, weil dort angeblich keine ethnische Verfolgung stattfindet, und kaum sind sie dorthin zurückgebracht worden, führen wir Bombenangriffe durch, um die gleichen Flüchtlinge vor ethnischer Verfolgung zu schützen. Das ist schon eine merkwürdige Art Doppelmoral, über die kaum geredet wird.

Engert

Was ich seit 1990 in Deutschland feststelle, ist eine Art selbstverordneter Rückzug des Politischen, der unter anderem zu Konsequenzen führt, wie sie Herr Korte im Bundestag beklagt, wo im Grunde

keine wirklich politische Debatte mehr stattfindet, sondern eher Gefühligkeiten und schlechtes Gewissen artikuliert werden.

Das zeigt sich beispielsweise auch an den heftigen Diskussionen zwischen den Parteien über die Frage, ob Gelöbnisse der Bundeswehr öffentlich oder abgeschottet hinter Kasernenmauern stattfinden sollen.

Ein anderes Phänomen unterstreicht diesen Rückzug des Politischen ebenfalls: So ist aus der Bonner Ministerialbürokratie immer wieder zu hören: Wir machen erst einmal ein Gesetz, und dann warten wir ab, ob es in Karlsruhe durchgeht. Es ist also in vielen Fällen nicht so, daß das Bundesverfassungsgericht von sich aus tätig wird, sondern es wird von außen dazu gedrängt, eine politische Entscheidungsposition einzunehmen, die die politische Klasse preisgibt, der Populismus läßt grüßen.

Eppler

Ich habe von einem Vakuum der Politik gesprochen.

Engert

Das Vakuum, Herr Eppler, ist eine Folge des bewußten Rückzugs des Politischen. Im übrigen wird das Bundesverfassungsgericht in der Bevölkerung nicht von ungefähr so hoch geschätzt - nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Deutschlands. Auch das ist ein Indikator für den Rückzug des Politischen.

Auch das Bündnis für Arbeit ist für mich ein Zeichen, daß das Politische immer mehr abdankt. Seitens der Politik scheint man geradezu froh darüber zu sein, wenn man eine Einrichtung findet, der man alle möglichen Aufgaben übertragen kann - und anschließend beklagt man sich, daß solche Veranstaltungen ausufernd sind. Wenn die Politik in dem Maße konfliktscheu wird und sich nur noch auf bloße Moderation beschränkt, muß man sich nicht wundern, wenn allenthalben Stagnation angesagt ist.

Altmann

Wir haben viel über den Kosovo-Konflikt und seine schwierigen Probleme für alle Beteiligten gehört, uns dabei aber wenig Gedanken gemacht, wie es nach der Beendigung der Kampfhandlungen weitergehen soll. Zugleich war hier von der Erweiterung der EU beziehungsweise der Vollendung Europas die Rede. Darf ich dazu mehr stichwortartig einige sicher unorthodoxe Überlegungen beisteuern?

Die meisten osteuropäischen Länder befinden sich nach der großen Wende 1989 in einer wirtschaftlichen und sozialen Situation, die man nur als desolat bezeichnen kann. Ich weiß das insbesondere von Bulgarien, das ökonomisch am Abgrund steht. Westliche Hilfe, vor allem durch die Staaten der Europäischen Union, wird diesen Ländern immer wieder zugesagt. Sie ist auch unerlässlich, wenn die Vollendung Europas glücken soll.

Wie sich aber gezeigt hat, können Finanzkredite kaum etwas Positives in den betreffenden Ländern bewirken. Dafür sorgen zum einen die Korruption, die auch die neue Bürokratie erfaßt hat, zum anderen die alten kommunistischen Kader, die versuchen, ihre Machtpositionen so weit wie möglich zu erhalten. Das Geld aus dem Westen verschwindet meist in dunklen Kanälen und trägt zum Wiederaufbau kaum etwas bei.

Wie wäre es, wenn zunächst unter Vorsitz des Staatspräsidenten - nehmen wir einmal das Beispiel Bulgarien - eine paritätisch zusammengesetzte Expertenkommission eine ungeschminkte Analyse der sozialökonomischen Lage des Landes vornehmen würde. Aufgrund einer solchen Analyse könnte ein Plan für die Lieferung von Sachleistungen erarbeitet werden - also kein Geld, sondern von Eisenbahnschienen bis zu Motoren und anderen dringend benötigten Gütern;-; die von den EU-Ländern auf Kredit oder auf anderer Basis geliefert werden.

Das hätte den Vorteil, daß bei uns Arbeitsplätze vermehrt würden - die Waren würden ja bei uns produziert;-; daß in den betreffenden Ländern die Korruption weitgehend ausgeschaltet wäre und daß auch dort durch die Verarbeitung der Sachlieferungen Beschäftigung entstehen würde, wobei wir zusätzlich die Ausbildung von Fachkräften unterstützen könnten.

Auf diese Art und Weise könnten Wirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen in Gang kommen oder intensiviert werden. Zugleich würde deutlich werden, daß dies eine gesamteuropäische

Aufgabe ist, die - und das führt zu unserem Thema zurück - nicht nur wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet, sondern insbesondere eine neue politische Dimension beinhaltet.

Limbach

Lassen Sie mich eine kurze Zwischenbilanz ziehen und überlegen, worauf wir uns im weiteren konzentrieren sollten. Einigkeit besteht offensichtlich, daß die wechselseitige Abhängigkeit in einem immer komplexer werdenden Europa, ja in einer Weltgesellschaft gewachsen ist. Jedenfalls erscheint eine Vielzahl von Problemen heute nur in Kooperation zwischen den Staaten lösbar.

Einigkeit besteht des weiteren auch darin, daß die internationalen oder supranationalen Beziehungen der Verrechtlichung und bestimmter Verfahren der Konfliktlösung bedürfen. Hier halte ich den Hinweis von Frau Stephan auf die Bedeutung der Verfahrensgerechtigkeit für besonders wichtig; denn wir wissen alle, daß Wahrheit und Gerechtigkeit kaum unmittelbar erkennbar sind. Die Wichtigkeit der Formen gilt jedenfalls besonders für die politische Kultur und für die Rechtskultur. Wir brauchen bestimmte rechtlich geregelte Verfahren und Institutionen, um zu verhindern, was Frau Leutheusser-Schnarrenberger betont hat, daß wir uns einfach dem moralischen Rasonnement ausliefern.

Besonders beklagt wurde hier der Politikverfall. Dabei hat Herr Miegel deutlich gemacht, daß die Politik im Grunde der Wirtschaft hinterherhinkt. Aber Herr Walter hat zugleich daraufhingewiesen, welche Schwierigkeiten sich einer kohärenten Politik in den Weg stellen. Deshalb legen wir möglicherweise oft die falschen Maßstäbe an, wenn wir die Politik kritisieren.

Wie steht es um die Wiederkehr des Politischen? In Baden-Württemberg wird gegenwärtig eine Landtagswahl vorbereitet, bei der der CDU-Kandidat mit dem Slogan antritt: Globalisierung - Renaissance des Politischen! Das mag ja ein aufrichtig gemeintes Versprechen sein; aber wie will man das eigentlich erreichen? Einige Argumente dafür haben wir bereits gehört. Erhard Eppler zum Beispiel hat auf das Plebiszit hingewiesen, worauf es sowohl Zustimmung wie Bedenken gab.

Über die politischen Parteien wird seit Jahren kritisch geredet - nicht zuletzt Herr von Weizsäcker hat sich dazu verschiedentlich geäußert. Grundsatzprogramme, sagte Herr Eppler, geraten, einmal beschlossen, sofort wieder in Vergessenheit. Konjunktur hat nur die Popularität, wie Politiker beim Publikum ankommen. Die Frage ist, ob sich durch gewisse Gesetzesänderungen, beispielsweise des Wahlrechts, mehr Bewegung in die Parteien bringen ließe.

Ich halte jedenfalls die politischen Parteien nach wie vor für ein notwendiges Instrument der politischen Willensbildung, was aber andere Instrumente, etwa Plebiszite, nicht ausschließt. Wäre es also denkbar, daß eine Änderung des Wahlrechts der Politik neue Impulse verleihen würde? Ob das Mehrheitswahlrecht wie bei den Briten uns da weiterhelfen würde, lasse ich einmal offen.

Grunenberg

Ich möchte noch einmal deutlich machen, daß das Politische in meinem Verständnis nicht gleichbedeutend ist mit politischen Maßnahmen und Projekten und auch nicht mit dem Staatlichen. Das, was etwa die französische Tradition von der westdeutschen Nachkriegstradition unterscheidet, ist, daß Paris das Zentrum der Politik und des Politischen ist, einschließlich Glanz und Gloria. Bonn hingegen war wenig geeignet, eine Zentralisierung des Politischen zu repräsentieren. Für mich ist das Politische die Fähigkeit, Demokratie zu stiften und zu erneuern. Ich binde diesen Begriff also eng an den des Bürgers, weniger des konkreten Wahlbürgers als vielmehr an die generelle Vorstellung vom Bürger, an seine Fähigkeit zur konzeptionellen Neuorientierung von Demokratie, der Öffnung neuer Denkmöglichkeiten, beispielsweise in so verfahrenen Situationen wie im Kosovo-Konflikt.

Dieser Begriff des Politischen hat für mich etwas mit innerweltlicher Transzendenz zu tun in dem Sinne, daß es über die gemeinsamen Interessen hinaus etwas gibt, das die Mitglieder dieses Gemeinwesens für erhaltenswert ansehen. Etwa die Frage: Wieviel wert ist uns eigentlich die Demokratie, wie sie sich bei uns entwickelt hat? Oder greifen wir wieder Freimut Duve hat das deutlich gemacht - auf völkische identitäre Konzepte von politischem Gemeinwesen zurück?

Die Auseinandersetzung darüber müßte, so meine ich, intensiver geführt werden. Die Frage: Was macht diese Demokratie verteidigungswert? läßt sich heute, wenn ich es richtig sehe, nur europäisch und nicht national oder völkisch beantworten. Auch Max Webers Antwort: "Ein Gemeinwesen zeichnet sich durch das Gemeinschaftsgefühl der in ihr Lebenden und durch die Abgrenzung gegenüber anderen Gemeinschaften aus", reicht hier nicht aus.

In einer solchen Diskussion sehe ich jedenfalls die große Chance, daß wir uns für ein Europa öffnen, das eben nicht mehr nur Westeuropa meint, wie wir das aufgrund der Entwicklung nach 1945 erfahren

haben, sondern auch Mittel- und Osteuropa. Dann könnten wir die Kriege auf dem Balkan als das begreifen, was sie sind, als innereuropäische Konflikte, die nach einer zivilen Friedensordnung verlangen.

Miegel

Verschiedentlich wurde angedeutet, daß die staatlich verfaßte Politik im Schwinden begriffen sei. Dabei hatte ich den Eindruck, daß von monarchisch-feudalen Strukturen der Politik die Rede war, in die die Demokratie geschlüpft ist, ähnlich wie die katholische Kirche einstmals in die Formen des spätrömischen Kaiserreiches schlüpfte. Könnte es nicht sein, daß die Demokratie nunmehr jene monarchisch-feudalen Strukturen abstreift und dies fälschlicherweise als Politikverlust interpretiert wird? Könnte es nicht sein, daß wir gerade dabei sind, angemessene Formen demokratischer Politik zu entwickeln, vorerst aber nur die Zurückdrängung der tradierten Formen wahrnehmen?

Ich sagte bereits, daß immer mehr Bürger ihre Belange mehr und mehr kompetent und selbstbewußt regeln. Sie sind gebildet, informiert und beweglich. Sie brauchen nicht mehr so viel staatlich verordnete Politik. Es ist ein Fehler, wenn dieses Agieren der Bürger nicht als Ausdruck von Politik verstanden und angenommen wird. Das gilt besonders für ein Land wie Deutschland, das - ähnlich wie Italien - erst verhältnismäßig spät staatlich verfaßt wurde. Hier haben die Bürger einige Erfahrung im Umgang mit dem Politischen, auch wenn sie das möglicherweise selbst gar nicht so empfinden. Jedenfalls gehören Deutschland und Italiens Norden heute zu den prosperierendsten Regionen der Welt, obwohl in Italien die staatlich verfaßte Politik eher lahmte und in Deutschland mitunter bei der Entwicklung der Wirtschaft hinderlich war.

Damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Ich plädiere nicht dafür, daß irgendwelche Bündnisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beispielsweise Steuern festsetzen. Das ist eine staatliche Aufgabe. Ich will auch nicht die Parteien abschaffen. Aber ich bin der Auffassung, daß die Abwendung einer wachsenden Zahl von Bürgern von staatlich verfaßter Politik, von den Parteien und von bestimmten politischen Einrichtungen nicht gleichgesetzt werden darf mit einem Verfall des Politischen. Dieses Verhalten kann auch als Suche nach angemesseneren, zukunftsöffneren Formen der Politik angesehen werden.

Prantl

Die monarchisch-feudalen Formen, von denen Herr Miegel spricht, finden bei uns ihren Ausdruck im sogenannten Parteienstaat. Und wenn wir überlegen, wie wir zu neuen Dimensionen des Politischen gelangen können, stellt sich auch die Frage: Wie verändern wir diesen Parteienstaat? Wie finden wir neue Formen des bürgerlichen Engagements und ihre entsprechende verfassungsrechtliche Absicherung?

Wir sprechen so leichthin von Parteienstaat - als wäre dies ein Begriff, genauso klar bestimmt wie freiheitliche Demokratie, sozialer Bundesstaat oder gewaltenteiliger Verfassungsstaat. Wenn ich es recht sehe, geht diese Überhöhung des Begriffs Parteienstaat auf den unheilvollen Einfluß des ansonsten von mir hochgeschätzten Verfassungsrechtlers Leibholz zurück, der die Meinung vertrat, der in den Parteien akkumulierte Wille sei gewissermaßen identisch mit dem Willen des Volkes. Daraus sind uns in der Bundesrepublik viele Schwierigkeiten erwachsen bis hin zu den Begehrlichkeiten bei der Parteienfinanzierung. Wenn die Parteien den Willen des Volkes repräsentieren, dann muß man diesen Willen des Volkes natürlich auch kräftig alimentieren.

In Artikel 21 des Grundgesetzes heißt es: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Diese Formulierung haben die Parteien zu ihrer Ermächtigung und Selbsterhöhung auf eine schon einzigartige Weise genutzt. Und ähnlich wie beim Augsburger Religionsfrieden von 1555 galt: cuius regio eius religio, funktioniert heute das Parteienkartell. Bei Kartellen in der Wirtschaft spricht man von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen; so ist das bei der Aufteilung des Gemeinwesens durch die politischen Parteien auch - allerdings ohne Kontrolle durch das Bundeskartellamt.

Von daher frage ich: Wie ließe sich der Artikel 21 schärfer fassen? Diese Frage hat seinerzeit bei den Überlegungen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden, und zwar aus dem einfachen Grund - den der Verfassungsrichter Dieter Grimm so schön formuliert hat: Wenn man die Verfassungsreform dem Parteibetrieb überläßt, muß man sich nicht wundern, wenn derselbe nicht bereit ist, auf eine Änderung hinzuwirken.

Die nächste Frage wäre: Wie können wir den Bürger, der sich primär als Zuschauer und Konsument des politischen Geschehens sieht, stärker zum Aktivbürger machen und ihn in den politischen Prozeß einbeziehen? Also beispielsweise durch Stärkung der plebiszitären Elemente. Das 50jährige Jubiläum des Grundgesetzes in diesen Tagen dürfte ja Anlaß genug sein, einmal auch in diese Richtung zu denken.

Wie wir wissen, waren die Eltern der Verfassung seinerzeit von der Angst vor Demagogen umgetrieben, von der Angst also, daß die junge Demokratie durch plebiszitäre Elemente ausgehebelt werden könnte. So unberechtigt war diese Furcht damals sicher nicht. Auf der anderen Seite hatte gewiß niemand von den Autoren gedacht, daß etwas, das als Provisorium gemeint war, 50 Jahre halten würde. Heute würden sie sicher ihre Vorbehalte gegenüber Plebisziten durchaus überdenken. Schließlich haben wir in den vergangenen 20, 25 Jahren doch gar keine schlechten Erfahrungen mit Bewegungen von unten gemacht. Ich denke nur an die Entwicklung des ökologischen Bewußtseins, das gewissermaßen erst aus dem Volk heraus in die Politik gelangt ist. Deshalb könnten wir heute mehr Zutrauen in die Vernunft des Volkes setzen.

Mit plebiszitären Elementen sind ja keine Abstimmungsorgien gemeint, sondern sie stellen eine Möglichkeit dar, Regierung und Parteien zu zwingen, sich mit bestimmten Themen auch von Gesetzes wegen zu befassen. Es kann doch gar keine Rede davon sein, damit würde die repräsentative Verfassung ausgehöhlt. Es geht lediglich darum, bekannte Schwächen unseres Repräsentativsystems besser in den Griff zu bekommen. Mit anderen Worten: Artikel 20, Absatz 2, Satz 1, der da lautet: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und in Abstimmungen ... ausgeübt", müßte aktualisiert werden.

Dann zum Thema Wahlrecht. Im Jahre 1919 wurde das Mehrheitswahlrecht in Deutschland vom Verhältniswahlrecht abgelöst. Damit ist der Ort politischer Willensbildung von unten, aus den Wahlkreisen heraus, nach oben verlegt worden - bis hin zu Absprachen, die in den engsten Zirkeln der Parteiführung getroffen werden. Was unten vor Ort politisch läuft, ist zunehmend verdrängt worden.

So gibt es seit 1953 keine Nachwahl mehr, wenn das Mandat eines direkt gewählten Abgeordneten wegfällt. Dieses Beispiel illustriert, daß das Feld der politischen Willensbildung Zug um Zug planiert wurde. Wurden 1949 noch 60 Prozent der Abgeordneten direkt gewählt, sind es heute nur mehr 50 Prozent. Das heißt, der direkt gewählte Abgeordnete hat erheblich an Gewicht verloren, ein Prozeß, der sich mit einer Wahlrechtsänderung sicher wieder korrigieren ließe.

Heutzutage ist es jedenfalls immer unwichtiger geworden, ob ein Abgeordneter direkt gewählt wird oder über die Liste in den Bundestag kommt. Die Folge ist, daß die politische Willensbildung fast ausschließlich Sache der Parteien ist; der Bürger wird aus den politischen Vorgängen, auch in seinem unmittelbaren Umfeld, dem Wahlkreis, völlig ausgeschlossen. Es käme also darauf an, die politische Willensbildung wieder in die Wahlkreise zurückzuverlagern. Ein Vorschlag dafür wäre, die Listenmandate zu reduzieren und den Direktmandaten Vorrang einzuräumen.

Vanberg

Während sich Herr Prantl entschieden für Plebiszite ausspricht, haben wir von Herrn Walter im Grunde ein beredtes Plädoyer gegen plebiszitäre Elemente gehört, weil dadurch die ohnehin schon kurzatmige Politik noch stärker an schwankende Stimmungen in der Bevölkerung angebunden würde. Herr Walter fügte hinzu, durch eine solche Anbindung der Politik an die Meinungen der Bevölkerung werde eine kohärente, richtige Politik erschwert oder unmöglich gemacht.

Nun sind natürlich Menschen an Stammtischen oder in elitären Runden wie dieser immer leicht versucht zu meinen, sie wüßten schon, was die richtige Politik ist. Ich brauche nicht sonderlich zu betonen, wie problematisch und anmaßend ein derartiger Anspruch ist. Platons Philosophenkönig mag ein warnendes Beispiel sein. Politiker, die vorgeben zu wissen, was richtige Politik ist, sind in jedem Fall mit Vorsicht zu genießen.

Hier würde ich mich lieber an Frau Stephan halten, die die Bedeutung von Formen und Verfahren betont hat. Analog zu dem, was sie zum Thema Moral und Gerechtigkeit gesagt hat, würde ich formulieren: Politik ist ein Verfahren, um zu Entscheidungen zu kommen aber nicht, um das Richtige zu tun.

Verfahren müssen natürlich daraufhin geprüft werden, ob sie geeignet sind, bestimmte Zwecke zu erfüllen. Das Kriterium für ein angemessenes Verfahren für politische Entscheidungen könnte man etwa so umschreiben, wie Herr Eppler es getan hat: Die Demokratie ist daran zu messen, ob sie es den Menschen ermöglicht, so zu leben, wie sie leben möchten, und sie dagegen schützt, unter Regelungen gezwungen zu werden, unter denen sie nicht leben wollen. Von daher kann es an sich

nicht falsch sein, wenn Politiker sehr viel mehr darauf hinhören müßten, was die Bürger meinen, wie sie leben möchten.

Wenn wir also beklagen, die Politik werde zu sehr von den Befindlichkeiten der Bevölkerung abhängig, dann kann das angemessene Kriterium nicht irgendeine Vorstellung von richtiger Politik sein. In dieser Hinsicht habe ich auch bei Herrn Prantl - so sehr ich ansonsten seinem Plädoyer für das Plebiszit zustimme - einen falschen Zungenschlag herausgehört. Denn sein Hinweis auf die Ökologie unterstellt, ein Plebiszit sei dann gut, wenn es Dinge befördert, von denen wir meinen, daß sie richtig sind.

Ich denke vielmehr, das Plebiszit ist daran zu messen, ob es die Effizienz des politischen Prozesses erhöht, damit die Menschen so leben können, wie sie leben wollen. In dieser Hinsicht ist das Plebiszit sicher kein Generalrezept. Es unterliegt bestimmten Restriktionen, und den Menschen muß klar sein können, was in ihrem Interesse ist. Es kann sicherlich nicht um eine unbeschränkte direkte Demokratie gehen. Entscheidend vielmehr ist auch beim Plebiszit, unter welchen Verfahrensregeln es vonstatten gehen soll. Jedenfalls spricht nichts dafür, daß eine Politik, die von den Meinungen der Menschen durch längere Wahlfristen und dergleichen weitgehend abgeschirmt ist, eher in der Lage ist, die Dinge so zu gestalten, wie die Menschen sie haben möchten, die also in dem Sinn "Eppler-effizient" ist.

Sicherlich müssen unsere bestehenden Verfahren der repräsentativen Demokratie kritisch hinterfragt werden. Und ob die Einflüsse, die organisierte Interessengruppen auf die politischen Repräsentanten ausüben, eher geeignet sind, die Politik an den Vorstellungen der Menschen davon, wie sie leben wollen, zu orientieren, als mehr plebiszitäre Elemente, kann wohl bezweifelt werden.

Aber ich will hier gar nicht für die eine oder die andere Richtung plädieren. Mein Anliegen ist, daß wir unsere Verfahren daraufhin prüfen, inwieweit sie den Kriterien, wie die Menschen leben wollen, entsprechen, und uns davor hüten, inhaltlich vorentscheiden zu wollen, was denn richtige Politik ist. Die Kräfte der Selbstorganisation in der Gesellschaft, die Herr Miegel erwähnt hat, könnten durchaus geeignet sein, der genannten Zielsetzung zu entsprechen.

Limbach

Bei Plebisziten muß man sicher darauf achten, daß diese nicht auf Demoskopie hinauslaufen. Alle empirischen Untersuchungen zeigen, daß beispielsweise nach einem Taxifahrermord die Frage nach der Wiedereinführung der Todesstrafe eindeutig positiv beantwortet wird. Es kommt also darauf an, Prozeduren zu entwickeln, die daraufhinwirken, daß der einzelne nicht nach einer Augenblicksstimmung, sondern als verantwortungsbewußter Staatsbürger entscheidet.

Frau Grunenberg hat jetzt noch einmal ihren Begriff des Politischen erläutert, der für sie nicht mit dem Staatlichen identisch ist. Ich denke, insoweit können wir alle zustimmen.

Sie hat dann im weiteren von innerweltlicher Transzendenz gesprochen und daraufhingewiesen, daß unsere früheren Identifikationen mit dem Politischen nicht einfach durch eine Art Multikulturalismus abgelöst werden können. Aber was soll dann der Bezugspunkt sein? Sie kennen die von Hans Küng angestoßene Diskussion über ein Weltethos.

Mir geht es hier jedoch um einen anderen Gesichtspunkt, nämlich um ein Verfassungsverständnis, das deutlich macht, daß Demokratie nicht nur die Mehrheitsregel beinhaltet, sondern auch ein Spannungsverhältnis von Mehrheitsregel und fundamentalen Menschenrechten darstellt. Auch darüber dürfte im westeuropäischen Raum weitgehend Einigkeit bestehen.

Und die gegenwärtige Diskussion darüber, ob wir eine europäische Verfassung brauchen die Befürworter und Gegner findet;- , scheint mir ein Indiz dafür zu sein, daß wir heute ein Verständnis von Demokratie haben, das sich eben nicht nur in Verfahren und Mehrheitsregeln erschöpft. Das dürfte auch ein Grund dafür sein, warum eine europäische Verfassung gegenwärtig vor allem daran scheitert, daß wir bisher keine europäische Öffentlichkeit haben.

Dabei dürfte der Symbolwert der modernen Verfassung eine nicht unbeträchtliche Rolle spielen. Insofern freue ich mich auch, daß das Jubiläum "50 Jahre Grundgesetz" in diesen Tagen so intensiv gefeiert wird. Es geht nicht allein um das Dokument, sondern um die Verfassungswirklichkeit, die in diesen Jahrzehnten entstanden ist und mit der wir uns identifizieren. Vielleicht läßt sich das eines Tages auch auf ein europäisches Verfassungsverständnis übertragen.

Das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika, das in diesem Zusammenhang immer wieder genannt wird, zeichnet sich ja dadurch aus, daß dort eine Gesellschaft aus den unterschiedlichsten

Herkünften entstanden ist, die sich aber alle mit der amerikanischen Verfassung identifizieren. Das hat Dolf Sternberger 1972 als Bezugspunkt für seinen Begriff des Verfassungspatriotismus genommen.

Walter

An "richtige" Politik glaube ich nun wirklich nicht, Herr Vanberg, genausowenig wie an kohärente Politik. Was ich gesagt habe, war, daß von der Öffentlichkeit eben eine solche kohärente, stimmige Politik erwartet wird, die keine großen Widersprüche aufweist. Das ist auch der Maßstab, den kluge Journalisten, von Heribert Prantl bis Jan Roß, immer wieder an die Politik einer Regierung anlegen. Das ist aus meiner Sicht nicht nur eine Frage des Wahlrechts - ich recurriere also nicht auf das englische Beispiel;-, sondern ich beurteile das parlamentarische System insgesamt in dieser Hinsicht.

Der Wähler entscheidet sich für eine bestimmte Partei aufgrund eines spezifischen Profils und Programms und erwartet dann, daß dies kohärent und stimmig umgesetzt wird. Und wenn das dann nicht so funktioniert, wird es lauthals beklagt. Meine These ist dagegen, daß es gar nicht funktionieren kann, weil es in unserem parlamentarischen System so viele Nebenregierungen und Verhinderungsmächte gibt wie sonst wohl nirgendwo in der westlichen Welt, mit Ausnahme vielleicht der Schweiz.

Hier wurde beispielsweise die Korrekturinstitution Bundesverfassungsgericht erwähnt, das Richtlinien für die Familienpolitik festlegt - wie präzise auch immer - und damit in die staatliche Souveränität eingreift und der Regierung gewissermaßen ins Handwerk pfuscht.

Dann gibt es die autonome Notenbank, die nicht bereit ist, die Finanzpolitik oder die Arbeitsmarktpolitik durch eine entsprechende Geldpolitik zu synchronisieren. Das heißt, in so wichtigen Bereichen ist der Primat der Politik überhaupt nicht gegeben. In diesem Punkt jedenfalls hatte Oskar Lafontaine recht: Wenn die Notenbank nicht mitspielt, kann vom Primat der Politik in Sachen Finanz- und Steuer- und Arbeitsmarktpolitik nicht die Rede sein.

Das nächste sind die Ministerpräsidenten der Bundesländer, die der Bundesregierung in die Parade fahren können und die immer in Kompromisse eingebunden werden müssen. Auch das gibt es in Großbritannien nicht. Weiter: Der halbstaatliche Verbands korporatismus, der bei uns sehr viel einflußreicher ist als in einigen anderen westlichen Ländern und damit die Bundesregierung handlungsmäßig einengt und zu einer moderierenden Politik zwingt.

Bei uns wird immer wieder das Parteienkartell und der Postenschacher beklagt. Ich teile diese pauschale Kritik nicht, sondern bin der Meinung, daß es in Deutschland sogar zu wenig Ämterpatronage gibt. Jede neue Regierung muß sich des alten Beamtenapparats bedienen. Das ist in England und in den USA ganz anders. Ein neuer Präsident wie Bill Clinton bringt Tausende von seinen Leuten mit, die ihm dann zur Loyalität verpflichtet sind und die weit mehr eine kohärente Politik unterstützen, als das bei unserem Beamtenapparat der Fall ist.

Auf der anderen Seite sorgt unser Beamtenapparat für Stabilität und Kontinuität, die uns ja wichtig sind. Und wir wollen auch, daß die Ministerpräsidenten für Ausgleich sorgen, so wie wir das Mehrparteiensystem befürworten, das uns in Koalitionsregierungen vor den Exaltiertheiten einer Partei schützt.

Das heißt, das öffentliche Verlangen nach einer kohärenten Politik ist im Grunde reine Rhetorik. Jedenfalls kann der Bundeskanzler gar nicht sehr viel mehr sein, als ein geschickter Kompromißler und Moderator, der das Publikum bei Laune hält. Ein guter Politiker ist also derjenige, der es versteht, diesen ganzen, oft pannenreichen Kuhhandel und diese Kompromißveranstaltung so zu handeln, daß es möglichst keiner merkt. Dazu braucht er unter anderem einen guten Kanzleramtsminister, der mit Überzeugung so tut, als gebe es all dieses Gezerre nicht. Vielleicht war deshalb Herr Bohl besser als Herr Hombach bislang.

Herr Prantl plädiert für mehr Direktmandate und weniger Listenplätze, um den Parteienstaat zu reformieren. Das ist sicher gut gemeint, aber schwierig zu realisieren. In Amerika müssen die Politiker in den Vorwahlen, den Primaries, sich ihren Wählern direkt stellen. Deshalb loten sie genau aus, was die Wähler wollen. Und von daher repräsentieren sie den Mainstream, die Mitte - bei uns würde man sagen: den Stammtisch. Unorthodoxe Persönlichkeiten, bunte Vögel, Querdenker haben da kaum eine Chance, aufgestellt zu werden. Es ist bei uns über die Listen immerhin noch eher möglich, daß auch einmal etwas extravagantere Typen ins Parlament kommen, die so gut wie keine Chance hätten, direkt gewählt zu werden. Da sind die Parteien mitunter vielleicht doch nicht ganz so kleinbürgerlich, wie es hier anklang.

Angesichts all dieser Fragen und Probleme: Wer soll eigentlich die geforderten Veränderungen und eine lebendigere Politik zustande bringen? Wo sind die entsprechenden Akteure, die das leisten können? Dieser Punkt wird, meine ich, zu wenig beachtet. Die großen Parteien bei uns haben ein Führungspersonal, das im wesentlichen aus den 70er Jahren stammt. Die haben nun schon über zwanzig Jahre Politik hinter sich und kennen sich aus all den vielen unendlich öden Kommissionssitzungen, wo sich immer die gleichen Leute treffen, die alle Argumente und Tricks hundertfach ausgetauscht haben. Wo sollen bei denen noch Phantasie, Kreativität und Energie herkommen?

Herr Eppler sagt: Zum Kosovo hatten wir die ganze kontroverse Debatte auf dem SPD-Parteitag. Das stimmt in der Tat. Ich bin auf diesem Parteitag gewesen, und was mir aufgefallen ist: Die meisten, die dort auftraten - ob nun für oder gegen den Kosovo-Einsatz waren die gleichen, die schon 1979 mit Helmut Schmidt für oder gegen den NATO-Doppelbeschuß stritten. Damals waren sie aber noch sehr viel dynamischer und nicht so müde und energielos wie heute nach zwei Jahrzehnten.

Eppler

Ich habe damals nicht anders als heute geredet.

Walter

Damals war ein Teil der rebellischen Kohorte - mich eingeschlossen - in naßkalten Nächten vor Brokdorf; heute zwicken Bandscheiben, Rheumatismus und all die anderen Alterswehwehchen. Das heißt, diese ganze Generation ist nicht mehr hinreichend fit, besitzt nicht mehr genügend Elan und Vitalität fürs Rebellieren.

Jede Veränderung und Reformbewegung - ob im 19. oder im 20. Jahrhundert - ist immer auch eine Jugendbewegung, die mit Sturm und Drang zu tun hat, und, wie etwa die 70-er Jahre gezeigt haben, zu Exaltationen und verrückten Ergebnissen führen kann, unter denen wir teilweise heute noch leiden, besonders an den Universitäten.

Aber das ist eine Frage der Jugend, und die spielt heute aufgrund der demographischen Entwicklung rein quantitativ immer weniger eine Rolle, zumal sehr viele junge Leute sich überhaupt nicht mehr für Politik interessieren und auch nicht zur Wahl gehen. Deshalb sind sie für die Parteien uninteressant geworden, so daß in Politik und Gesellschaft die mittlere, die Elterngeneration, absolut dominiert.

Die Älteren, die Großmütter und Großväter, fühlen sich einigermaßen sicher, weil sie im wesentlichen alles erreicht haben; von daher könnten sie etwas couragierter auftreten, ohne daß sie noch über die jugendliche Dynamik verfügen. Die Jungen könnten noch sehr viel engagierter und veränderungsfreudiger sein, weil sie noch nichts zu verlieren haben aber sie wenden sich ab und wollen mit der Politik nichts zu tun haben.

Bleibt also die mittlere, meine Generation: Wir haben Kinder in der Pubertät, die noch eine lange Ausbildungszeit brauchen; wir müssen Kredite auf Haus und Auto abzahlen und dergleichen mehr. Deshalb sind wir viel vorsichtiger, und für uns ist heute Sicherheit eine sehr wichtige Sache. Von daher neigt diese Generation der 35- bis 55jährigen, die in der Politik, in den Parteien und in der Gesellschaft den Ton angeben, nicht dazu, als wagemutige Akteure aufzutreten, die sich auf Experimente einlassen. Das ist zweifellos eine Reformbremse. Warum sollten diejenigen, die eine ganze Menge erreicht haben, auch an sozialstaatlicher Absicherung, sich nun für Veränderungen stark machen? Ich bin doch ganz zufrieden mit dem, wie es ist.

Stephan

Seltsamerweise sprechen diese 50- bis 55jährigen immer noch die Sprache der Jugendlichkeit. Da wird immer noch geenkelt und Aufmüpfigkeit demonstriert, was mir mitunter fast noch mehr auf den Wecker geht, als die resignierende Bräsigkeit, die ich in dieser Generation - der ich gar nicht mehr so fern bin - erlebe.

Da lobe ich mir Herrn Miegel, der sagt: Wir haben es mit intelligenten, selbstbewußten Bürgern zu tun, die weitgehend für ihre eigenen Belange sorgen können und die nicht andauernd von besserwisserischen Politikern, Intellektuellen, Journalisten ermahnt werden müssen, sich als Aktivbürger auszuweisen. Das klingt immer so wie "aktive Senioren über fünfzig". Das ist aber genau diese paternalistische Art und Weise, über Menschen zu sprechen, die man als Bürger und Wähler gewinnen und denen man so etwas wie politische Kultur - ein schreckliches Wort - beibringen will. Da wird dem Bürger Zivilcourage abverlangt, überhaupt all die schönen Tugenden, die es braucht, damit unser Gemeinwesen so recht blühen und gedeihen kann.

Mit solcher politischen Rhetorik entwertet man aber nicht zuletzt das Repräsentationsprinzip, das für unser politisches System konstitutiv ist. Im Grunde bekunden unsere Politiker Hilflosigkeit: Ohne euch sehen wir uns nicht in der Lage, anständig Politik zu machen. Das kommt jedoch in meinen Augen, Herr Miegel, geradezu einer Refeudalisierung der Politik gleich. Die ganze Unmittelbarkeits- und Gemeinschaftsrhetorik, die hier verbreitet wird, ist sicher auch eine Folge der Mediendemokratie, in der man sich unmittelbar ohne Vermittlungsinstanzen ans Volk wendet.

Das führt beispielsweise dazu, daß Politiker meist gar nicht mehr über die Sache und über die Verfahren der Entscheidungsfindung reden, sondern sich bemühen, Glaubwürdigkeit darzustellen: "Seht her, ich bin ein Mensch mit Tugenden und Charakter, ich habe auch ein Privatleben; ich bin nicht nur Außenminister geworden, sondern habe mich frisch verliebt - in die vierte Ehefrau." Mich macht all dies Getue geradezu wütend: "Weil ich ein so sympathischer, guter Mensch bin, müßt ihr mir glauben, daß ich die richtige, gute Politik vertrete."

Hinter solchem Verhalten spüre ich mitunter eine tiefe Unsicherheit der Betreffenden, ob das, was sie tun, überhaupt legitim ist. Das geht aber an den Kernbestand des Repräsentationssystems. Deshalb werde ich so skeptisch, wenn gefordert wird, die repräsentative Demokratie müsse durch Plebiszite und andere basisdemokratische Instrumente angereichert werden. Ich sehe darin, daß es den Politikern nicht reicht, gewählt zu werden, sondern daß sie offensichtlich noch weitere Legitimation brauchen. Dem dient auch diese moralische Indienstrafe, die den Bürger verpflichten will, nicht nur politisch zu sein, sondern auch ein besonderes Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln. Ich als Bürger muß sozusagen moralisch an der Seite meiner Repräsentanten stehen, weil sie sich sonst offenbar als nicht genügend legitimiert empfinden.

Deshalb möchte ich die Politiker hier fragen: Sehe ich das richtig, daß Sie aus solchen Legitimitätsängsten heraus zusätzliche Absicherungen brauchen? Warum gibt man sich nicht damit zufrieden, daß die Bürger und Bürgerinnen, die doch noch etwas anderes zu tun haben, die Politik an die Leute delegieren, von denen sie glauben, daß die dafür geeignet sind?

Ich bin im übrigen auch keineswegs der Meinung, daß Bundestagsabgeordnete zu viel Geld bekommen. Im Vergleich zu dem, was für Spitzenjobs in der Wirtschaft gezahlt wird, ist es eher bescheiden, was unsere Abgeordneten verdienen. Mit solcher Rhetorik entwerten wir die Politiker genauso wie mit dem Vorwurf, sie seien abgehoben. Eben dies, eine gewisse Abgehobenheit, eine gewisse Distanz zum Alltagsgeschehen, erwarte ich von den Politikern, und ich verwahre mich gegen diese Suggestion permanenter Unmittelbarkeit. Deshalb trete ich so entschieden für die Repräsentation ein.

Altmann

Was Herr Walter und Frau Stephan hier für die Politik und die politische Klasse konstatieren, übersieht, daß die von Ihnen genannten Phänomene nicht zuletzt den Zustand unserer gesamten Gesellschaft widerspiegeln. Deshalb vermisse ich die konzise soziologische Analyse, die den Begriff der Gesellschaft reflektiert. Die beschränkte Sichtweise auf die Politik macht ihre Statements zwar unterhaltend, aber letztlich wirkungslos, weil sie zu kurz greift.

Eppler

Herr Miegel sprach von monarchisch-feudalen Strukturen unseres Systems. Das dürfte, wie bei Herrn Walter deutlich wurde, wohl eher auf Großbritannien zutreffen, wo der Premierminister mit seiner satten Mehrheit hinter sich weit eher eine monarchische Position innehat als etwa der deutsche Bundeskanzler.

Ich war dreißig Jahre in der Politik aktiv und habe mich immer gefragt: Wo liegt die eigentliche Macht? Anfangs dachte ich: in der Regierung; habe aber als Chef eines kleinen Ressorts - des Entwicklungsministeriums - sehr schnell gemerkt, wie wenig Macht ich da hatte. Dann meinte ich: in Parteigremien - Parteivorstand, Parteipräsidium. Ein bißchen mehr Macht war da schon, aber auch nicht sehr viel. Der Eindruck des Monarchischen entsteht vielleicht eher von außen als von innen.

Nun war ich immer der Meinung, daß die Politikverdrossenheit eigentlich ein positives Zeichen ist, nämlich der Verdruß darüber, daß gar keine Politik stattfindet. Die Menschen sind darüber verärgert, daß die Politiker genau das nicht tun, wozu sie gewählt worden sind. Deshalb finde ich den Hinweis von Herrn Miegel so wichtig, daß Politik heute nicht nur in den dafür vorgesehenen Institutionen vonstatten geht, sondern gerade auch in der Zivilgesellschaft, und zwar sehr viel mehr als in den 50er und 60er Jahren - was im übrigen nicht mit dem gleichzusetzen ist, was Ulrich Beck Subpolitik nennt.

Ich sehe diese Gesellschaft jedenfalls wesentlich vitaler, selbstbewußter und auch politischer agieren - in dem Sinne, wie Frau Grunenberg Politik definiert hat, nämlich als Stiftung von Demokratie.

Deshalb kann ich mir effektive Politik in Deutschland überhaupt nicht mehr ohne eine vitale Zivilgesellschaft vorstellen. Zugleich weiß ich aber auch, daß die Zivilgesellschaft zwar in der Lage ist, den politischen Institutionen, also Exekutive und Legislative, Beine zu machen und auch Aufgaben von ihnen zu übernehmen, sie jedoch niemals ersetzen kann. Menschen, die sich um ihre Familie kümmern und in Vereinen aktiv sind, aufzufordern: Sorgt mal dafür, daß ihr ein ordentliches Kindergeld bekommt, kann sicher nicht gemeint sein. Solche Dinge sind Sache des Gesetzgebers und der Exekutive, aber nicht der Zivilgesellschaft.

Was ist denn nun eigentlich Politik? - nicht "richtige" Politik, Herr Vanberg; die kann es in der Tat nicht geben. Objektiv richtige Politik, das meinen nur Technokraten, daß es so etwas gibt. Politik ist immer wertendes Streiten und streitendes Werten; denn in jeder Politik sind Wertungen enthalten und eben nicht die absolute Wahrheit. Gestritten wird notwendigerweise darüber, wie Menschen leben wollen und wie sie nicht leben wollen. Auch wenn es also keine absolut richtige Politik geben kann, müssen dennoch diejenigen, die Politik machen, davon überzeugt sein, daß sie das Richtige tun.

Der Grund übrigens, warum Wissenschaftler in der Politik meistens scheitern, liegt darin, daß sie glauben, da gehe es um die Wahrheit. Politik ist für die Wahrheit überhaupt nicht zuständig - weder für die historische noch für die wissenschaftliche oder auch für die religiöse Wahrheit. Das dispensiert die Politik nicht von Wahrhaftigkeit - um das gleich hinzuzufügen. Das heißt, Politiker müssen davon überzeugt sein, daß das, was sie tun, ihren Wertungen entspricht und insofern richtig ist. Wenn Sie so wollen, gibt es also subjektiv durchaus richtige Politik, aber objektiv gewiß nicht.

Daß Politik immer auch mit Macht zu tun hat, mit Machtkalkül, dürfte genauso unbestritten sein. Hinzukommt, daß in Deutschland der Aberglaube herrscht, alles, was mit Macht zu tun hat, sei deshalb schon Politik. Das entspricht natürlich der Wirklichkeit in keiner Weise.

Ich habe vorhin die Spannung zwischen Entwurf und Realität erwähnt. Im Unterschied etwa zur Verwaltung lebt Politik ständig in der Spannung zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll. Dazwischen findet die Politik statt - ob es nun um das künftige Europa oder die Zukunft der Rentenversicherung geht.

Schon der Bürgermeister einer 7000-Seelen-Gemeinde muß eine Vorstellung davon haben, wie sich seine Stadt in den Jahren seiner Amtszeit entwickeln soll - sonst kann er in der Tat nur verwalten, aber keine Kommunalpolitik machen, die im übrigen Urform und Quelle von Politik ist.

Weil ich das Spannungsverhältnis von Realität, wie sie ist und wie sie sein soll, für das eigentliche Feld von Politik halte, bin ich so skeptisch gegen alle Utopien, die auf totale Harmonie aus sind, in der sich die Gegensätze letztlich auflösen. Das beginnt bei Thomas Morus und endet bei Karl Marx. Wo das die Zielsetzung ist, stirbt die Demokratie.

Nun werden gerade in Deutschland in der Politik immer wieder die Pragmatiker den Visionären gegenübergestellt. Ich halte das für eine völlig falsche Kontrastierung. Willy Brandt beispielsweise war ein Pragmatiker bis hinein in die Fingerspitzen, aber er hatte Ziele, er wußte, wo er hinwollte. Mitunter habe ich den Eindruck, bei uns gilt jemand als pragmatisch, der nicht weiß, was er will, der sich so durchwurstelt und die Macht nur um der Macht willen erstrebt, ohne damit irgendwelche Ziele für das Gemeinwesen zu verbinden.

Wenn ich Herrn Walter richtig verstehe, dann meint er, Politik wie ich sie jetzt charakterisiert habe, ist unter den Gegebenheiten unserer Verfassungsordnung nicht mehr möglich. Da ich das jahrzehntelang selber ausprobiert habe, glaube ich zu wissen, was geht und was nicht. Aber ich füge hinzu, was ich vor zwanzig Jahren auf einem Parteitag einmal so ausgedrückt habe: Es kommt nicht auf die Größe der Schritte, sondern auf die Erkennbarkeit der Richtung an.

Mit anderen Worten: Auch in unserem politischen System mit seinen vielen checks and balances ist es möglich, eine Politik zu machen, deren Richtung noch erkennbar ist, auch wenn die Schritte oft kläglich klein sind. Bei Willy Brandt jedenfalls haben die Menschen die Richtung erkannt.

Walter

In der Außenpolitik.

Epler

Auch in der Innenpolitik, obwohl die einzelnen Schritte durchaus kritikfähig waren. Ich bestehe deshalb auf solcher Möglichkeit von Politik, weil die Alternative die postmoderne Beliebigkeit wäre, mit der man zwar ein unterhaltsames Fernsehprogramm machen kann, aber keine Politik.

Korte

Die Wissenschaftler sind hier verschiedentlich angesprochen worden. Ich habe seit 1975 immer wieder Politikberatung betrieben. So war ich im Frühjahr 1979 zusammen mit einigen Kollegen beim Leiter des Planungsstabes im Bundeskanzleramt, Albrecht Müller, wo wir eindringlich darauf hingewiesen haben: Wenn wir mit den vielen Gastarbeitern vernünftig umgehen wollen, müssen die einen zweiten Paß erhalten, zumindest die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben können. Heute würde ich das sehr viel differenzierter sehen.

Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß die wissenschaftliche Analyse für sich gesehen noch keine Lösung beinhaltet. Das vermögen Sie schon daran zu erkennen, daß jede Partei, jeder Verband und jede Institution sich ihre Wissenschaftler engagiert, die dafür Sorge tragen, die Meinung des Verbandes oder der Partei wissenschaftlich zu untermauern und abzusichern.

Überhaupt gilt für die Inhalte von Politik, daß - abgesehen von einigen Essentials wie den Grund- und Menschenrechten - immer mehrere Möglichkeiten der Realisierung bestehen. Von daher hielte ich auch plebiszitäre Elemente für wichtig, damit das, was sich im Widerstreit befindet, möglichst klar herausgestellt wird. Zunächst einmal kommt es darauf an, die verschiedenen Optionen zu kennen - im Prinzip gibt es immer mehrere alternative Zukünfte, und wenn wir uns für eine entscheiden, dann sollten wir auch wissen, welche Konsequenzen und Nebenfolgen das haben kann. Mit jeder Analyse sind immer auch Wertungen verbunden, und darüber muß öffentlich gestritten werden.

Von daher würde ich es begrüßen, wenn sich Wissenschaftler, die Politikberatung betreiben, weitgehend auf das konzentrieren, für was sie kompetent sind, nämlich eine möglichst genaue Analyse zu erstellen. Ich habe früher nicht recht verstanden, warum Max Weber aus dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die er 1909 mitgegründet hatte, gleich wieder ausgetreten ist. Der Grund war, daß er mit den Kathedersozialisten nicht an einem Tisch sitzen wollte, die ihre soziologische Analyse ständig mit Wertungen vermischten. Ich selbst bin dem hin und wieder auch erlegen.

Für Gerechtigkeit zu kämpfen und sich für die Rechte von Minderheiten einzusetzen und dergleichen, bleibt jedem Wissenschaftler unbenommen. Aber von seiner wissenschaftlichen Analyse sollte er jenes Engagement unbedingt getrennt halten, damit deutlich wird, worum die Auseinandersetzung eigentlich geführt wird und was mit den jeweiligen Lösungen verbunden ist.

Herr Eppler möchte ich nur sagen: Die Utopien erreichen ihre Harmonie vor allem durch eine umfassende Regelungsdichte. Die Utopien von Thomas Morus oder von Campanella zeichnen sich gerade dadurch aus, daß die Harmonie durch eine strikte Kontrolle des Staatsvolkes zustande kommt. Das werden wir sicher nicht erstreben wollen.

von Weizsäcker

Frau Grunenberg hat die Politik als die Fähigkeit zur Stiftung beziehungsweise Regeneration von Demokratie definiert, und Herr Miegel hat die These vertreten, was zurück gehe, sei die staatlich verfaßte Politik, nicht aber die von selbstbewußten, kompetenten und gebildeten Bürgern vertretene Politik, die im Vergleich zu früher - Herr Eppler hat ähnlich argumentiert - stärker geworden sei.

Dieses Bild vom Bürger scheint mir jedoch mehr für die Starken als für die Schwachen zu gelten - um es vereinfacht auszudrücken. Die Kernaufgabe der Politik ist nun aber nach meinem Verständnis gerade, zwischen den Starken und den Schwachen auf einen Ausgleich hinzuwirken. Inwieweit dazu die selbstbewußten, kompetenten und gebildeten Bürger bereit und in der Lage sind, vermag ich nicht recht zu erkennen.

Herr Walter hat auf Großbritannien verwiesen, wo der Premierminister auch dann eine satte Mehrheit hinter sich hat, wenn er nur 37 Prozent der Stimmen bekommen hat ein Demokratieverständnis, das uns eher merkwürdig anmutet. Ich habe seinerzeit mit 48 Prozent der Stimmen keine Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus erhalten, während am gleichen Tag Frau Thatcher mit eben diesen 37 Prozent eine Riesenmehrheit im britischen Unterhaus bekommen hat. Wir sehen so etwas als ungerecht an, müssen aber zugeben, daß in England die Regierungsfähigkeit offenbar höher einzuschätzen ist als bei uns.

Was sich in unserem System als hinderlich für eine kohärente Politik - so nannten Sie das - erweist, ist natürlich der Koalitionszwang, der die Rücksichtnahme auf den schwächeren Koalitionspartner viel wichtiger sein läßt als die substantielle Lösung der anstehenden Sachfragen. Das macht das Regieren in der Tat sehr schwer.

Was die Plebiszite angeht, so haben wir es dabei immer mit einem Dilemma zu tun. Auf der einen Seite ist das, was mit Plebisziten angestrebt wird, durchaus legitim und sicher auch hilfreich. Auf der anderen Seite ist das Hauptproblem, daß in einer repräsentativen Demokratie nicht die Demoskopie das letzte Wort haben sollte; denn Abgeordnete werden gewählt, um voranzugehen, und nicht, um hinterherzuhinken. Und daß den Mandatsträgern im Prinzip andere Einsichten und Erkenntnisse zugänglich sind als denen, die sie ja eben deshalb gewählt haben, verpflichtet sie auch, entsprechend zu handeln und der Truppe ein Stück weit voranzugehen.

So wichtig die Demoskopie sein mag, ist sie doch zugleich ein Erzübel, weil sie die Führungsaufgabe, die aus einem Mandat erwachsen sollte, de facto konterkariert. Ich finde, diesem Punkt könnten auch die Medien mehr Aufmerksamkeit widmen und dem geeigneten Publikum die Konsequenzen deutlicher vermitteln.

Was ich für einen wirklichen Segen halte, ist die Direktwahl in der Kommunalpolitik. Das erweist sich im Freistaat Bayern seit Jahr und Tag - sonst würde die dort herrschende Partei sicher noch selbstherrlicher regieren. Insofern stimme ich Herrn Prantl zu. Was ich in der Tat als skandalös empfunden habe, war, daß in der Verfassungskommission, die nach der staatlichen Vereinigung einberufen wurde, nun wirklich der Bock zum Gärtner gemacht wurde. Selbstverständlich hätte es die Verfassung nicht auf den Kopf gestellt, wenn man die Gelegenheit genutzt hätte, den Artikel 21 zu reformieren. Warum das nicht einmal ansatzweise versucht wurde, bleibt mir unerfindlich.

Zu Herrn Korte möchte ich nur sagen: Was die Politikberatung durch die Wissenschaft angeht, habe ich stets dafür plädiert, bei uns etwas Ähnliches wie die "Royal Commissions" in England einzuführen. Das könnte der wissenschaftlichen Analyse und Erkenntnis vielleicht etwas größeres Gewicht in der Politik geben.

Nun habe ich die von Frau Grunenberg gegebene Definition von Politik so verstanden, daß sie nicht so sehr auf das Nationale, sondern mehr auf das Europäische abhebt. Das entspricht auch meinen eigenen Hoffnungen, obwohl ich zugegebenermaßen nicht recht weiß, ob die Zielsetzung der europäischen Entwicklung schon genügend selbstbewußte, kompetente und gebildete Bürger findet, die sich damit identifizieren. Aber versuchen muß man es, in dieser Richtung voranzukommen.

Wie steht es um eine europäische Verfassung? Nach der Definition von Jacques Delors, die ich teile, stellt Europa eine Föderation von Nationalstaaten dar, die mehr beinhaltet als nur ein Bündel von völkerrechtlichen Verträgen. Die europäischen Institutionen üben bestimmte Kompetenzen aus - all das, was wir kennen. Ob das aber schon ausreicht, um zu einer europäischen Verfassung zu gelangen, die den Mitgliedsländern einen ähnlichen Rang zuweist, wie das heute in der föderalistischen Bundesrepublik der Fall ist, erscheint mir doch zweifelhaft.

Ich will auch unmißverständlich hinzufügen - weil wir über den Kosovo-Konflikt ausführlich gesprochen haben: Zur Vollendung Europas gehört der Balkan genauso dazu, und wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, mit der Situation dort sei noch nie jemand fertig geworden. Der Balkan gehört zentral mit zu diesem Europa, das wir eben nicht erweitern wollen, sondern das wir vollenden müssen. Das ist nicht nur eine moralisch-historische Forderung - um etwa an Polen die zweihundertjährige Teilung wiedergutzumachen;- , sondern das liegt in unserem ureigensten Interesse und ist auch im Sinne der Entwicklung der Demokratie.

In diesem Zusammenhang noch ein kurzes Wort zu dem empfindlichen Thema der "Outof-area"-Einsätze. Ich halte es in der Tat langfristig für unvermeidlich, daß sich die Demokratien darauf einstellen müssen, mit ihren Streitkräften mehr zu tun, als nur ihr eigenes geographisch definiertes Territorium zu verteidigen. Die Vorstellung jedenfalls: Da die Weltorganisation UNO und ihre regionale Unterorganisation OSZE mit den "Out-of-area"-Herausforderungen nicht zu Rande kommen, muß jetzt die NATO als die einzige Institution, die über die nötigen Machtmittel verfügt, selbst und alleine entscheiden, sich also anstelle der UNO einfach selbst das Mandat bewilligen, kann wirklich keine Lösung sein.

Das ist aber eine sehr schwierige Frage auch für Politiker und Völkerrechtler. Dennoch bin ich der Meinung, hier sind ebenso die kompetenten und gebildeten Bürger gefragt, die sich jedenfalls entschiedener bei diesem Thema zu Wort melden als bei fast allen anderen Fragen, die auf der europäischen Agenda stehen. Darin zumindest sehe ich eine Chance, daß die gegenwärtige Krise den Bürger veranlaßt, nicht einfach gleichgültig beiseite zu sehen, sondern sich für ein

Demokratieverständnis aufzuschließen, wie es Frau Grunenberg, wie ich finde, eindrucksvoll dargelegt hat. Und ich stimme ihr voll zu: Diesen Weg müssen wir europäisch suchen und finden.

Limbach

Damit kein Mißverständnis entsteht, Herr von Weizsäcker: Ich habe hier nicht für eine europäische Verfassung plädiert, sondern mich auf die Frage von Frau Grunenberg eingelassen: Was ist die Demokratie uns wert? In dem Zusammenhang weise ich daraufhin, daß die gegenwärtige Diskussion um eine europäische Verfassung zeigt: Die Werte, über die in Europa offensichtlich eine grundsätzliche Einigkeit besteht, sind Menschenrechte, Demokratieprinzip, Gewaltenteilung und Kontrolle der Macht. Ich denke, das bewegt sich in die gleiche Richtung, die Sie zum Schluß angedeutet haben.

Engert

Sie sagen, Herr von Weizsäcker, die Abgeordneten werden gewählt, um voranzugehen und nicht um hinterherzuhinken. Wird nicht genau an diesem Punkt die Krise des Repräsentationssystems überdeutlich - nicht nur in den Parteien, sondern auch in den anderen Institutionen? Den Protagonisten ist diese Krise auch durchaus bewußt. Sie klagen immerwährend, die Politik werde in Talk-Shows auf reine Unterhaltung reduziert und die sachliche Argumentation bleibe dabei auf der Strecke.

von Weizsäcker

Nicht nur in Talk-Shows.

Engert

Daß die Politiker sich aber gerade um die Medienpräsenz so sehr bemühen, scheint mir ein Indiz dafür zu sein, daß die Repräsentanten nach Surrogaten Ausschau halten, weil sie meinen, anders ihr Publikum nicht mehr erreichen zu können. Deshalb nutzen sie jede Chance, in die mediale Öffentlichkeit zu gelangen - egal wo und mit wem sie auftreten.

Alle Großorganisationen, die Parteien eingeschlossen, sind mit erheblichen strukturellen Veränderungen konfrontiert und stellen sich angesichts des Mitgliederschwundes die Frage, wie sich die Willensbildung neu organisieren läßt. Wenn hier überkommene Strukturen zusammenbrechen, stehen wir vor einer grundlegenden Veränderung des traditionellen Parteiensystems.

In diesem Zusammenhang zeigt sich in Ostdeutschland, daß die alten Westparteien, CDU wie SPD, unzureichend verankert sind. Die PDS dagegen, die ich geradezu als eine Wohlfahrtsorganisation bezeichnen würde, gibt den Menschen etwas, das ganz wichtig für sie ist, nämlich Lebenshilfe in all den Dingen, in denen sie sich schwer zurechtfinden - vom Rentenantrag bis zu Mieterstreitigkeiten. Das führt dazu, daß heute auch Leute diese PDS wählen, die zu DDR-Zeiten mit der SED überhaupt nichts am Hut haben wollten. Die Westparteien sind offensichtlich weder bereit noch in der Lage, solche Lebenshilfe zu leisten.

Surrogate werden gesucht. Und werden sie präsentiert, dann werden sie auch konsumiert. Da läßt ein niedersächsischer Ministerpräsident die Trennung seiner Ehegemeinschaft über die Staatskanzlei offiziell bekanntgeben. Und im letzten Bundestagswahlkampf trat in Berlin Herr Schlingensief mit seiner Partei 2000 auf: Vater, Vater, ich will mein eigener Vater sein - die Leute haben sich köstlich amüsiert. Das heißt, die Menschen erwarten auf der einen Seite konkrete Lebenshilfe und auf der anderen Seite Unterhaltung pur.

Bedeutet dies eine grundlegende Veränderung des Repräsentationssystems, weil den Parteien ihre Basis verlorengelht und die Bürger nach anderen Formen der Identifikation suchen? Die Parteien werden jedenfalls als Autoritäten immer weniger wahrgenommen und entwickeln sich zu Wahlvereinen, bei denen sich die Macht dann mehr und mehr auf Mandatäre, auf die Fraktionen konzentriert. Aber was tritt dann an die Stelle des alten Repräsentationssystems?

Duve

Ich denke, die Zweiteilung von Parteiendemokratie und Direktmandat funktioniert bei uns recht gut, so daß ich nach dem englischen System keine Sehnsucht habe.

Was ich befürchte, ist eine Amerikanisierung unseres Parteiensystems ohne den Hintergrund der amerikanischen Demokratiegeschichte. Politik wird für die meisten Menschen nur noch über das

Fernsehen wahrgenommen. Daß sich die Leute wie früher mindestens einmal in der Woche abends treffen, findet kaum noch statt, weil jeden Abend irgendeine Serie läuft, die sie nicht verpassen wollen. Das heißt, das Fernsehen hat die Lebensformen und damit die Sozialstruktur entscheidend verändert.

Was ich mit Amerikanisierung von Politik meine, illustriert vielleicht eine kleine Geschichte: Auf Einladung des damaligen Gouverneurs von Kalifornien hielt ich Anfang der 80er Jahre dort einige Vorträge, in denen ich darlegte, warum wir in Deutschland gegen weitere Aufrüstung sind, und der Gouverneur hat mich mehrfach gefragt: Wer bezahlt eigentlich in Deutschland Ihre Fernsehauftritte? Das heißt, in Amerika müssen viele Politiker dafür bezahlen, wenn sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden wollen. Dafür brauchen sie Sponsoren, und es ist klar, daß sie die nicht öffentlich kritisieren können auch wenn sie vielleicht nicht all das tun müssen, was von ihnen erwartet wird. Das ist im übrigen einer der Gründe dafür, warum in den USA bisher keine Limitierung des Schußwaffenverkaufs durchsetzbar war.

Ein weiterer Punkt hängt ebenfalls mit dieser Finanzierung von Politik zusammen: Amerikanische Politiker müssen einen Tag nach der Wahl damit beginnen, ihren nächsten Wahlkampf zu organisieren, das heißt die Finanzierung sicherzustellen. Deshalb können für sie Fragen, die die künftige Struktur ihres Landes betreffen, kaum relevant sein, sondern sie müssen vor allem daraufhören, was ihre Wähler von ihnen wollen, damit sie wiedergewählt werden. Da lobe ich mir unser System in der Bundesrepublik, das in diesen fünfzig Jahren recht gut funktioniert hat.

Die Herausforderung, die ich für uns sehe, ist, die zweifellos notwendigen Veränderungen hinzubekommen, ohne der Amerikanisierung anheimzufallen.

Und ich wiederhole: Wir brauchen in Europa unbedingt einen gemeinsamen nichtvölkischen Bürgerbegriff, wenn wir mit den Krisen fertig werden wollen, die wir gegenwärtig erleben - siehe Kosovo - oder noch vor uns haben.

Meckel

Ich gehöre zu denen, die das, was ich an deutscher Demokratie seit zehn Jahren erlebe, als außerordentlich positiv empfinden und unser System mit keinem anderen eintauschen möchten. Das gilt auch für unsere Form des Verhältniswahlrechts. Ich bin in einem ländlichen Bereich im Norden Berlins dreimal hintereinander gewählt worden, mit einem Ergebnis, das deutlich vor meiner Partei lag. Das verschafft mir auch einen gewissen Freiraum gegenüber der Partei, den ich gern nutze. Listenwahl und Direktmandat, daran möchte ich nichts ändern.

Auf der anderen Seite bin ich 1990 entschieden dafür eingetreten - Herr von Weizsäcker hat diesen Punkt angesprochen;- , daß sich das vereinte Deutschland eine neue Verfassung gibt, die ja keineswegs eine totale Revidierung des Grundgesetzes bedeutet hätte. Ich halte es nach wie vor für einen großen Fehler, daß diese Möglichkeit nicht genutzt wurde, während die Verfassungskommission in der Tat nur ein sehr kleines Ei gelegt hat.

Es ging also nicht darum, alles ganz anders zu machen, sondern nach der Vereinigung einen gewissen Neuanfang für alle Deutschen bewußtzumachen - nachdem es in der alten Präambel ja deutlich formuliert war, daß das damalige Grundgesetz geschaffen wurde, "um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit (bis zur Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands) eine neue Ordnung zu geben". Ich bin sicher, dafür hätte sich auch in einem Plebiszit eine große Mehrheit gefunden.

Allerdings bin ich inzwischen in der Frage von Plebisziten doch recht skeptisch geworden, obwohl ich mich seinerzeit für mehr plebiszitäre Elemente ausgesprochen habe. Mein Eindruck ist, daß die Politik immer dann auf Plebiszitäres zurückgreift, wenn sie zu feige ist, selbst eine Entscheidung herbeizuführen. Das galt auch für die SPD mit ihrer Mitgliederbefragung, wer denn nun als Vorsitzender gewünscht werde. Damit entzieht man sich der Verantwortung für die eigene Entscheidung.

Im übrigen will ich deutlich sagen - das mag vielleicht eher konservativ klingen;- , daß die Parteien nach wie vor eine Säule der Zivilgesellschaft sind. Das trifft besonders für Ostdeutschland zu. Gerade die kleinen Ortsvereine sind unverzichtbar, wenn es darum geht, Menschen zu ermutigen, an der Gestaltung von Politik, vorzugsweise der Kommunalpolitik, mitzuwirken. In ganz Ostdeutschland haben alle Parteien zusammengenommen keine 200 000 Mitglieder. Die Basis, auf der die Parteien agieren, ist also ausgesprochen dünn. Das hängt natürlich wesentlich mit den ostdeutschen Erfahrungen mit der kommunistischen Partei zusammen und gilt genauso für die Parteien in unseren östlichen Nachbarländern. In der Hinsicht müßte vieles verändert werden.

In der Tat haben wir in den Parteien in den letzten zehn Jahren erlebt, daß das eigentlich Politische kaum noch zum Tragen kommt. Zentrale Themen, die für die Gesellschaft von großer Bedeutung sind, werden in den Parteien so gut wie gar nicht mehr diskutiert. Ich denke etwa an die Öffnung der NATO. Darüber hat es in der SPD-Bundestagsfraktion keine wirkliche Debatte gegeben, was ich für außerordentlich problematisch halte.

Paqué

Frau Stephan hat zu Recht gesagt, für die Bürger gäbe es Wichtigeres als Politik; deshalb delegieren sie Aufgaben an gutbezahlte, kompetente, selbstbewußte Volksvertreter. Ich sehe auch keine wirkliche Alternative zu einer politisch legitimierten Willensbildung in den Parteien, die - ungeachtet aller Auswüchse, die es sicher geben mag - nun einmal die dafür vorgesehenen Organe in unserer Gesellschaft sind. Und von den Politikern wird erwartet - auch das läßt sich durch Umfragen gut belegen;- , daß sie als kompetente Manager wirken und ihre Sache gut machen.

Was das Plebiszit angeht, teile ich die Meinung von Herrn Meckel, daß dies häufig nur dazu dient, einer Entscheidung auszuweichen. Natürlich ist die Frage berechtigt, ob es bei zentralen Weichenstellungen - zum Beispiel bei der Einführung des Euro - nicht angebracht wäre, diese durch ein Plebiszit bestätigen zu lassen. Aber die Vielzahl mehr technischer Fragen sollte in der Tat operativ von der zuständigen politischen Instanz gelöst werden. Viele Menschen, die sich engagieren, tun dies ehrenamtlich beispielsweise für kulturelle oder soziale Aufgaben. Das ist auch sinnvoll, soweit sie nicht einen wirklich politischen Impetus haben.

Das klare professionelle Verständnis des Politischen, das ich befürworte, impliziert zugleich die Entpolitisierung von Institutionen, die ihre Aufgabe besser außerhalb der Politik erfüllen. Ein Beispiel dafür ist die Deutsche Bundesbank beziehungsweise jetzt die Europäische Zentralbank, deren Unabhängigkeit in der Bevölkerung voll anerkannt ist aufgrund ihrer langanhaltenden Erfolgsgeschichte. Diese Verlagerung bestimmter Aufgaben aus dem politischen Raum heraus ist keineswegs undemokratisch, sondern folgt der Erkenntnis, daß diese Aufgaben besser von kompetenten und entsprechend legitimierten Experten erledigt werden. Auch die Bank of England hat inzwischen ein hohes Maß an Unabhängigkeit gewonnen, was zeigt, daß sich selbst ein Land, in dem die demokratische Kontrolle über das Parlament besonders hoch eingeschätzt wird, zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat.

Beim Thema Wahlrecht würde ich das Plädoyer von Herrn Prantl für ein Mehrheitswahlrecht doch sehr in Frage stellen.

Prantl

Das war überhaupt nicht meine Intention.

Paqué

Sie haben zumindest für eine Reform in Richtung eines Mehrheitswahlrechts plädiert.

Das Beispiel England zeigt sicherlich, daß dort politische Richtungsentscheidungen sich schneller und radikaler durchsetzen lassen. Aber es gibt auch Länder, wie die Niederlande oder Dänemark, die mit einem geradezu puristischen Verhältniswahlrecht wichtige Reformprojekte durchgesetzt haben. Vom Wahlrecht allein kann also die politische Handlungsfähigkeit nicht abhängen.

In gewisser Weise fordert ein Mehrheitswahlrecht sogar eine starke Repräsentanz von Partikularinteressen. Ich denke etwa an den Kohlebergbau im Ruhrgebiet, der eine starke lokale politische Lobby hat, und die dort gewählten Bundestagsabgeordneten müssen natürlich die Partikularinteressen ihrer dortigen Wähler vertreten. Durch ein Mehrheitswahlrecht, das die kleinen Parteien ausschalten würde, kämen die regionalen Partikularinteressen sicherlich noch stärker zur Geltung. Denn die kleinen Parteien bilden in dieser Hinsicht eher ein politisches Gegengewicht.

Limbach

Ich denke, das müßten Sie wohl etwas näher erklären, Herr Paqué.

Paqué

Ich nenne als Beispiel die Grünen, die eine alternativ-ökologische Grundstimmung einer Generation politisch vertreten, denen man aber bestimmt nicht die Aufrechterhaltung des Kohlebergbaus im Ruhrgebiet oder anderer spezifisch regionaler Interessen nachsagen kann. Ähnliches gilt für die

F.D.P., die vielleicht die Interessen von Teilen des Bildungsbürgertums repräsentiert, nicht aber regionale Interessen vertritt. Dafür sind weit mehr die Parteien verantwortlich, die auf Direktmandate rekurren.

Prantl

So wie hier der Begriff des Plebiszits verschiedentlich interpretiert wird, reden wir von ganz unterschiedlichen Dingen. Mit Plebiszit meine ich nicht irgendwelche Absicherungsmechanismen mittels derer sich entscheidungsschwache oder unsichere Politiker rückversichern wollen, wie das schon bei Frau Stephan anklang. Wenn hier von Mitgliederbefragungen in der SPD oder der FDP die Rede war, mit denen sich die politische Führung um eine innerparteiliche Entscheidung drücken wollte, indem es sie auf eine andere Ebene verlagerte - darum geht es in unserem Kontext überhaupt nicht. Sondern das Plebiszit soll gerade Entscheidungen, die anders nicht getroffen werden, nachdrücklich einfordern.

Sehen Sie sich das Plebiszit in Bayern an, mit dessen Hilfe Dinge auf den Weg gebracht wurden, die sonst gar nicht zustande gekommen wären. Gerade Bayern bietet mit Volksbegehren und Volksentscheiden gute Beispiele dafür, daß Entscheidungen gefällt werden, die sonst nie und nimmer getroffen worden wären. Von diesem Plebiszit rede ich und nicht von Mitgliederbefragungen in Parteien.

Roß

Herr Miegel hat das Verhältnis zwischen dem Politischen und dem Staatlichen angesprochen. Ich meine, beides kann man nicht so weit voneinander abkoppeln, wie er es nahelegt. Dahinter steht offenbar die Hoffnung, das, was an staatlicher Steuerungs- und Entscheidungskompetenz verlorengeht, werde nun von dieser famosen Zivilgesellschaft - ein Wort, das man sich allmählich auch übergehört hat - übernommen, und die selbstbewußten und entscheidungsfähigen Bürger nähmen alles selber in die Hand.

So sehr man eine größere Regsamkeit in dieser Hinsicht begrüßen mag, es gibt eine Reihe von politischen Aufgaben, die nach wie vor nur staatlich erledigt werden können. Denn das zivilgesellschaftliche Engagement weist nicht die erforderliche Stetigkeit auf und kann auch nicht das Maß an Macht entwickeln, das notwendig ist, um weiterreichende Entscheidungen zu fällen. Politik muß sich gegenüber hochorganisierten weiträumig agierenden Interessengruppen behaupten können. Da geht es nicht um Initiativen für einen Kindergarten in der Nachbarschaft.

Ich halte es also für irrig zu meinen, das Politische könne in wesentlichen Aufgabenfeldern anders als staatlich wahrgenommen werden. Dann erfindet man noch eine Art Zivilisationstheorie hinzu, derzufolge dies ein weiterführender Schritt aus dem Absolutismus heraus ist. Während wir auf der europäischen Ebene mitunter dazu neigen, das Politische ein wenig zu hoch, eben supranational, anzusiedeln, wird es im lokalen und regionalen Raum manchmal zu niedrig, zu basisnah und bürgerinitiativ gehandelt. Dabei wird übersehen, daß zivilgesellschaftliche Engagements die Tendenz zur Flüchtigkeit haben.

Ulrich Beck erwähnt in diesem Zusammenhang das Brent-Spar-Beispiel. Da wurde ein Ereignis mit ungeheurem Medienengagement hochgepusht - was ja auch wieder eine Form der Abhängigkeit darstellte, die man gerade vermeiden will. Und wir haben erlebt, wie schnell die Sache wieder in sich zusammenfiel, als das Medieninteresse nachließ. Da weist der Staat bei all seinen Schwerfälligkeiten doch gewisse Vorzüge auf, und man sollte sich dreimal überlegen, was man dafür eintauscht, wenn man auf andere Instanzen setzt.

Was das Plebiszit angeht, habe ich zwar auch keine großen Erwartungen, denke aber, daß dies zu einer gewissen Revitalisierung des Politischen beitragen könnte. Plebiszitäre Elemente, die bestimmte Stimmungen widerspiegeln, gibt es in unserer Öffentlichkeit durchaus mit politischer Wirksamkeit. Durch die Medien, insbesondere das Fernsehen, werden Stimmungen erzeugt, die die Politik unter Druck setzen können. So etwas hat ja ebenfalls plebiszitären Charakter, auch wenn es dabei nicht um konstitutionelle Verfahren geht.

Deshalb glaube ich nicht, Frau Stephan, daß das Plebiszit die Gefahr schädlicher Unmittelbarkeit in sich birgt. Es ist vielmehr der Versuch, dem politischen und staatlichen System wieder neue Energien zuzuführen, und zwar in geregelter Form. Es geht eben nicht nur um irgendwelche Bürgerinitiativen, sondern die Energien, die in solchen Bürgerinitiativen stecken, sollen in einer verfaßten Form aktiviert werden. Das läßt sich gewiß nicht ständig inszenieren; aber ich sehe darin eine der wenigen Möglichkeiten, den Staat von außen zu mobilisieren, die man nicht ungenutzt lassen sollte.

Das Plebiszitäre könnte auch den Verfall des Parlamentarischen ein wenig kompensieren, von dem ich den Eindruck habe, daß es gegenwärtig die geringste öffentliche Akzeptanz in unserem politischen System genießt. Das Ansehen der Regierung ist nach wie vor sehr hoch, zumal in Deutschland, auch wenn sie ihr Amt nicht immer gerade kraftvoll und überzeugend ausübt. Auch die Parteien scheinen ungeachtet allen Geschimpfes immer noch relativ stark in der Bevölkerung verankert zu sein. Das Parlament dagegen ist offenbar das schwächste Glied in unserer Demokratie - auch wenn es besser ist als sein Ruf. Das Repräsentationsprinzip steckt in Schwierigkeiten; und vielleicht bietet mehr direkte Demokratie einen Ausweg.

Miegel

Einen so abwegigen Satz: Der Staat solle durch die Zivilgesellschaft ersetzt werden, habe ich gewiß nicht in den Raum gestellt, Herr Roß. Das würde ich für eine geradezu absurde Position ansehen. Was ich gesagt habe, war: Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft verschiebt sich, und ich würde einen Rückgang des Politischen im staatlich verfaßten Bereich nicht mit dem Verlust des Politischen an sich gleichsetzen. Selbstverständlich gibt es in unserer Gesellschaft eine Fülle von Aufgaben - unter anderem der Ausgleich zwischen den Starken und den Schwachen, Herr von Weizsäcker;- , die eine genuin staatliche Funktion sind. Ich wehre mich nur dagegen, die Reduktion des staatlich verfaßten Politischen larmoyant zu beklagen.

Schlie

Sie sagen, Herr Miegel, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft verschiebt sich, und Herr Engert hat gefragt: Was tritt an diese Stelle? Wir stellen auch in dieser Diskussion fest, daß es leichter ist, einen Sachverhalt zu beschreiben, als Lösungen zu finden. Mein Eindruck ist zumindest, daß die hier angebotenen Rezepte eher an vertrauten Instrumenten festhalten. Über Plebiszite oder Wahlrechtsänderungen wurde jedenfalls bereits in der Vergangenheit lang und breit debattiert.

Herr Eppler erwähnte, was er auf dem SPD-Parteitag vor zwanzig Jahren gesagt hat und daß die "Anything-goes"-Beliebigkeit Politik in der bisherigen Form nicht mehr möglich macht. Aber genau das ist doch das Problem. Das Schielen auf die Medien - Herr Engert sprach von Surrogaten;- , die Präsenz von Politikern in Talk-Shows ist doch Ausdruck dieses Dilemmas, daß die Überschaubarkeit verlorengegangen ist und die Politik die Menschen nicht mehr in der herkömmlichen Weise ansprechen kann.

In der ganzen politischen Klasse, nicht nur in den Parteien, macht sich eine Tendenz zum Technokratischen hin bemerkbar. Technokraten können zwar Fortschritte bringen, aber keinen Glauben stiften. Von daher versteht sich vielleicht die Politisierung jenseits der Politik, die Frau Stephan erwähnt hat. Die Orientierungslosigkeit betrifft im übrigen nicht nur die Politik.

Innerweltliche Transzendenz, Frau Grunenberg, und Sinnstiftung, das ist etwas, was die Politik nicht leisten kann, sondern das gehört in den Bereich des Religiösen. Damit wäre die Politik entschieden überfordert. Unser Verständnis der repräsentativen Demokratie hängt sehr eng damit zusammen, welches Staatsverständnis und welches Geschichtsbewußtsein wir haben. Das ist aber nicht zuletzt eine Frage der Bildung und des Bildungskanons, die darüber mitentscheiden, was wir in unserer Gesellschaft tradieren.

Hensche

Zweifellos gibt es in diesem Lande eine größere Schicht hochqualifizierter, kompetenter, souveräner Bürger. Wir sollten jedoch nicht übersehen, daß eine mindestens ebenso große, tendenziell wachsende Anzahl von Menschen ausgegrenzt sind. Die meisten Arbeitslosen haben nicht das Selbstbewußtsein und auch keine Chance, eigene Initiativen zu entfalten. Und viele von denen, die noch Arbeit haben, fürchten sich vor Kündigung und Entlassung. Auch denen geht ein Stück ihrer Souveränität und ihres aufrechten Gangs verloren. Ich denke, dieser Aspekt sollte nicht einfach unter den Tisch fallen. Hinzu kommt, daß gerade die Arbeitslosen immer mehr das Gefühl haben: "Meine Sache wird im politischen Getriebe nicht verhandelt." Viele Menschen sehen sich jedenfalls in ihren Sorgen und Nöten überhaupt nicht angesprochen.

Ich gehe auch nicht davon ab, Herr Miegel, daß staatlich verfaßte Politik nach wie vor unverzichtbar ist. Was ich indes sehe, ist, daß die politischen Entscheidungsträger gesellschaftliche und soziale Veränderungen häufig zu spät oder überhaupt nicht wahrnehmen. Dabei geht es nicht vornehmlich um Entscheidungen, sondern um einen Willensbildungsprozeß, der eine möglichst breite Teilhabe zuläßt, die den Menschen das Bewußtsein vermittelt, daß sie tatsächlich etwas bewegen können und daß sie nicht nur durch scheinbare Beteiligung veralbert werden.

Ich will in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften nicht aussparen - um nicht immer nur die Schuld bei anderen zu suchen. Ich sage das jetzt sehr verkürzt und zugespitzt: So, wie die Gewerkschaften ihr Geschäft betreiben, orientieren sie sich vornehmlich an den Facharbeitern der industriellen Großbetriebe. Um uns herum entsteht jedoch seit langem eine soziale Wirklichkeit, die ganz andere Lebensplanungen und Erwerbsbiografien, die andere Hoffnungen, Erwartungen und Nöte, etwa in der jungen Generation, zutage treten läßt. Das wird in den Gewerkschaften zu wenig reflektiert. Während wir nach wie vor an einer bestimmten Interessenartikulation festhalten, die auch das alltägliche gewerkschaftliche Leben prägt, werden diejenigen, die vielleicht morgen schon die Mehrheit bilden, mehr oder weniger ausgeblendet. Diese Erscheinung, daß uns gleichsam die Verhältnisse davonlaufen, scheint mir nicht nur ein Problem zu sein, mit dem sich die Gewerkschaften konfrontiert sehen.

Deshalb halte ich es für notwendig, nach neuen Wegen und Verfahren Ausschau zu halten, um aufkommende Probleme, Interessen, Bedürfnisse besser wahrnehmen zu können. Dafür dürften in der Tat plebiszitäre Elemente, wie Herr Prantl sie vorgeschlagen hat, unverzichtbar sein, nicht zuletzt, um den Sachwaltern der organisierten Interessen Beine zu machen. Natürlich sind Gewerkschafter tief beunruhigt, wenn am Rande neue Organisationen entstehen, die sich ebenfalls um unsere Klientel bemühen. Aber solche Konkurrenz ist für mich auch ein deutliches Zeichen dafür, daß wir bestimmte Entwicklungen nicht genügend beachtet haben. Hier können plebiszitäre Elemente außerordentlich hilfreich sein.

Des weiteren sollten Nichtregierungsorganisationen, Gruppierungen außerhalb der Parteien, Interessengruppen, Bürgerinitiativen eine Rolle spielen. Wie werden deren Interessen in der Öffentlichkeit beachtet, beispielsweise von den Medien? Auch solche Initiativen könnten den festgefügt politischen Betrieb auf Trab bringen.

Zechlin

Ein Ergebnis unserer Diskussion ist für mich die Rückbesinnung eigener Grundpositionen. Zwei Grundpositionen sind mir erneut bewußt geworden.

Zum einen: Wir leben nicht in einer idealen Welt; Lösungen ohne Widersprüche gibt es nicht. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von der Knappheit; die Kirche, wenn ich es richtig sehe, von der Erbsünde. Von dieser Grundposition aus kann es bei Lösungen, um die wir uns bemühen sollten, nur darum gehen, politische Alternativen für Entscheidungen zu entwickeln und nicht nach der einen idealen Lösung zu suchen. Es gibt sie nicht.

Zum anderen: Ich lebe mit der Grunderfahrung meiner Generation. Wenn ich über Demokratie diskutiere, tue ich dies stets vor dem Hintergrund der erlebten Diktatur und der erlebten zentralen Verwaltungswirtschaft. Von daher bin ich natürlich auch gegen monarchisch-feudalistische Strukturen, die keine zeitliche Begrenzung für die Regierung vorsehen, wie es Herr Miegel andeutete. Ich halte es mit Karl Popper: Demokratie ist eine Herrschaftsform auf Zeit, die den Vorteil hat, daß man die gewählten Politiker auch wieder loswird - und zwar unblutig, wie Popper hinzufügt.

Was die plebiszitären Elemente angeht, würde ich mir wünschen, daß sie besonders auf kommunaler und Landesebene zum Tragen kommen. Dort lassen sich nach meiner Erfahrung Dinge bewegen, ohne allzusehr von verzerrender Demoskopie und Demagogie abhängig zu sein. Auf Bundesebene hätte ich eher Bedenken.

Miegel

Ich möchte nur richtigstellen, Herr Zechlin: Ich habe nicht von Strukturen, sondern von Formen gesprochen. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied.

Grunenberg

Zum Plebiszit will ich nur anmerken, daß die politischen Denker von jeher zu Recht auf die Launenhaftigkeit des Volkes hingewiesen haben. Mit der Vorstellung vom Volk als eines Souveräns, der strategisch kühl abwägt, hätte ich also erhebliche Probleme. Das sollte mit bedacht werden, wenn man sich für Plebiszite stark macht.

Des weiteren würde ich zwischen staatlicher Regulierung beziehungsweise Verwaltung und dem Politischen unterscheiden.

Was mir in dieser Diskussion auffällt, ist, daß über Gesellschaft, Politik und das Politische stets in einem reinen Binnenverhältnis gesprochen wird. Angesichts des Krieges auf dem Balkan, der jetzt ins

neunte Jahr geht, hat das für mich fast biedermeierliche Züge. Ich frage mich, ob unserem Politikbegriff nicht eben diese Spannung zwischen dem Innen und dem Außenverhältnis fehlt.

Bei Herrn Vanberg hatte ich den Eindruck, daß er allzu säuberlich zwischen den eigentlichen Kernbereichen von Demokratie und der Außenpolitik unterscheidet. Wenn man so argumentiert, bleibt das, was auf dem Balkan geschieht, außerhalb unseres Horizonts. Demokratie wäre dann das, was bei uns im Inneren stattfindet.

Von daher ist für mich auch der Inklusionsbegriff nicht nur für die Binnensituation relevant. Das, was an notwendiger politischer Gestaltung in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien geschehen muß, kann nicht vordergründig als Aufnahme neuer Staatssubjekte in eine bereits bestehende Einheit Europa gesehen werden. Es müßte auch als Prozeß verstanden werden, in dem unterschiedliche, wenn nicht konträre politische Kulturen beziehungsweise Zivilisationen miteinander kommunizieren.

Herr von Weizsäcker hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es nicht nur darum gehen kann, einer bürgerlichen Mittelklasse oder Elite stärkere Teilhabe zu offerieren, sondern auch den Schutz der Schwachen nicht aus dem Auge zu verlieren. Ich denke, gerade das Spannungsverhältnis zwischen dem selbstbewußten seiner selbst mächtigen Bürger und jenen anderen, die es zu beschützen und zu befürsorgen gilt, muß überdacht werden. Dazu gehört auch der aktive Schutz von Minderheiten.

Mit einem bloß sozialen Verständnis des Bürgers werden wir dabei nicht weit kommen. Es geht nicht nur darum, für die Menschen, die aus dem Arbeitsleben herausfallen, eine soziale Grundversorgung sicherzustellen, sondern sie neu zu befähigen, sich Wissen anzueignen und initiativ in dem Sinne zu werden, daß sie in der Lage sind, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das ist keine Armenfürsorge im alten kirchlichen Verständnis, um die Armen irgendwie ruhigzustellen, sondern es geht mit darum, Potentiale zu erschließen, die wir in unserer Gesellschaft dringend benötigen.

Leutheusser-Schnarrenberger

Welche Verfahren und Prozesse sind geeignet, um eine entsprechende politische Bewußtseinsbildung und bestimmte Überzeugungen in breiten Teilen der Gesellschaft zu fördern? Wenn es etwa um die Zukunft Europas geht, um die Stiftung einer europäischen Identität, dann dürfte von entscheidender Bedeutung sein, daß die Politik in der Lage ist, eine Vorstellung zu entwickeln, wie das zukünftige Europa aussehen könnte, also eine Art Leitbild oder Vision, ohne die ich mir einen solchen Prozeß nicht erfolgreich denken kann. Wollen wir einen Bundesstaat Europa oder eine andere Form der Föderation? Zu einem solchen Leitbild müßte sich die Politik verbindlich erklären. Um darüber dann eine politische Debatte in Gang zu bringen, dazu bedürfte es geeigneter Verfahren und Strukturen.

Ganz sicher geht es dabei auch um eine Verfassungsdebatte, um die Identität dieses Europa im Sinne von Frau Grunenberg näher bestimmen zu können. Wollen wir mit anderen Worten Europa mehr vom Völkisch-Ethnischen oder mehr vom Kulturellen her verstehen? Müssen wir eine Art Verfassungspatriotismus auf europäischer Ebene propagieren, und welche Verfahren und Prozesse müßte die Politik inszenieren, um ein solches Ziel zu erreichen? Brauchen wir etwa einen Verfassungskonvent oder einen Parlamentarischen Rat? Wie soll ein derartiges Gremium besetzt werden? Das können zweifellos nicht nur Politiker sein, die stets eifersüchtig darüber wachen werden, daß sie keinen Machtverlust erleiden. Deshalb ist eine solche Aufgabe, die die richtigen Verfahren betrifft, nicht auf die Politik beschränkt, sondern müßten auch auf andere Bereiche Einfluß nehmen.

Das Bild von Europa und eine europäische Identität und Verfassung, das sind Fragen, die sich nicht einfach festlegen lassen, sondern die sich in einem Prozeß entwickeln müssen, für den aber die Weichen zu stellen sind, damit eine bestimmte Richtung überhaupt verfolgt werden kann. Zu meinen, das werde sich schon von ganz alleine entwickeln, ist sicher eine irriige Annahme.

Limbach

Daß Demokratie eine offene und risikoreiche Staatsform ist, ich denke, das hat unsere Diskussion gezeigt; und es hat sich auch bestätigt, worauf Frau Grunenberg zu Beginn eindringlich abgehoben hatte, daß nämlich das Politische die Fähigkeit beinhalten muß, Demokratie immer wieder neu zu stiften und über ihre Regeneration nachzudenken.

Der Wandel ist das Gesetz des Lebens. Deshalb provoziert nicht nur Unzufriedenheit ein stetes Nachdenken über die Bedingungen von Demokratie, sondern schon der Tatbestand, daß nicht allein die wirtschaftliche Entwicklung die Staaten in einem nie zuvor gekanntem Maße wechselseitig voneinander abhängig macht. Das heißt, sie sind auf Kooperation angewiesen. Das hat uns dazu geführt, Frau Grunenberg darin zu folgen, daß wir uns über die künftige Gestalt von Europa eingehendere Gedanken machen.

Das ist hier von verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet worden. Dabei waren wir uns eher darin einig, daß wir uns nicht an alten Konzepten von Staatlichkeit orientieren sollten, als etwa darin, wie das neue Konzept für Europa aussehen könnte. Unverzichtbar erschien jedoch allen, daß das demokratische Prinzip auch auf supranationaler Ebene in irgendeiner Weise organisiert werden muß. In dem Zusammenhang hat Frau Grunenberg auch die Frage nach der innerweltlichen Transzendenz gestellt.

Nach 50 Jahren Grundgesetz ist es wohl nicht weiter verwunderlich, wenn viel von Integration die Rede war. Doch so umstritten Rudolf Smend auch sein mag, soviel haben wir von ihm gelernt, daß für ein funktionierendes Zusammenspiel der unterschiedlichen politischen Kräfte die Zustimmung und Anteilnahme der Bürger wichtig ist, um die Stabilität eines Staatswesens, insbesondere einer Demokratie, zu gewährleisten. Diese Feststellung knüpft auch an die Überlegungen zum Bürger an, den Frau Grunenberg als ein Konglomerat von Fähigkeiten beschrieben hat, was man heute gern mit "empowerments" auf einen kurzen Begriff zu bringen pflegt.

Wir waren uns weiter darin einig, daß die politische Kultur in unserem Lande sich in den Jahrzehnten der Geltung des Grundgesetzes positiv entwickelt hat. Gleichwohl scheint den Deutschen nach wie vor eine gewisse Konfliktscheu eigen. Es fällt ihnen zumindest schwer zu begreifen, daß Demokratie keine Staatsform ist, die sich in erster Linie durch die Eintracht ihrer Bürger auszeichnet, sondern vielmehr dadurch, daß sie über Verfahren verfügt, die sie instand setzt, Konflikte durch Kompromisse zu lösen.

Daß in diesem Zusammenhang auch das Bundesverfassungsgericht eine gewisse Rolle spielt, ist ebenfalls deutlich geworden. Herr Engert hat zu Recht betont, daß das Bundesverfassungsgericht in der Wertschätzung der Bürger, was die öffentlichen Institutionen angeht, an erster Stelle steht. Während es sich nach demoskopischen Umfragen in den alten Bundesländern Platz eins mit der Polizei teilt, wird dem Gericht in den neuen Bundesländern allein die Spitzenposition eingeräumt. So sehr man diese Hochschätzung begrüßen mag, zeigt sich darin aber zugleich eine gewisse Ambivalenz. Es ist nämlich nicht nur die Zufriedenheit mit der Rechtsstaatlichkeit, an der das Bundesverfassungsgericht in den zurückliegenden Jahrzehnten sicher seinen Anteil hatte, sondern es drückt sich darin auch eine gewisse Vorliebe der Deutschen für aristokratische Institutionen aus. Wenn Karlsruhe gesprochen hat, dann ist die Debatte beendet. Das freut die Bürgerin und den Bürger, zeugt aber nicht gerade von Konfliktfähigkeit. Deshalb finde ich so wichtig, daß Frau Grunenberg die Urteilsfähigkeit der Bürger betont hat, die wir herausfordern, ermutigen und bestärken müssen.

Was die politische Willensbildung angeht, sind neben den Parteien zusätzliche Elemente hervorgehoben worden, insonderheit die Plebiszite. Herr Hensche hat des weiteren auf die Nichtregierungsorganisationen hingewiesen. Doch bei aller Kritik an den politischen Parteien ist zugleich deutlich geworden, daß im Grunde genommen niemand der Meinung ist, daß Plebiszite oder irgendwelche anderen Elemente die politischen Parteien ersetzen könnten. Die Frage war vielmehr, wie der Prozeß der Willensbildung durch solche Elemente bereichert und intensiviert werden könnte. Politikverdrossenheit, sagte Herr Eppler, sollten wir nicht immerfort bejammern, sondern als eine Herausforderung nehmen, wie sich dies ändern läßt.

Kennzeichen der Bergedorfer Gespräche ist ja die große Offenheit, mit der hier die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von vielfach recht unterschiedlichen Gesellschafts- und auch Rechtsverständnissen aus diskutiert haben, was ich als ungemein belebend empfand. Ich habe selten so viel gelernt wie in diesen eineinhalb Tagen.

Vieles, worüber wir gesprochen haben, beschäftigt uns im Alltag eher im Hinterkopf, während es hier durch zuweilen pointierte "Statements" plötzlich sehr verdeutlicht wurde. Für mich jedenfalls war dieses Gespräch durchaus mit eigenem Erkenntnisfortschritt verbunden. In jedem Falle war es ein intellektuelles Vergnügen mitzuerleben und dabei auch mitzutun, wie sich von zum Teil sehr verschiedenen Positionen her, in denen sich auch die unterschiedlichen Denktypen und Charaktere widerspiegeln, ein Bild unseres Gemeinwesens mit einer Vielzahl von Facetten entwickelte. Daß es hier weniger ums Rechthaben als ums Zuhören und Verstehenwollen ging, habe ich als ausgesprochene Bereicherung empfunden.